



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

## Klartext in Europa

Die Veränderungen in der Welt vollziehen sich mit atemberaubender Geschwindigkeit und die Parteien sehen sich komplexen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gegenüber. Entsprechend spannend gestaltete sich die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in der CSU-Parteizentrale in München, zu der Vorsitzender Stefan Rößle EVP-Fraktionschef Manfred Weber, MdEP, begrüßen konnte.

Weber kennt aus der gemeinsamen Zeit im Europäischen Parlament die Stärken und Schwächen des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz wie kaum ein anderer. Zudem standen die Themen Brexit, Griechenlandhilfe, Türkei und die Zukunft der Europäischen Union mit den damit verbundenen Auswirkungen auf die kommunale Ebene im Zentrum der Diskussion.

### Neue Gesetze limitiert

Im Gepäck hatte der EVP-Chef zunächst folgende wichtige Bot-

schaft: Mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wurden in den vergangenen zweieinhalb Jahren Neuregelungen und Gesetze im Vergleich zu José Manuel Barros Amtszeit deutlich limitiert. Wurden unter ihm 123 neue Gesetze pro Jahr beschlossen, sind es unter Juncker mittlerweile nur noch 20. „Das ist eine massive Reduktion auf das Wesentliche“, so Weber. Der Fokus liege auf der Regionalisierung; die CSU habe es erfolgreich geschafft, Themen aus Brüssel zurückholen – Stichwort Gentechnik.



V. l.: Prof. Dr. Ulrich Reuter, Manfred Weber, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Georg Huber. Bild: DK

von Seiten der EU völlig o.k., konstatierte Weber.

### Kein Schuldenschnitt für Griechenland

Ein Schuldenschnitt wäre allerdings extrem unfair gegenüber anderen europäischen Ländern, die den Konditionen ihrer Rettungsprogramme ohne Schuldenerleichterungen nachgekommen seien, betonte der Europaabgeordnete mit Blick auf Spanien, Irland, Zypern und Portugal. Auch

gegenüber der Öffentlichkeit in Deutschland sei ein solcher Schnitt nicht zu rechtfertigen.

### Zustimmung zu CETA

Zugestimmt hat das Europäische Parlament dem „umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada“ (CETA). Dieses soll den Handel mit Waren und Dienstleistungen ankurbeln sowie die Investitionsströme vergrößern. Das (Fortsetzung auf Seite 4)

2. Bayerisches InfrastrukturForum:

## Mehrwert durch Nachhaltigkeit

Fachveranstaltung der Bayerischen GemeindeZeitung in München

Mit attraktiven Highlights wie einem Live Hacking-Vortrag zum Thema „Spionageattacken auf die deutsche Industrie“ wartete das 2. Bayerische InfrastrukturForum der Bayerischen GemeindeZeitung in München auf. Zahlreiche Besucher aus bayerischen Kommunen konnten sich unter anderem über Kommunalen Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren günstigste Finanzierung informieren.

In den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbands fanden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Hochkarätige Referenten diskutierten mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete, zudem konnte das erneut von Andrea

Bräu souverän moderierte und filmisch von TV Bayern begleitete Forum knapp zwei Dutzend Part- (Fortsetzung auf Seite 2)



Ministerialdirigent Christian Wunderlich, Leiter der Abteilung Landesentwicklung und Heimat im Heimatministerium, erläuterte die Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms in Bayern. □

Kommunalforum Alpenraum:

## Gemeindekooperationen nicht von oben verordnen

Freiwilligkeit als wichtige Voraussetzung für funktionierende Zusammenarbeit – Grenzüberschreitende Veranstaltung lockte Bürgermeister, Gemeinderäte und Amtsleiter aus Tirol, Südtirol und Bayern nach Kundl

Gemeindevertreter aus Österreich, Südtirol und Bayern informierten sich beim Kommunalforum Alpenraum in Kundl über Erfolgsfaktoren erfolgreicher Gemeindekooperation. Eröffnet wurde die 5. Auflage des Forums im Lindner-Innovationszentrum von Landesrat Johannes Tratter und Hausherr Hermann Lindner. „Der Prozess muss von unten starten, z.B. mit Bürgerbeteiligung, aber nicht von oben verkündet werden“, erklärte Prof. Peter Filzmaier in seinem Vortrag. Kooperationen seien keine Allheilmittel, aber besser als Insellösungen. Filzmaier: „Wichtig ist, dass die Bürgermeister glaubwürdige Kommunikatoren sind.“

Die angesprochenen Bürgermeister und Vertreter der Gemeindeverbände betonten in der Talkrunde den Stellenwert der freiwilligen Zusammenarbeit. „Die Aktivitäten müssen aus den Gemeinden heraus wachsen“, sagte Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindeverbandes und warnte gleichzeitig davor, „Pseudodienste zusammenzulügen“.

August Voit, Bürgermeister von Amerang und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, plädierte für sinnvolle Koopera-

tionen, warnte aber gleichzeitig davor, alles aus der Gemeindehand zu geben. „Man sollte den Gemeinden wieder mehr zutrauen, denn wir sind die Gewährleister der kommunalen Daseinsvorsorge“, betonte Voit. Wohnraum zu schaffen für Asylsuchende, sei eines der großen Probleme für Bayerns Kommunen. Aber auch fehlende Hausärzte wegen enger Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung und das „Wirtesterben“ auf dem Land durch massive Brandschutzauflagen und

schwer erfüllbare Arbeits(zeiten)regelungen belasteten die Gemeindevertreter. Bürokratismus, starre Strukturen und die Regelungswut übergeordneter Behörden machten den Bürgermeistern das Leben unnötig schwer. Die Bayerische Staatsregierung unterstütze sie jedoch nach Kräften.

Mit zur Kooperation forderten auch Forum Land-Obmann Hermann Gahr und der Brixleggler Bürgermeister Rudolf Puecher.

### Herausforderung Gesundheitssystem

Im Gesundheitsbereich würden auf die Gemeinden enorme Aufgaben zukommen, waren sich die Experten einig. Eine Lösung seien Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen, zeigte Gerlinde Rogatsch von der Humanocare, einem Unternehmen, das Betriebe für Pflege und Rehabilitation in Österreich betreibt. □

### Seminarreihe der Bayerischen GemeindeZeitung:

## Kommunikation in Kommunen

Nicht gegen, sondern mit der Bevölkerung wollen kommunale Entscheider ihre Infrastrukturprojekte verwirklichen. Hierbei bietet die Bayerische GemeindeZeitung Hilfestellung.

Im Dialog sollen Akzeptanz und Verständnis entstehen, gerade auch dort, wo es schwierig wird, tragfähige und nachhaltige Entscheidungen gemeinsam zu realisieren.

Hierfür bietet die Bayerische GemeindeZeitung gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag und den Öffentlichkeitsarbeits-Profis der Engel & Zimmermann AG sowie TV Bayern live Veranstaltungen an.

Referieren werden u. a. für die kommunale Seite der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Dr. Johann Keller, Landrat Wolfgang Berthaler, stv. Landrat Fritz Wittmann, die Bürgermeister Ottmar Wimmer und Hermann Duschl, Dr. Andreas Bachmeier erläutert Strategien professioneller Öffentlichkeitsarbeit gerade auch „wenn schwierig wird“ und Uwe Brückner erklärt Auftritte in Funk, Fernsehen und neuen Medien. GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel führt in das Thema ein. Weitere Informationen unter [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de) □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sorgenkind Nummer eins innerhalb der Europäischen Union ist nach wie vor Griechenland. Solange dort der Reformweg beschritten wird, sei Unterstützung



V. l.: Landesrat Johannes Tratter, Hermann Lindner, Prof. Peter Filzmaier, Gerlinde Rogatsch (Humanocare), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindeverband), Hermann Gahr (Forum Land), Matthias Zitterbart (DAKA) und für den Bayerischen Gemeindetag der Ameranger Bürgermeister August Voit, Vorsitzender im Kreisverband Rosenheim. □

Neues von Sabina

Über das Fasten räsoniert unsere Vorzimmerperle. Während ihr Chef in diesem Jahr auf das Verzichten verzichtet, entscheidet sie sich für 40 Tage gemäßigtes Smartphone-fasten. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Ländliche Räume als Innovationsräume stärken	Seite 2
Sicherheit und Sparkassen	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen sind gesellschaftliche Stabilitätsfaktoren	3
Inklusion im Mittelpunkt	3
Bayern sucht kommunale Vorzeigeprojekte	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5 - 10
Kommunale Bau Themen	11 / 12
Wasser · Abwasser	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

## Ländliche Räume als Innovationsräume stärken

Ländliche Räume haben ein enormes Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft, das auch in Zeiten des demografischen Wandels mehr als bisher aktiviert werden kann. „Es gilt, noch mehr als bisher die Kommunen im ländlichen Raum und ihr Potenzial als Innovationsräume zu begreifen und zu stärken. So kann die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen gehalten und sogar ausgebaut werden“, heißt es in einem aktuellen Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Das Potenzial dazu ist laut DStGB vorhanden. In ländlichen Räumen gebe es eine Vielzahl von „Hidden Champions“, die Weltmarktführer in ihrem Bereich sind. Rund 40 Prozent aller Arbeitsplätze in wissens- und innovationsintensiven Unternehmen befänden sich in der Fläche und davon wiederum rund zwei Drittel in ländlichen Räumen.

### Der Landflucht wirksam begegnen

Die Politik in den Ländern konzentriert sich nach Ansicht des Verbandes immer noch zu sehr auf die Förderung von Metropolen. Hier sei ein Umsteuern zugunsten des ländlichen Raums erforderlich, um der Landflucht wirksam zu begegnen. Insbesondere die Digitalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung von Produktionsstandorten biete die Chance, weiteres Wachstum in der Fläche zu generieren. Aber auch die Energie- und die Digitalisierung der ländlichen Räume zu einem nachhaltigen Produktionsstandort werden lässt oder der anhaltende Trend zum Natur- und Kulturtourismus stünden beispielhaft für wertschöpfungsstarke Wirtschaftssektoren.

### Daseinsvorsorge stärken

Um die gute wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen zu fördern, müsse die Daseinsvorsorge gestärkt werden. Ziel sei die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dazu müssten die Rahmenbedingungen bei der Verkehrs-, der digitalen und der sozialen Infrastruktur einschließlich der medizinischen Versorgung stimmen: Von einer Kinder- und Schülerbetreuung, die auf moderne Arbeitszeitmodellen zugeschnitten ist über die schnellen Breitbandverbindungen für die Old- bzw. die New Economy und die Telemedizin bis hin zu einer gut ausgebauten Straßen- und Verkehrsinfrastruktur

tur für Wirtschaft, Wohnen und Tourismus.

Richtschnur sollten die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen sein, so der DStGB. Dazu müssten die Aufgabenträger in ländlichen Räumen berechnungsfähig sein, das Verkehrsangebot den Bedürfnissen aus eigener Initiative anzupassen. Individuelles Engagement, ob beim Betrieb von Bürgerbussen oder bei Mitnahmeverkehr müsse aktiviert und mit den Chancen der vernetzten Mobilität verbunden werden.

Vorhandene Mobilitätsangebote könnten über Sharing-Dienste für möglichst viele Menschen verfügbar gemacht werden. Das Verkehrsangebot könne insgesamt verbessert werden, wenn so Verbindungen von Tür zu Tür oder zu Tagesrandzeiten realisiert werden.

### Die Menschen wollen mitgestalten

„Die Politik wird die Bürgergesellschaft im ländlichen Raum nur aktivieren können, wenn die Menschen die Chance haben, mitzugestalten. Dies geschieht am besten, indem Entscheidungen dezentralisiert werden. Gleichzeitig sollten die Länder gezielt die Präsenz von Landesbehörden in der Fläche ausbauen und stärken. Dies ist ein Element der Strukturförderung und sorgt zugleich für eine bessere Erreichbarkeit von Behörden in der Fläche. Generell müssen lokale Initiativen gestärkt und nach dem Bottom-up-Prinzip gefördert werden“, heißt es weiter. Dies gelte besonders „für die notwendige, aber nicht immer zielgerichtete Politik der Förderung des ländlichen Raumes durch die EU-, Bund-, und Länderebene. Hierzu sollte der Förderdschungel gelichtet und Entscheidungen über die Verwendung von Fördermitteln in die kommunale Hand gelegt werden.“

Anknüpfungspunkt sei die bereits reformierte Gemeinschafts-

aufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK). Ziel einer neuen Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung müsse es sein, die Mitwirkung der Kommunen zu stärken. Schon jetzt seien die so genannten Regionalbudgets, mit denen Geldmittel der örtlichen und regionalen Ebene zur Verfügung gestellt werden, ein erfolgreiches Instrument: So könnten Kommunen kooperativ in eigener Verantwortung über ihre Entwicklung entscheiden. Dies aktiviere lokale Initiativen der Bürgergesellschaft vor Ort und müsse mit einer ernsthaften und deutlichen Bürokratieentlastung bei der Nutzung europäischer Fördermöglichkeiten des ländlichen Entwicklungsfonds (ELER) einhergehen.

### Überschaubare Strukturen

Als grundsätzlich gut bewertet der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Voraussetzungen ländlicher Räume für Integration: „Die überschaubaren Strukturen und die Nähe des Zusammenlebens fördern das Aufeinandertreffen von Eingesessenen und Zuwanderern. Wohnraum ist dezentral und für kleine Gruppen häufig vorhanden. Oft sind die Kosten niedrigerer als in Großstädten. Viele Klein- und mittelständische Unternehmen suchen neben hochqualifizierten Fachkräften auch im Bereich einfacherer Dienstleistungen Arbeitnehmer. Solche Arbeitsplätze sind für viele Schutzsuchende schneller erreichbar als Qualifizierungen für Arbeitsplätze mit speziellen Kenntnissen.“

Aus Sicht des DStGB bietet eine flächendeckende Wohnsitzauflage Vorteile für die Integration, wenn sie in ein Gesamtkonzept

## Mehrwert durch ...

(Fortsetzung von Seite 1) ner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller für sich gewinnen.

### Hochkarätige Referenten

Die hochkarätigen Referenten Christian Wunderlich / Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Rafael Fedler / NSIDE ATTACK LOGIC GmbH, Bertram Kölsch / BayWa Energie Dienstleistungs GmbH, Clemens Graf von Wiser, Youssef Fahd und Thomas Fuchs / UniCredit Bank AG, Julia Osterried / Lehrstuhl für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung TU München, Dr. Burkhard Seizer / Drees & Sommer Infra Consult und Entwicklungsmanagement GmbH, Günter Müller-Czygan / HST Systemtechnik GmbH & Co. KG, Maximilian Bötl / Erster Bürgermeister Kirchheim bei München, Dr. Johannes Böhm / amplus AG sowie Christian Neus / Amprion GmbH boten den Gästen wertvolle Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

### Lockerung des Anbindegebots

Ministerialdirigent Christian Wunderlich aus dem Bayerischen Heimatministerium berichtete über die Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms in Bayern. Ein Bestandteil ist die Lockerung des sogenannten Anbindegebots. Demnach dürfen an Autobahnausfahrten und vierspurigen Straßen sowie an Bahnlinien künftig Industriegebiete auf der grünen Wiese entstehen. Auch für interkommunale Gewerbegebiete und für große Freizeit- und Tourismus-

eingebettet und mit einer gezielten Strukturförderung unterlegt ist. Der Ausbau von bedarfsgerechten Infrastrukturen gehöre dazu. Hierzu zählten z. B. Kita- und Schulangebote, aber auch soziale Betreuungsangebote für Jugendliche oder Erwachsene ebenso wie ausreichende Plätze für Sprachkurse, flankiert durch einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, um die Erreichbarkeit dieser Angebote zu gewährleisten. Dies könne die Integration der Schutzsuchenden in den Kommunen erleichtern, besser steuerbar machen und soziale Brennpunkte oder Ghettobildungen vermeiden.

### Kommunale Zusammenarbeit

Kommunale Zusammenarbeit biete die Chance, auch in Zeiten knapper Kassen eine leistungsstarke und attraktive öffentliche Infrastruktur in ländlichen Räumen vorzuhalten, betont der Kommunalverband. Das Potenzial sei hier noch lange nicht ausgeschöpft. Durch die Bündelung der Kräfte und Ressourcen im Rahmen von interkommunalen Kooperationen bleibe die gemeindliche Handlungsfähigkeit erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit werde vergrößert. Gemeinsam genutzte Einrichtungen (z. B. Sporthallen, Schwimmbäder, Betriebsbüros) könnten somit günstiger betrieben werden.

### GesetzesCheck ländliche Räume

Als erforderlich erachtet der DStGB einen „GesetzesCheck ländliche Räume“. Dieser könnte in das Gesetzgebungsverfahren des Bundes integriert werden. Darin sollten Informationen zur Raumwirksamkeit beabsichtigter Regelungen und Aussagen des Bundes zur „Verträglichkeit“ der Regelungen für ländliche Räume in der Art einer Gesetzesfolgenabschätzung getroffen werden. Vorbild hierfür könnte der Normenkontrollrat sein. **DK**

projekte gibt es Lockerungen.

In ihrer Begrüßung hatte GZ-Verlegerin Theresa von Hassel darauf hingewiesen, welcher großen Stellenwert die Schaffung von gleichwertiger – nicht gleichartiger – Lebensqualität im bayerischen Flächenstaat einnimmt. „Wenn es Ihnen gelingt, Ihre vielfältig verflochtenen Infrastruktureinrichtungen in einem ganzheitlichen Ansatz sinnvoll und nachhaltig zu gestalten, dann schaffen Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Region ein Mehr an Lebensqualität für Ihre Bürgerinnen und Bürger“, so von Hassel an die Adresse der Kommunalvertreter.

### Positionspapier zum Thema „Bayern Mobilität 2030“

An einem neuen Positionspapier zum Thema „Bayern Mobilität 2030“ arbeitet derzeit eine auf Initiative des bbv ins Leben gerufene Expertenkommission, bestehend aus namhaften Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehrsunternehmen, Verbänden und Politik. Entwickelt werden Wege und Handlungsfelder für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Laut Dr. Josef Wallner, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bayerischen Bauindustrieverband, soll das Forderungspapier dem Landtag im Juli vorgelegt werden.

In Ausgabe 09/2017 der Bayerischen Gemeindezeitung, die am 5. Mai erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht.

Unter <http://www.bayerischesinfrastrukturforum.de> stehen die Vorträge bereits zum Download bereit. **DK**

Neue Broschüre von Umweltministerium und ANU:

## „Bayern ist bunt“

Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Geflüchteten

Welche Grundsätze der Bildung für nachhaltige Entwicklung können für die Arbeit mit Geflüchteten gelten? Warum gelingt Integration in Kooperation verschiedener Akteure besser? Welche guten Beispiele des Gelingens gibt es bereits? Was macht ihren Erfolg aus? Und wo finden sich weitere Informationen, Qualifizierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten? Die Publikation „Bayern ist bunt. Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Geflüchteten“ inspiriert zum Weiterdenken und Selbermachen.

Seit 2015 haben sich über 40 Umweltbildungseinrichtungen und zahlreiche Selbstständige der Geflüchteten in Bayern angenommen und sie in ihre Bildungsarbeit einbezogen. Daraus entstanden kreative, innovative und für alle Seiten bereichernde Projekte. Die Broschüre „Bayern ist bunt“ zeigt anhand von Good Practice Beispielen, wie differenziert die Akteure der Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung für verschiedene Zielgruppen Projekte zu Orientierung und Integration anbieten.

Die Praxisbeispiele in der Veröffentlichung geben stellvertretend für viele andere Anregungen für weitere Bildungsangebote und neue Kooperationen – denn Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Motor der Integration.

Download: <http://umweltbildung-mit-fluechtlingen.de/fileadmin/willkommeninbayern/bayern-ist-bunt-anu-bayern.pdf>

Bezug: 5,- Euro / Stk. zzgl. Versandkosten: ANU Bayern e.V. [tina.teucher@anu.de](mailto:tina.teucher@anu.de); [www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de](http://www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de)

Bayerischer Gemeindetag:

## Deutliche Positionierung

Einhellig begrüßt haben Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte den Beschluss des bayerischen Ministerrats, Gesichtsverhüllung in wichtigen Bereichen des täglichen Lebens zu verbieten. Jedoch sprechen sie sich dagegen aus, vom Freistaat den „schwarzen Peter“ zugeschoben zu bekommen, wenn es um Vergnügungsveranstaltungen und Menschenansammlungen geht.

Laut Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung sollen im Sicherheitsrecht die Gemeinden ermächtigt werden, durch Verordnung oder Einzelfallanordnung Gesichtsverhüllungen zu verbieten. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zufolge wird eine solche gemeindliche Zuständigkeit zu schwierigen und auch unangenehmen Diskussionen in den Gemeinderäten führen, „weil Gegner und Befürworter von Niqab- und Burka-Verboten aufeinanderprallen“. Zudem käme es „höchstwahrscheinlich zu einer zersplitterten Verwaltungspraxis in Bayern und damit zu zahlreichen Prozessen bei Verwaltungsgerichten“, befürchtet Brandl.

### Rechtssicherheit und Rechtsklarheit

Der Präsident plädierte dafür, aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit eine landesweit einheitliche Verbotsschulung nicht nur im Beamtenrecht, beim Schulpersonal und beim Personal von Kindertageseinrichtungen zu schaffen, sondern – ähnlich wie das Vermummungsverbot im Versammlungsrecht – auch im Bereich der sicherheitsrechtlichen Zuständigkeiten der Gemeinden und Städte.

Mit Blick auf die kommunalen Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2016 sprach Uwe Brandl von einer sehr erfreulichen Entwicklung, „die sicherlich in erster Linie der guten Wirtschaftslage, der niedrigen Arbeitslosigkeit und dem konsequent sparsamen Haushalten der Kommunen zu verdanken ist“.

### Zuwachs bei der Gewerbesteuer

Allein im vergangenen Jahr 2016 betragen die gemeindlichen Steuereinnahmen in Bayern 17,8 Mrd. Euro und wiesen damit gegenüber dem Vorjahr (2015) einen Zuwachs von 994 Mio. Euro auf. Besonders stark fiel dabei der Zuwachs bei der Gewerbesteuer aus. Die Großstädte nahmen hier 336 Mio. Euro zusätzlich ein, die Gemeinden, Märkte und Städte im ländlichen Bereich 374 Mio. Euro zusätzlich. Stabil ist auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bzw. der Umsatzsteuer gestiegen.

Gleichwohl sei es wichtig, bereits heute die Kommunalpolitik

auf die Folgewirkungen, insbesondere im Hinblick auf das Jahr 2018, einzustellen. Die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen würden zur spürbaren Erhöhung der Steuerkraft und damit in einer Reihe von Gemeinden zu entsprechenden Auswirkungen bei den Schlüsselzuweisungen führen. Gleichzeitig führe die daraus resultierende stärkere Umlagekraft bei gleichbleibenden Umlagesätzen zu deutlichen Mehrausgaben bei den Kreis- und Bezirksumlagen, prognostizierte der Verbandschef.

### Kommunale Verschuldung geht nicht zurück

Entscheidend für die Bewertung der Gesamtsituation in den Jahren 2017 und 2018 werde auch die weitere Entwicklung im Bereich der Asyl- und Flüchtlingsproblematik sein, fuhr Brandl fort. Hier würden gerade bei den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden die Ausgaben für Investitionen für Kinderbetreuung und -bildung, Wohnungsbau und Integration spürbare Auswirkungen in den Haushalten hinterlassen. Trotz der ungebremst positiven Entwicklung auf der Einnahmenseite gelinge es der überwiegenden Anzahl der Gemeinden nach wie vor nicht, den bestehenden Investitionsstau aufzulösen. Zudem sei ein signifikanter Rückgang der gemeindlichen Verschuldung bisher nicht feststellbar.

### Höfebonus beim Breitbandausbau

Bei der Förderung gemeindlichen Breitbandausbaus begrüßt der Bayerische Gemeindetag Pläne des Bayerischen Finanzministeriums, einen sogenannten Höfebonus bei der Förderung gemeindlichen Breitbandausbaus einzuführen. Besonders Gemeinden mit starker Zersiedelung und sehr vielen Ortsteilen würden künftig von der Neuregelung profitieren. Laut Uwe Brandl „kommt der Freistaat damit unserer langjährigen Forderung nach Verbesserungen für Gemeinden mit besonders vielen Ortsteilen nach. Jetzt können auch Flächenkommunen mit vielen Weilern und Gehöften eine bessere Anbindung an das schnelle Internet bekommen. Das ist richtig und (Fortsetzung auf Seite 4)

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Dachs  
94239 Zachenberg  
am 5.4.

Bürgermeister Bernhard Kern  
63937 Weilbach  
am 5.4.

Bürgermeister Walter Brilmayer  
85560 Ebersberg  
am 29.3.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Zengerle  
87499 Wildpoldsried  
am 1.4.

Bürgermeister Hans Kaltner  
86647 Buttenwiesen  
am 4.4.

Bürgermeisterin Margit Menrad  
82057 Icking  
am 4.4.

Bürgermeister Rainer Schögl  
86476 Neuburg a. d. Kammel  
am 28.3.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Kerle  
85250 Altomünster  
am 4.4.

Bürgermeisterin Angelika Krebs  
63828 Kleinkahl  
am 5.4.

Oberbürgermeister Jürgen Schröppel  
91781 Weißenburg  
am 28.3.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Armin Warmuth  
97762 Hammelburg  
am 1.4.

Bürgermeister Jochen Hack  
96175 Pettstadt  
am 23.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Schwarz  
91593 Burgbernheim  
am 29.3.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heiko Hain  
95237 Weißenfurt  
am 26.3.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages:

## Sicherheit und Sparkassen

Für eine verbesserte Polizeipräsenz sowie eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden untereinander und mit den Kommunen hat sich der Deutsche Städtetag bei seiner Präsidiumssitzung in Osnabrück ausgesprochen. Zudem erörterte der Verband die Situation der Sparkassen.

Mit Blick auf die verschärfte Sicherheitslage in Deutschland wies die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, darauf hin, dass die Lebens- und Wohnqualität in den Städten wesentlich davon abhängt, ob es allen dafür Verantwortlichen gelingt, sowohl das Miteinander der Menschen zu fördern als auch Sicherheit und Ordnung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Menschen vor Kriminalität zu schützen, sei in Fußballstadien ebenso nötig wie bei Volksfesten, Demonstrationen oder auf öffentlichen Plätzen. Begangene Taten müssten konsequent verfolgt und geahndet werden. Genauso wichtig seien geeignete Mittel, um Straftaten vorzubeugen. Die Länder seien hier in der Pflicht, für ausreichende personelle Kapazitäten bei der Polizei zu sorgen und deren technische Ausrüstung zu optimieren.

### Sicherheitspartnerschaft von Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden

Mit Sorge betrachtet der Deutsche Städtetag die Bestrebungen in vielen Bundesländern, originäre Aufgaben der staatlichen Polizei zu kommunalisieren. „Um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen zu verbessern, setzen wir über die Arbeit der Polizei hinaus auf die in unseren Städten bewährte Sicherheitspartnerschaft von Polizei, Justiz und städtischen Ordnungsbehörden. Die Polizei sehen wir gemeinsam mit den Städten in der Pflicht, Handlungsstrategien im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter zu entwickeln und anzuwenden“, betonte Lohse. So müssten Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen zum Teil angepasst werden, dazu könne je nach Situation beispielsweise das Aufstellen mobiler Barrieren an Zufahrten gehören. Zudem sollten Sicherheitsbehörden wie Polizei, Staatsanwaltschaften und Rettungskräfte mit kommunalen Feuerwehren, Verkehrsbetrieben und Ordnungsdiensten intensiv zusammenarbeiten und sich optimal abstimmen.

### Videoüberwachung ggf. ausweiten

Ein Beitrag zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl ist nach Auffassung des Deutschen Städtetages die bereits vielerorts im öffentlichen Nahverkehr, an Kriminalitätsschwerpunkten oder bei Großveranstaltungen praktizierte Videoüberwachung. Wo es für die Sicherheit auf Straßen und Plätzen nötig ist, sollte Eva Lohse zufolge die Videoüberwachung ausgeweitet werden, „beispielsweise dort, wo sich Taschendiebstähle, Einbrüche, Drogendelikte oder Schlägereien wiederholen. Allerdings muss Videoüberwachung mit Augenmaß ausgebaut werden. Denn es geht hier auch um das Grundrecht der Menschen, sich in der Öffentlichkeit frei und ungezwungen bewegen zu können. In den Städten helfen auch hell ausgeleuchtete Plätze, Straßen und Unterführungen, damit sich Fußgänger dort sicherer bewegen können.“

### Grundwerte der Gesellschaft verteidigen

Sorge bereiten den Städten immer mehr Beleidigungen und Drohungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den

Kommunalverwaltungen, insbesondere bei Sozialbehörden, Jugendämtern, Ausländerbehörden oder Jobcentern. Auch Hassmails und Gewaltandrohungen gegen gewählte Mandatsträger und Kommunalpolitiker nehmen zu. Wie die Präsidentin erläuterte, „zeigt dieses Verhalten, dass wir die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens verteidigen müssen. Dazu gehören selbstverständlich ein respektvoller Umgang miteinander und Achtung gegenüber anderen Menschen und anderen Auffassungen. Im Übrigen sind Regeln dazu da, sie einzuhalten.“

Der Deutsche Städtetag unterstützt deshalb Initiativen, einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu schaffen, nach dem nicht nur tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte, sondern auch Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen bestraft werden sollen.

### Sparkassen vor großen Herausforderungen

Stichwort Sparkassen: Als regional tätige Kreditinstitute stehen sie mit ihrem Geschäftsmodell aktuell vor großen Herausforderungen. Neue Standards bei der europäischen Bankenaufsicht sind auf die Regulierung internationaler Großbanken ausgerichtet und berücksichtigen zu wenig die Besonderheiten der Sparkassen. Zudem erfordern veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen, die Digitalisierung des gesamten Wirtschaftslebens sowie veränderte Kundenansprüche eine Anpassung der Geschäftsstrategien. Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Deutsche Städtetag ein Positionspapier zu aktuellen Herausforderungen. Zu Gast war in der Sitzung des Hauptausschusses der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschnon.

### Finanzierungspartner der Kommunen

Nach den Worten des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, „bleiben die Sparkassen trotz aller Veränderungen auch in Zukunft für sehr viele Menschen in den Städten und für die Städte selbst verlässliche Partner. Zu Recht haben sie das besondere Vertrauen der Menschen und der lokalen Wirtschaft bei der Versorgung mit Geld und Krediten. Sparkassen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag, und sie sind auch wesentliche Finanzierungspartner der Kommunen. Diese breite regionale Verankerung gilt es zu erhalten. Deshalb brauchen die Sparkassen bei Umbauprozessen die Unterstützung der Kommunen als ihren Trägern und einen besseren Schutz vor Überregulierungen.“

### Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen

Nicht ausschließlich am Gewinn orientiert, erbringen Sparkassen laut Maly zahlreiche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen, von denen die jeweiligen Kommunen ebenso profitieren wie die örtliche Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger. In der akuten Phase der internationalen Finanzkrise wirkten die deutschen Sparkassen

nachweislich stabilisierend für die Volkswirtschaft. Pläne der EU-Kommission zu einer europaweiten Bankenregulierung und das Vorhaben eines europaweiten Einlagensicherungssystems müssten deshalb verhältnismäßig sein und die enge und bewährte Bindung zwischen Sparkassen und Kommunen in Deutschland berücksichtigen.

### Vergemeinschaftete Einlagensicherung wird abgelehnt

Wie der Vizepräsident hervorhob, „lehnen wir die Vorschläge der EU-Kommission vom November 2015, eine vergemeinschaftete Einlagensicherung zu schaffen, ab“. Die bestehende, funktionsfähige Institutssicherung der Sparkassen dürfe nicht durch europäische Einlagensicherungssysteme gefährdet werden. Bankenaufsicht und Einlagensicherungsregeln in Europa gingen zu weit, wenn sie systemrelevante Großbanken und regionale Sparkassen in einen Topf werfen. Vor allem kleine, regionale Sparkasseninstitute bräuchten Schutz vor unverhältnismäßig hohem Aufwand und Überregulierung, die sich aus der starken Orientierung auf die Regulierung von Großbanken leider ergäben.

Als öffentlich-rechtliche, dezentrale Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft sind die Sparkassen in besonderem Maße ihrer jeweiligen Region verpflichtet. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen haben die Sparkassen ganz wesentlichen Anteil beim Bau und dem Erhalt elementarer kommunaler Infrastruktur sowie bei der Finanzierung von mittelständischen Unternehmen, Mikrounternehmen und Start-ups. Sparkassen haben nach wie vor das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute, auch wenn die Zahl der Filialen regional sinkt.

Maly: „Auf sich verändernde Markt- und Wettbewerbsbedingungen gilt es angemessen zu reagieren. Dazu gehört für die

### Werkstätten:Messe 2017 in Nürnberg:

## Inklusion im Mittelpunkt

**Leistung – Vielfalt – Qualität: Vom 29. März bis 1. April 2017 zeigt die Werkstätten:Messe in Nürnberg auf, welche wichtige Rolle Werkstätten für Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft einnehmen und welche Leistungen und Visionen hinter dem Begriff Inklusion stehen.**

Mit circa 200 Ausstellern und über 17.000 erwarteten Besuchern werden im Rahmen der deutschlandweit meistbesuchten Sozial- und Bildungsmesse Trends und Entwicklungen der Branche erlebbar: Neue interessante Angebote und Produkte werden gezeigt, Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte vorgestellt sowie spannende Ausbildungsmöglichkeiten und Konzepte präsentiert, die Menschen mit Behinderung Raum zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten bieten. Hier zeigen die Werkstätten für Menschen mit Behinderung gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Wirtschaft, wie Arbeitsprozesse gestaltet werden können, damit Inklusion möglich ist.

### Fachvortragsprogramm

Mit über 80 Veranstaltungen bietet das Fachvortragsprogramm ein Forum zum Dialog und zur Information über die rehabilitative Arbeit sowie detaillierte Informationen zu Themen wie strategische Entwicklung, Personalmanagement, Finanzierung und Besteuerung sowie Marketing und Recht. Gleichzeitig behandelt der Kongress wichtige Übergänge auf dem allgemeinen Arbeits-

### Liebe Leserinnen und Leser,

wie wir alle wissen, haben die Kommunen vielfältigste Aufgaben für die Menschen vor Ort zu erledigen. Entscheidungen von internationaler Tragweite, die die Beziehungen zweier Staaten tangieren, gehören dabei zur absoluten Seltenheit. Doch gerade so ist es geschehen im Zusammenhang mit den angestrebten Wahlauftritten türkischer Spitzenpolitiker in Deutschland, die jeweils von kommunaler Seite untersagt wurden. Hintergrund: Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan will in seinem Land ein Präzidentensystem einführen, um seine Macht massiv zu



GZ Kolumne Stefan Rößle

### Kommunen sind gesellschaftliche Stabilitätsfaktoren

stärken. Manche sprechen sogar vom Ende der Demokratie in der Türkei. Zu der umstrittenen Verfassungsreform findet am 16. April ein Referendum statt, bei dem Erdogan auch die Stimmen der in Deutschland lebenden und wahlberechtigten Türken braucht.

Fakt ist: Die große Mehrheit unserer heimischen Bevölkerung lehnt einen türkischen Wahlkampf auf deutschem Boden ab. Türkische Innenpolitik gehöre in die Türkei und nicht nach Deutschland, so wird verständlicherweise argumentiert. Auch deshalb, weil erwartet wird, dass die AKP, die Partei von Präsident Erdogan, jeden weiteren Auftritt dazu nutzen wird, die Stimmung in antidemokratischer Weise noch stärker anzuhetzen und die bei uns lebenden Türken aufzustacheln. Erst kürzlich hatte der türkische Wirtschaftsminister die Mitglieder der Opposition öffentlich als „Kanalratten“ be-

Sparkassen, in enger Kooperation mit den kommunalen Trägern, das jeweilige Filialnetz zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen sowie zukunftsfähige Vertriebsstrukturen und Produktangebote zu entwickeln.“

Sparkassen hätten in den vergangenen Jahren hohe dreistellige Millionen-Beträge für die Förde-

rung gemeinwohlorientierter Projekte in ihren jeweiligen Regionen eingesetzt. In unterschiedlichem Maße und wo es wirtschaftlich vertretbar für die Institute ist, schütteten Sparkassen zudem auch Gelder an ihre Träger aus. Auch dies sei ein Ausdruck des öffentlichen Auftrags und der Gemeinwohlorientierung. **DK**

### Vorteile von Stiftungen

Seit Jahren ist der Trend zur Errichtung von Stiftungen ungebrochen. Durch die Lockerung des Endowment-Verbotes im Rahmen der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes und die damit einhergehende Möglichkeit der Vermögensausstattung durch eine andere steuerbegünstigte Körperschaft kann die Stiftung auch für den Nonprofit-Sektor interessant sein. Es sind hierbei aber die geltenden Restriktionen zu beachten. In dem Vortrag „Umstrukturierung in eine Stiftung“ wird daher untersucht, welche Vorteile die Gründung einer Stiftung haben kann, welche Möglichkeiten bestehen und wie die praktische Umsetzung aussehen kann.

### Bundesteilhabegesetz bringt Veränderungen

Mit dem „Bundesteilhabegesetz und seine Auswirkungen auf die Vertragsbeziehungen der Leistungserbringer“ befasst sich einer der zahlreichen Vorträge. Das Bundesteilhabegesetz bringt weitreichende Veränderungen – auch für die Leistungserbringer. Insbesondere aufgrund der Trennung von Fach- und existenzsichernder Leistung sind die Verträge mit den Klienten umzugestalten und neue Einzelleistungen zu kalkulieren; gleiches gilt für die

zeichnet – unvorstellbar für eine pluralistische Demokratie wie die unsere.

Aufgrund der insgesamt angespannten Lage und der rivalisierenden Gruppierungen kann deshalb bei derartigen Propagandakundgebungen die Sicherheitslage für unsere Bürger vor Ort nicht mehr garantiert werden. Die betroffenen Kommunen haben darauf reagiert, Rückgrat bewiesen und entsprechende Veranstaltungen verboten. Richtig so!

In der Folge droht jetzt Erdogan sogar mit einer Art Aufstand, wenn wir ihn und seine Gefolgsleute nicht für die Verbreitung seiner populistischen Propaganda zu uns hereinlassen. Nach seiner skandalösen Unterstellung, Deutschland würde in diesem Zusammenhang Nazi-Methoden anwenden, hat die Auseinandersetzung endgültig eine neue Dimension erreicht, die klare Vorgaben auf Bundesebene erfordert.

Besonders die betroffenen Kommunen dürfen nicht alleingelassen werden, wenn es darum geht, den konfliktbeladenen türkischen Wahlkampfveranstaltungen das deutsche Stoppschild zu zeigen. Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) hat dazu eine klare Meinung. Er fordert Einreiseverbote für den türkischen Präsidenten und dessen Minister, wenn diese hier Wahlkampf betreiben wollen. Dies wäre sicherlich ein Weg, der den Kommunen die notwendige Rechtssicherheit geben würde. Auf jeden Fall muss dahingehend etwas entschieden werden.

In Summe ist wieder einmal festzuhalten, was wir als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) seit jeher konstatieren: Die Kommunen erweisen sich auch in stürmischer Zeit als gesellschaftliche Stabilitätsfaktoren mit klarer Linie und Mut zu Entscheidungen. Doch hier geht es nicht um örtliche Belange, sondern um eine nationale Angelegenheit, die auch auf der entsprechenden Ebene behandelt werden muss.

Stefan Rößle  
KPV-Landesvorsitzender

und veränderte Kundenwünsche sind die Schlüsselbegriffe.

### Fachgerechte Begleitung

Werkstätten besitzen die Erfahrung und das Potenzial für die fachgerechte Begleitung der Menschen. Die große Chance der Werkstätten ist der erfolgreiche Weg hin zum Sozialunternehmen. Neue (andere) Wege in das Sozialunternehmen: Werkstatt kundenorientiert zu gestalten ist die Aufgabe. Das Berufliche Ausbildungs-Zentrum mit „breiter Eingangspforte“ und einem räumlich integrierten Berufsbildungsbereich als Ort der Wahlmöglichkeiten in das „offene“ System Beruflicher Bildung unter dem Dach des Sozialunternehmens: Werkstatt ist eine Antwort. Wie dies funktioniert, darauf wird der Vortrag „Werkstätten vor großem Wandel?“ Antworten geben.

### Karriere:Forum

Informationen zu Bildung, Fortbildung, Weiterbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen präsentiert das Karriere:Forum. An den ersten Messtagen finden auf dem Forumsplatz zahlreiche offene Diskussions- und Informationsrunden statt, bei denen Menschen mit Behinderung von ihren Bildungs- und Qualifizierungswegen im Rahmen der Werkstatt berichten. An konkreten Beispielen erfahren Besucher, dass Bildung und Qualifizierung in Werkstätten die Grundvoraussetzung für eine gelungene Teilhabe am Arbeitsleben ist.

Während die ersten drei Messtage mit ihrem vielfältigen Rahmenprogramm den Fachbesucher ansprechen, startet am letzten Tag die Erlebniswelt der Werkstätten:Messe durch. Im Fokus stehen Konzerte, Theaterstücke, Filme oder Mitmach-Workshops, die Familien bildend, kreativ und unterhaltsam in das Programm mit einbeziehen. **DK**

## Klartext in Europa ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Abkommen könnte schon ab April 2017 vorläufig zur Anwendung kommen. Weber zufolge bleiben bewährte Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards, die öffentliche Daseinsvorsorge und der kulturelle Bereich umfassend geschützt – hier ändert sich durch CETA nichts. In Zeiten, in denen der Protektionismus in aller Munde ist, sei die Zustimmung zu CETA ein klares Bekenntnis zu Offenheit und globalem Austausch.

### Entlastung der Aufnahmestaaten

Mit Blick auf das Thema Migration verwies Weber darauf, dass es mit der weitgehenden Schließung der Westbalkanroute gelungen sei, den ersten entscheidenden Schritt zur Entlastung der am meisten betroffenen Aufnahmestaaten zu setzen. Zusammen mit dem später vereinbarten EU-Türkei-Abkommen konnten die Migrationsströme massiv reduziert werden.

### Nachhaltige Lösung der Migrationsthematik

Für eine nachhaltige Lösung der Migrationsthematik seien ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen Europas und eine enge Kooperation mit seinen Nachbarn, wie etwa der Türkei, vonnöten. Allerdings dürfe sich Europa keinesfalls – vor allem auch angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei – in eine Abhängigkeit gegenüber Drittstaaten begeben. Es brauche eine gesamteuropäische Kraftanstrengung, um zukunftsfähige Lösungsansätze zu entwickeln und rigoros durchzusetzen.

Die Schließung der Westbalkanroute wertete Weber als be-

deutenden Etappenerfolg, der jedoch auf Dauer nicht ausreichen werde. So habe etwa der von Schleppern und Menschenhändlern angetriebene Zuzug über die lebensgefährliche Mittelmeerroute im Jahr 2016 mit rund 181.000 Ankünften in Italien – vor allem aus Afrika – wieder massiv zugenommen. Aus Webers Sicht sollte ein Einsatz von Militärschiffen auf den Schmugglerouten für Abschreckung sorgen: „Man kann nicht tatenlos zusehen, wie die Schmuggler ihr tödliches Geschäft mit den Flüchtlingen betreiben. Da müssen wir härter werden.“

### Keine Aufnahmepflicht

Als wichtig erachtete der EVP-Fraktionschef in diesem Zusammenhang ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), wonach die EU-Staaten Flüchtlingen kein Visum für einen Asylantrag ausstellen müssen. Ob Zuflucht gewährt wird, könnten die Staaten selbst entscheiden. Eine Aufnahmepflicht bestehe nicht, entschied der EuGH.

### Ärgernis Lastenverteilung

Ein Ärgernis bleibt laut Weber dagegen die Lastenverteilung innerhalb der EU. Man stelle sich vor: Die bayerischen Landkreise haben 2016 mehr Flüchtlinge aufgenommen als die gesamte tschechische Republik. „Hier kommen wir derzeit nicht voran. Die Osteuropäer werden sich erst dann bewegen, wenn die Außen-grenze gesichert und dies verbunden wird mit Einschränkungen bei den Finanzausgaben“, so die Einschätzung des Europaabgeordneten. Schließlich habe Solidarität in Europa mit gegenseitiger Hilfestellung zu tun.

### Keine Rosinenpickerei für die Briten

Schweren Zeiten geht nach Webers Einschätzung Großbritannien nach dem Brexit entgegen. Sprechere mit britischen Politikern, so erklärten diese, z. B. bei der Forschungs- und Sicherheitsunion ebenso weiter im EU-Verband mitmachen zu wollen wie in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Europa respektiere das Ergebnis des Referendums. Das könne aber nicht bedeuten, „dass sich die Briten die Rosinen heraus-picken und sich die schönen Sachen sichern, und von allem anderen nichts wissen wollen“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

### Doppelte Staatsbürgerschaft auf dem Prüfstand

Bedenklich ist für ihn auch die Entwicklung in der Türkei und damit verbunden die immer größer werdende Distanz zu Europa. Weber zufolge müssen jetzt die EU-Beitrittsgespräche eingefroren werden. „Partnerschaft und Handel ja, aber keine Vollmitgliedschaft“, laute das Credo. Angesichts der Ereignisse rund um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland müsse auch über die Doppelte Staatsbürgerschaft neu nachgedacht werden. „Denn Türken die auf Dauer hier leben, sollten sich zu Deutschland bekennen und nicht türkische Innenpolitik nach Europa holen.“

### Europa muss mit einer Stimme sprechen

Weber rief zudem ins Bewusstsein, dass viele Nachbarn und frühere Partner ein Interesse haben, Europa klein zu machen. US-Präsident Donald Trump als purer „Businessman“ würde lieber mit 28 Einzelstaaten arbeiten als mit dem Staatenverbund und der Wirtschaftsmacht EU. Des-

wegen begrüße Trump auch den Brexit. Russlands Präsident Wladimir Putin wiederum führe in der Ostukraine und in Syrien Krieg, er wolle Einfluss in Libyen. Sein Wunsch sei ein schwaches Europa, damit Russland freie Bahn hat. Damit Europa in der globalisierten Welt weiterhin eine Rolle spielen kann, müsse es mit einer Stimme sprechen und seine Prinzipien verteidigen, urteilte der CSU-Politiker.

Mit Blick auf den Bundestags- bzw. bayerischen Landtagswahlkampf ist für Manfred Weber der Wille beider Unionsparteien entscheidend, unter der Führung von Angela Merkel weiter zu regieren. Zum gemeinsamen Auftritt gebe es keine Alternative; es gelte, die Erfolge miteinander darzustellen. „Angela Merkel ist eine erfolgreiche Kanzlerin, sie hat gezeigt, dass sie das Land im Kern gut steuern kann. Wir wollen, dass sie weitermacht, gerade in diesen unsicheren Zeiten. Das kann im kommenden September ein echter Vorteil sein“, unterstrich Weber.

### Europa wird im Wahlkampf eine Rolle spielen

In punkto SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz rief Weber dazu, „jetzt in den Angriffsmodus zu kommen und Klartext zu reden“. Schulz wolle die Türkei in der EU haben, er wolle Eurobonds einführen, trete also für die Vergemeinschaftung der Schulden ein. Europa werde im deutschen Wahlkampf eine größere Rolle spielen. Dies sei gut so,

### Herrmann und Pronold:

## Einheimischenmodelle EU-konform gestalten

Bundesbauministerium und Freistaat Bayern einigen sich mit der EU-Kommission

Das „Einheimischenmodell“ ist in Zukunft wieder rechtssicher möglich. Damit können Kommunen Bauland an die ortsansässige Bevölkerung verbilligt abgeben. Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium Florian Pronold haben sich über Jahre gemeinsam für das Einheimischenmodell bei der EU eingesetzt.

Die jetzt erfolgte Einigung auf ein europarechtskonformes Modell sehen Herrmann und Pronold als Riesenerfolg: „Einheimischenmodelle ermöglichen insbesondere jungen ortsansässigen Familien, dass sie sich zu Hause ein Dach über dem Kopf leisten können. Auf dem normalen Immobilienmarkt hätten junge Familien sonst gegen finanzkräftige Ortsfremde keine Chance.“

Mit den „Einheimischenmodellen“ können Gemeinden der ortsansässigen Bevölkerung den Erwerb verbilligten Baulandes ermöglichen. Gegen eine mögliche Ungleichbehandlung anderer Interessenten hatte die Europäische Kommission schon 2006 Bedenken erhoben.

### Ortsgebundenheit ...

Das Bundesbauministerium und der Freistaat Bayern haben sich nun nach intensiven Verhandlungen mit der EU-Kommission auf angepasste Kriterien geeinigt: Für das Modell kommen Bewerber in Betracht, deren Vermögen und Einkommen bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet. Bei der anschließenden Punkteverteilung kann dem Kriterium der „Ortsgebundenheit“ bis zu 50 Prozent Gewichtung beigemessen werden. Herrmann: „Die Ortsgebundenheit ist ein wesentlicher Eckpfeiler bei der Verteilung von Grundstücken im Rahmen von Einheimischenmodellen.“

Florian Pronold: „Die jahrelangen Verhandlungen mit der Eu-

„weil es für uns Deutsche, aber auch für ganz Europa um Schicksalsfragen geht“.

Dabei sei es wichtig, dass die CSU ihre Schwerpunktthemen Steuersenkung und Familienförderung offensiv in den Vordergrund stellt, erklärte Weber. Kernpunkt der „größten Steuersenkung aller Zeiten“: Vor allem Geringverdiener und der Mittelstand sollen über eine Absenkung der Lohn- und Einkommensteuer entlastet werden.

Die Familien will die CSU beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen. Für jedes Kind, das steuerlich berücksichtigt werden kann, soll jährlich eine Förderung von 1.200 Euro bezahlt werden. Zehn Jahre lang, nachdem die eigene Wohnung oder das eigene Haus bezogen wurde, soll diese Unterstützung abrufbar sein.

### Erfolge positiv herausstellen

Nach Auffassung von KPV-Vorsitzendem Rößle verdienen die zahlreichen kommunalpolitischen Erfolge der CSU in den vergangenen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit in der Partei. Ob es sich nun um den beschlossenen Verteilungsmodus zur jährlichen Kommunalentlastung des Bundes in Höhe von 5 Mrd. Euro und die Übernahme der Flüchtlingskosten, den Rekordfinanzausgleich 2017 in Bayern in Höhe von 8,8 Mrd. Euro oder um deutlich gestiegene Hochbaumittel handelt – „dies sind gigantische Erfolge, die wir besser verkaufen müssen“, monierte Rößle. Er forderte dazu auf, auch im Wahlkampf „die in Summe sehr kommunalfreundliche Politik der CSU“ positiv herauszustellen. **DK**

### Hervorragende CO2-Einsparungsbilanz:

## Bayern sucht kommunale Vorzeigeprojekte

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann gibt Startschuss für Auswahlverfahren: Mehr als 20 Mio. Euro Fördermittel

Wie Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann bekannt gab, erhält Bayern weitere Förderungen aus dem Strukturfonds der Europäischen Union für regionale Entwicklungen (EFRE). Gemeinsam mit den Mitteln von EU und Freistaat stehen mehr als 20 Millionen Euro bereit. Gefördert werden kommunale Vorzeigeprojekte, die eine hervorragende CO2-Einsparung vorweisen können. Nun gab Herrmann dazu den Startschuss für die zweite Runde des Auswahlverfahrens.

„Kommunen mit konkreten Maßnahmen können sich ab sofort bei den Bezirksregierungen bewerben. Projekte, die den Energiebedarf reduzieren, Energie rationeller verwenden und verstärkt erneuerbare Energien nutzen, sind willkommen“, sagte Herrmann. Wie der Minister weiter mitteilte, haben gerade öffentliche Infrastrukturen ein besonders hohes Potenzial für Energieeinsparungen. Wesentliches Auswahlkriterium für eine Förderung ist das Verhältnis zwischen den eingesetzten Fördermitteln und den erreichbaren CO2-Einsparungen pro Jahr. Bewerbungen können sich alle Kommunen Bayerns bis zum 11. Juni 2017.

Bewerbungsunterlagen und Hinweise zum Auswahlverfahren können unter [www.staedtebauforderung.bayern.de](http://www.staedtebauforderung.bayern.de) abgerufen werden. □

### Herrmann beim Bayerischen Immobilitätstag:

## Bauen beschleunigen

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann hat die SPD und insbesondere Bundesbauministerin Barbara Hendricks erneut aufgefordert, das Bauen zu entbürokratisieren. Beim Bayerischen Immobilitätstag in Nürnberg betonte er: „Wer die Schraube mit den energetischen Standards immer weiter anzieht, darf sich nicht wundern, wenn sich ein Neubau für Bauherren irgendwann nicht mehr rentiert. Wir müssen Bauherren unterstützen und nicht behindern. Wir brauchen Wohnraum mehr denn je.“

Herrmann setzt sich auf Bundesebene vehement gegen eine Verschärfung der Vorschriften zur Energieeinsparung im Wohnungsneubau ein. Den geplanten Gesetzentwurf des Bundes nannte er ein Trauerspiel. „Durch die laufende Erhöhung energetischer Standards wird das Bauen immer weiter verteuert. Diese Entwicklung gefährdet vor allem die Errichtung von günstigem Wohnraum, der dringend benötigt wird“, sagte er. Er setze sich zudem für die degressive Abschreibung von Mietwohnungsbauten ein. Herrmann: „Auch bei den steuerlichen Rahmenbedingungen für Bauherren lasse ich nicht locker! Wir wollen das Bauen von angemessenem Wohnraum dauerhaft und flächendeckend unterstützen. Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet die SPD

sich weigert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das bezahlbare Wohnen beschleunigen.“

### Wohnungspakt Bayern

Einen deutlichen Aufschwung erlebt der Wohnungsbau mit dem im Jahr 2016 eingeführten Wohnungspakt Bayern. Mehr als 74.000 Baufreigaben gab es im vergangenen Jahr – so viele wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Laut Bauminister Herrmann müsse jedoch noch mehr gebaut werden, um den Bedarf an günstigem Wohnraum, besonders in den Metropolregionen, zu decken. Er appellierte deshalb auf dem Bayerischen Immobilitätstag vor den Bauleuten: „Bauen Sie! Damit Bayern ein Land bleibt, in dem man gut wohnen und leben kann.“ □

## Deutliche ...

(Fortsetzung von Seite 2)

wichtig, um das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land zu erreichen.“

Der Freistaat beabsichtigt, bei Förderbescheiden ab dem 1. Juli 2017 den individuellen Förderhöchstbetrag zu verdoppeln und den Fördersatz auf 80 Prozent für Gemeinden und Städte anzuheben, die bislang einen Fördersatz von 60 oder 70 Prozent bekommen hätten. Außerdem soll keine geografische Beschränkung der verbesserten Förderkonditionen auf einzelne Regionen oder Landkreise mehr erfolgen.

### Verbesserte Breitbandförderung

Voraussetzungen für die verbesserte Breitbandförderung sind: Die antragstellende Gemeinde muss bereits mindestens einmal gefördert worden sein, sie schöpft mindestens 75 Prozent des ursprünglichen Förderhöchstbetrags zum bisherigen Fördersatz aus, der Anteil von direkten Glasfaseranschlüssen in die Häuser beträgt mindestens 80 Prozent, mindestens zwei Gemeinden müssen interkommunal zusammenarbeiten und die Gemeinde muss sich mit dem konkreten Projekt vor Beginn der Ausschreibung beim Breitbandzentrum Amberg bewerben.

Die beiden letztgenannten Fördervoraussetzungen hält der Bayerische Gemeindetag für unnötig, weil sie nur zusätzliche Bürokratie hervorrufen. Der Verband hat den Freistaat aufgefordert, auf diese Bedingungen zu verzichten. Notwendig sei überdies, den neuen „Höfebonus“ auch auf Gemeinden anzuwenden, die über das Breitbandförderprogramm gefördert worden sind. **DK**

## Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes

Der Landtag beschloss einstimmig eine Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes, mit der nach den Worten von Innenstaatssekretär Gerhard Eck „das einzigartige ehrenamtliche Potential von Einsatzkräften im Krisen- oder Katastrophenfall erhalten und weiter ausgebaut wird.“

Die Änderung tritt am 1. April 2017 in Kraft. Eck hob als besonders fortschrittliche Weiterentwicklung hervor, dass ehrenamtliche Einsatzkräfte freiwilliger Hilfsorganisationen künftig im Einsatzfall von ihrer Arbeit bei Entgeltfortzahlung freigestellt werden, unabhängig davon, ob es sich bei dem Unglück um eine Katastrophe oder um einen Massenunfall von Verletzten handelt. Künftig sollen auch Ehrenamtliche in den Genuss von Freistellung und Entgeltfortzahlung kommen, die etwa die Verpflegung und Betreuung für Menschen übernehmen, die stundenlang in einem Verkehrsstau ausharren oder nach einem Bombenfund evakuiert werden müssen. Eck: „Diese Ansprüche sind für die Helfer wichtig, weil sie ihren Arbeitsplatz für ihren Dienst verlassen dürfen – und das, ohne Nachteile für ihr Arbeitsverhältnis befürchten zu müssen.“

Voraussetzung ist, dass die ehrenamtlichen Unterstützungskräfte der freiwilligen Hilfsorganisationen als Mitglieder sogenannter Schnell-Einsatz-Gruppen über eine Integrierte Leitstelle alarmiert und bei einem Schadensereignis um Hilfe gebeten werden. „Damit werden sie im Einsatzfall den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren gleichgestellt“, betonte der Staatssekretär.

Der Landtag hat darüber hinaus einen Antrag der CSU-Fraktion zur Frage der Freistellung für Fortbildungszeiten zugestimmt. Demnach soll die Staatsregierung prüfen, inwieweit auch für Fortbildungszeiten ehrenamtlicher Helfer des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes eine ausgewogene Regelung geschaffen werden kann. Staatssekretär Gerhard Eck: „Ich bin sehr optimistisch, dass wir auch hier eine gute und durchdachte Lösung finden werden, die den Interessen der Helfer und ihrer Arbeitgeber gleichermaßen Rechnung trägt.“ □

gestalten (vgl. Seite 12). □

## Der Kommunalkredit:

# Tragende Säule der kommunalen Investitionsfinanzierung in Bayern

Auftrag der BayernLabo ist es, als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern den Freistaat Bayern und seine Kommunen bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben mit zinsgünstigen Finanzierungen zu unterstützen. Mit einem Anteil von rund 24 Prozent an der Bilanzsumme der BayernLabo ist das bayerische Kommunalkreditgeschäft - neben der Wohnraumförderung - die zweitwichtigste Förderschienen der BayernLabo.

Die BayernLabo unterstützt die bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften sowie Zweck- und Schulverbände bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben durch zinsgünstige klassische Kommunalkredite und spezielle Förderkredite. Das Neuabschlussvolumen im Kommunalkreditgeschäft erhöhte sich 2016 auf rd. 950 Mio. Euro. Darüber hinaus wurden Neuabschlüsse in Höhe von rd. 30 Mio. Euro in der exklusiv für Kommunen 2016 erstmals aufgelegten Säule II des Wohnungspakts Bayern, dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) getätigt.

Das Kreditvolumen der BayernLabo im Kommunalkredit Bayern wächst damit auf 5,8 Mrd. Euro. Mit einem Marktanteil von rund einem Drittel bleibt die BayernLabo in Bayern damit Marktführer in diesem Segment.

Die Phase der historisch günstigen Geld- und Kapitalmarktzinsen im Langzeitvergleich fand auch 2016 ihre Fortsetzung. Die ausgezeichneten Refinanzierungsmöglichkeiten bei Kapital-

anlegern und ihre Refinanzierungsstruktur ermöglichen es der BayernLabo ihren Kunden in allen und vor allem auch in den langen Laufzeitbändern zinsgünstige Kreditangebote zu unterbreiten.

Der Kommunalkredit ist und bleibt in Bayern das mit Abstand wichtigste Instrument zur Investitionsfinanzierung für bayerische Gebietskörperschaften aller Größenklassen. Neben der günstigen Zinskondition für Zinsbindungen bis zu 30 Jahren spielen insbesondere Aspekte wie

- die professionelle und schnelle Kreditabwicklung
- langjährige verlässliche Finanzierungspartner
- die schlanke und auf gesetzliche Regelungen zurückgreifende Dokumentation
- und die passgenaue Gestaltung von Tilgungsstrukturen für alle Größenordnungen eine wichtige Rolle für die hohe Akzeptanz dieses transparenten und bewährten Finanzierungsprodukts.

So wird der Kommunalkredit unverändert seiner Funktion der Maßgröße (Benchmark) für alle

anderen Finanzierungsinstrumente bezüglich Kondition, Schnelligkeit und Einfachheit und Verfügbarkeit gerecht.

## Klassischer Kommunalkredit

Die BayernLabo bietet im klassischen Kommunalkredit vielfältige Strukturen zur Investitionsfinanzierung an. Die Abschlüsse lagen hier 2016 bei einem Rekordwert von rund 670 Mio. Euro.

## Kommunale Förderkredite

Im Bereich des Förderkredits für Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur refinanziert sich die BayernLabo bei der KfW, der Förderbank des Bundes. Zusätzlich zur Weitergabe dieser Förderung auf Bundesebene gewährt die BayernLabo den Kommunen einen weiteren „bayerischen Fördervorteil“ in Form weiterer Zinsvergünstigungen. Dieser doppelte Zinsvorteil von Bundes- und Landesebene kommt den Kommunen jedoch nur dann zugute, wenn der Antrag direkt bei der BayernLabo in den bayerischen Förderprogrammen Inklusions-, Energie- und Investkredit Kommunal Bayern gestellt wird. Die zusätzliche in 2016 neu auf Basis des Investkredit Kom-

munal Bayern aufgelegte „Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte“ mit einem Zinssatz von 0,0 % ist planmäßig zum 30.03.2016 ausgelaufen.

Das kommunale Fördergeschäft in Zusammenarbeit mit der KfW erreicht 2016 ein Abschlussvolumen von rund 290 Mio. Euro.

## Kommunales Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP)

Im Rahmen des von der Bayerischen Staatsregierung initiierten „Wohnungspakt Bayern“ hat die BayernLabo für die Säule II mit dem KommWFP ein neues Programm geschaffen, das aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern weiter zinsverbilligt wird. Durch das Programm sollen bayerische Kommunen in die Lage versetzt werden bezahlbaren Wohnraum für Bevölkerungsgruppen zu schaffen, die sonst keinen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. In 2016 konnten in diesem Programm bereits die ersten 758 Wohnungen gefördert werden.

Fazit: Der Trend zur Zinssicherung langfristig zinsgünstiger Finanzierungen bleibt ungebrochen. Das Neugeschäftsvolumen von rund 980 Mio. Euro und die kontinuierlich wachsende Anzahl aktiver Kommunalkreditkunden der BayernLabo (rund 1.350 Kommunalkunden in Bayern) belegen die Bedeutung und Attraktivität des Kommunalkredits zur sicheren und planbaren Finanzierung kommunaler Investitionen.

Die Geschäftsentwicklung 2016 und die Begleitung von hunderten kommunaler Projekte zeigen, wie erfolgreich die BayernLabo ihre Aufgabe als Kommunal- und Förderbank des Freistaats auch 2016 erfüllen konnte. □

## BayernInvest und Ardian:

## Kooperation im Fondsmanagement für illiquide Assetklassen

In Zeiten niedriger Zinsen und hoher Volatilitäten an den Kapitalmärkten suchen institutionelle Investoren verstärkt nach alternativen Anlagen. Vor diesem Hintergrund erweitert die BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH ihr Produkt- bzw. Leistungsspektrum.

Der Münchner Asset Manager mit einem verwalteten Vermögen von rund 72 Mrd. Euro bietet institutionellen Investoren - neben liquiden Assetklassen - nun auch Investments in illiquide Assetklassen an. Hierfür kooperiert die BayernInvest, hundertprozentige Tochter der BayernLB und Kompetenzzentrum für institutionelles Asset Management, mit Ardian, einem weltweit führenden Privat-Equity-Unternehmen. Die Kooperation umfasst Investments in Fonds, die Private Equity-Strategien abdecken sowie die Bereiche Infrastructure und Private Debt. Auch in der Administration von illiquiden Assetklassen ist die BayernInvest bereits gut positioniert.

## Kunden profitieren von erweiterter Produktpalette

„Ardian ist ein leistungsstarker Partner für das professionelle Management illiquider Assetklassen. Wir freuen uns als eine der großen Kapitalverwaltungsgesellschaften in Deutschland unseren Kunden nun neue Investmentideen und damit eine noch breitere Produktpalette anbieten zu können“, sagt Holger Leimbeck, Bereichsleiter Marketing und Vertrieb bei der BayernInvest. Ein erstes gemeinsames Mandat ist bereits erfolgreich gestartet. Beide Kooperationspart-

ner blicken demnach äußerst positiv nach vorne.

Die BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in München wurde 1989 als hundertprozentige Tochter der BayernLB gegründet und ist innerhalb des Konzerns BayernLB das Kompetenzzentrum für institutionelles Asset Management. Als Gesamtanbieter ist BayernInvest sowohl Asset Manager als auch Master-KVG. Mit einem verwalteten Volumen von rund 72 Milliarden Euro in Spezial- und Publikumsfonds sowie institutionellen Vermögensverwaltungsmandaten gehört die BayernInvest zu den großen Kapitalverwaltungsgesellschaften im institutionellen Asset Management.

Ardian ist eine führende unabhängige Investmentgesellschaft, die 1996 von Dominique Senequier gegründet wurde und noch heute erfolgreich von ihr geleitet wird. Das Unternehmen verwaltet aktuell Vermögenswerte in Höhe von rund US\$ 60 Mrd. für seine Investoren aus Europa, Nordamerika und Asien. Ardian verfügt über ein globales Netzwerk mit rund 450 Mitarbeitern in zwölf Büros. Für seine 550 Investoren bietet Ardian eine große Bandbreite alternativer Anlageklassen einschließlich Private-Equity-Fonds sowie Fonds in den Bereichen Infrastruktur, Private Debt und Real Estate. □

## Zu 100 Prozent von künstlicher Intelligenz gesteuert:

# Erster globaler UCITS-Aktienfonds

BayernInvest und ACATIS bieten innovativen Publikumsfonds an selbstfahrende Autos sind im Kommen, nun nehmen auch selbststeuernde Fonds an Fahrt auf. Davon sind die BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH und die ACATIS Investment GmbH überzeugt und bieten seit 23. März 2017 den ersten in Deutschland zugelassenen Publikumsfonds an, der zu 100 Prozent von künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert wird.

Der Fonds „BayernInvest ACATIS KI Aktien Global-Fonds“ (ISIN DE000A2AMP25) ist ein weltweit in Einzeltitel investierender Aktienfonds. Die Investmentstrategie mit den wesentlichen Vorgaben stammt von der BayernInvest. Die darauf aufbauende Aktienselektion, -gewichtung und -umschichtung basieren auf so genannten Deep Learning-Modellen von ACATIS. Ein Fondsmanager greift dabei nicht mehr in die Portfolioentscheidungen ein. Das selbstlernende Modell passt sich in der Zeit voranschreitend dem Marktumfeld an und hat einen langfristigen Horizont.

Die Initiatoren des innovativen Fonds sind sich einig: „Das Interesse am Markt für ein solches Produkt ist sehr hoch. Nach unseren Erkenntnissen ist dieser Fonds der erste globale Aktienfonds, der

komplett von künstlicher Intelligenz gesteuert wird“, versichert Dr. Hendrik Leber, Sprecher der Geschäftsführung und Gründer von ACATIS.

Dr. Volker van Rühl, Sprecher der Geschäftsführung der BayernInvest, ergänzt: „Die künstliche Intelligenz spielt längst in vielen Lebensbereichen eine wichtige Rolle. Wir sind überzeugt, dass solche innovativen Technologien angesichts ihrer Leistungsfähigkeit auch im Fondsmanagement einen festen Platz erobern werden. Die Performance-Tests des BayernInvest ACATIS KI Aktien Global-Fonds sind äußerst beeindruckend.“

Der „BayernInvest ACATIS KI Aktien Global-Fonds“ selektiert aus einem Investmentuniversum von ca. 4.000 globalen Aktien bis zu 50 Aktien aus entwickelten

Ländern und schichtet halbjährlich um. Die Marktkapitalisierung der Aktien liegt bei über 1 Mrd. Euro. Ziel des risikooptimierten Portfolios ist eine nachhaltige Outperformance von mindestens 3 % p.a. gegenüber dem MSCI World Index. Dieses Ziel wurde in neun von elf Jahren in einem Walk-Forward-Test deutlich übertroffen. Drawdowns werden dabei schneller aufgeholt als vom MSCI World Index selbst.

Die Deep Learning Modelle für den Fonds wurden von der Quantenstein GmbH für ACATIS entwickelt. Die Modelle basieren auf Fundamentaldaten wie zum Beispiel Umsatz, EBIT, Gewinn und vielen anderen mehr.

Die Fundamentaldaten stammen aus der umfangreichen Unternehmensdatenbank, die ACATIS seit 15 Jahren aufbaut und stetig erweitert. Die Daten reichen bis 1986 zurück. Das Modell, das auf Millionen von Beobachtungen beruht, kommt von Prof. Dr. Jürgen Schmidhuber, dem Erfinder der Long-Short-Term-Memory Neuronen (LSTM), es arbeitet also auf LSTM-Basis.

Das Besondere an diesen speziellen Neuronen ist die eingebaute Gedächtnisleistung. So können in der Vergangenheit gelernte Muster und Ereignisse gespeichert und zu gegebener Zeit wieder aufgerufen werden. Die Architektur des Systems wurde von Quantenstein entwickelt. Es sucht sich selbst die Zusammenhänge und die Neuronen in neuronalen Netzen spezialisieren sich auf die Erkennung bestimmter Details.

Erst im Zusammenspiel aller Neuronen entsteht das Gesamtmodell. Innerhalb des angewandten Modells werden mehrere in einer end-to-end Optimierung miteinander verknüpfte Submodelle eingesetzt zur Ermittlung der Aktienattraktivität quer über alle globalen Aktien, zur Portfoliogewichtung sowie zur Portfoliokonstruktion. □

## BayernLB finanziert Projektentwicklung „Kap West“ München

Die BayernLB finanziert für die OFB Projektentwicklung GmbH den Neubau des Bürogebäudes Kap West in München mit rund 145 Mio. Euro.

Das Kap West, nach dem Entwurf des niederländischen Architekturbüros Wiel Arets Architects, ist aufgrund seiner exponierten Lage und ausdrucksvollen Architektur ein markanter Blickfang am Hirschgarten. Unmittelbar an der S-Bahn-Haltestelle entsteht das moderne Quartier mit rund 42.000 Quadratmetern modernster Nutzflächen, davon rund 35.000 Quadratmeter für Bürokonzepte.

Die zwei eigenständigen Baukörper des Ensembles mit vier separaten Erschließungskernen

werden jeweils um einen Turm erweitert. Kap West zeichnet sich durch beste Sichtbarkeit und Ausblick aus. Auf dem rund 7.300 Quadratmeter großen Areal haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Die Fertigstellung und Einzug der ersten Mieter ist für Mitte 2019 geplant.

Bernd Mayer, Bereichsleiter Immobilien der BayernLB: „Als Bayerische Bank für die deutsche Wirtschaft freuen wir uns, die OFB bei dieser beeindruckenden Projektentwicklung in München aktiv zu begleiten. Kunde und Bank, Standort und Konzept, hier passt einfach alles zusammen.“

Die OFB wird vom BayernLB-Vertriebsbüro Frankfurt aus betreut. □



## Förderdarlehen und Zuschüsse sichern!

### Exklusive Wohnraumförderung für Bayerische Kommunen

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Informationen unter ► [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Zufrieden mit dem Geschäftsjahr 2016:

## Sparkassen versuchen, der Niedrigzinspolitik zu widerstehen

In keinem Fall soll es Negativzinsen auf kleine Einlagen geben

Trotz der anhaltenden Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sind Bayerns Sparkassen mit dem Geschäftsjahr 2016 zufrieden, wenngleich Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, beim Bilanzpressegespräch vor allem zur Ertragsituation durchaus kritische Anmerkungen machte. Gegen Negativzinsen, von Netzer lieber „Verwarentgelte“ genannt, allerdings werde man sich mit aller Kraft stemmen, solange es betriebswirtschaftlich gehe. Sollte aber der Druck der Konkurrenz zu stark werden, müssten auch die Sparkassen nachziehen. Aber selbst dann komme es nicht in Frage, kleine Guthaben – etwa bis 20.000 Euro – mit Verwarentgelten zu belegen.

Die Sparkassen verstehen sich nämlich nicht nur als Finanzierer des Mittelstandes, sondern auch als Anwalt und Beistand der Sparer. „In einer rundum anormalen Situation, in der Negativzinsen grundlegende Prinzipien des Geschäftslebens auf den Kopf stellen, die Inflation zurückkehrt, kleine Sparer sogar Verluste hinnehmen müssen und die Hälfte der Kunden am Monatsende nichts mehr zurücklegen kann“, fordern die Sparkassen, „nach 15 Jahren Stillstand“ endlich wieder staatliche Anreize zur Vermögensbildung zu schaffen. Denn, so Netzer, die Finanzminister seien die Gewinner der Niedrigzinsphase. Sie müssten deshalb einen Teil der üppigen Überschüsse an die Sparer zurückgeben.

### Vermögensaufbau ist wichtig

Mehr Unterstützung in der Altersvorsorge und eine Überarbeitung des Vermögensbildungsgesetzes seien unumgänglich, weil die Einkommensgrenze für die Arbeitnehmer-Sparzulage noch immer bei 17.900 Euro liege. Diese Grenze müsse mindestens verdoppelt werden. Auch müsse es Verbesserungen beim Baukindergeld geben und der Fehltariff der Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie korrigiert werden, denn jetzt richte sie sich nur an Bevölkerungskreise, die sich bereits in der Immobilienfinanzierung leisten könnten. Wer sich heute keine Kapitalmarktgeschäfte und auch keine Kreditfinanzierung leisten könne, gehöre zu den Hauptleidtragenden des aktuellen Zustandes. Vermögensaufbau für Kleinsparer sei aber besonders wichtig, um Risiken im Alter zu vermeiden.

### Vertrauensbeweis

Trotz der herausfordernden Bedingungen hätten Bayerns Sparkassen aus 2016 ein erfolgreiches Jahr gemacht und ihr operatives Ergebnis sogar besser behauptet als erwartet, stellte Landesobmann Walter Strohmaier fest. So wohl auf der Einnahmen- als auch der Kostenseite steuerten sie gegen die Erosion der Zinsen. Das Wachstum sei fortgesetzt worden, denn die (addierte) Bilanzsumme der 2016 noch 69 Sparkassen nahm um 2,7 % auf rund 198 (2015: 193) Mrd. Euro weiter zu. Die Kundeneinlagen sind um 3,2 % auf 156,6 Mrd. Euro gestiegen. „Auch wenn uns das betriebswirtschaftlich eher belastet, freuen wir uns über diesen Vertrauensbeweis.“ Etwa zwei Drittel der Kundengelder entfielen auf Sichteinlagen. Das Wertpapiergeschäft legte um 40 % zu.

Deutlich stieg auch das Kreditvolumen, nämlich um 3,4 % auf 126 Mrd. Euro. Gut die Hälfte des Geschäfts wurde mit Unternehmen und Selbständigen getätigt. Die Sparkassen hätten noch mehr Kredite vergeben können, doch im Berichtsjahr habe die Kreditnachfrage etwas nachgelassen. So wurden mit 26 Mrd. Euro 3,8 % weniger Kredite zugesagt als 2015. Während die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbständige aber noch um 0,6 %

2016 die Sparkassen mit 13,9 Mrd. Euro um 5,2 % weniger Wohnungsbaukredite als im Jahr zuvor. Aber 2015 hatte es auch eine Rekordsteigerungsrate von 27,6 % gegeben.

### Schaffung von Wohnraum

Strohmaier: „Das lässt sich nicht jedes Jahr wiederholen“. Sicher sei allen klar, dass auch das Wachstum im Markt für Wohnungsbaufinanzierungen sich einmal verlangsamen würde. Schließlich schrumpfte das Angebot an noch verfügbaren Objekten angesichts der übergroßen Nachfrage beim jetzigen Zinsniveau. Doch einen Teil des Rückgangs führt der Verband schon auch auf die Umsetzung der neuen europäischen Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie zurück (bei der für die Bemessung der Kreditwürdigkeit nicht das Vermögen des

### Komplette Neuausrichtung:

## Erfolgreiche Kundenbank BayernLB löst alte Landesbank ab

Das inzwischen sechstgrößte deutsche Kreditinstitut festigte seine Position in der Spitzengruppe der deutschen Banken

Nach schwierigen, verlustreichen Jahren hat die Bayerische Landesbank (BayernLB) den Wandel von der „alten Landesbank“ zu einer neuen, effizienteren Kundenbank durch Umstrukturierung und strikte Konzentration auf Kerngeschäft „endgültig“ geschafft und dadurch, wie der Vorstandsvorsitzende Johannes-Jörg Riegler in der Bilanzbesprechung mitteilte, ihre Position in der Spitzengruppe der deutschen Banken gefestigt. Mit dieser „exzellenten Aufstellung“ sei die Neuausrichtung der Bank abgeschlossen. „Wir wollen eine der besten Landesbanken sein und stellen uns dem Wettbewerb mit breiter Brust“, formuliert er den Blick in die Zukunft.

In Zahlen zeigt sich der Erfolg darin, dass der Gewinn vor Steuern im Berichtsjahr 2016 erneut gesteigert werden konnte, und zwar um 9,6 % auf 708 (Vorjahr: 646) Mio. Euro. Nach Steuern waren es 550 (496) Mio. Euro, was fast mit dem Konzernergebnis von 545 (495) Mio. Euro identisch ist.

Die Kraft des inzwischen sechstgrößten Kreditinstituts in Deutschland – das Kreditvolumen betrug 174,2 (175,4) Mrd. Euro (-0,7%) – zeigt sich auch darin, dass bis 2019 die staatlichen Beihilfen (stille Einlage), mit denen ehemals der Freistaat die Bank nach ihrem Abenteuer mit der Übernahme der österreichischen Hypo Alpe Adria gestützt und aus höchster Not gerettet hatte, komplett und damit etwas vorzeitig zurückgezahlt werden sollen. Bislang wurden 4,4 Mrd. Euro gezahlt, davon im Berichtsjahr 1,3 Mrd. Euro. Jetzt steht noch etwa 1 Mrd. Euro zur Rückzahlung an.

### Keine Privatisierung

Nebenbei hat die Bank im Berichtsjahr 115 Mio. Euro an den Freistaat abgeführt. Demnächst soll auch die regelmäßige Dividendenzahlung an die Eigentümer (Freistaat Bayern 75 %, Sparkassenverband Bayern 25 %) wieder aufgenommen werden. Von der vor einigen Jahren noch diskutierten Privatisierung der Landesbank ist keine Rede mehr.

Ihr gutes Ergebnis verdankt die BayernLB, die sich schwerpunktmäßig im Firmenkunden- und Immobiliengeschäft und als Partner im Sparkassen-Finanzverbund betätigt, aber auch über ihre Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) im Privatkundengeschäft eine starke Stellung hat, der Tat-

sache, dass sie in allen Kundensegmenten trotz des „herausfordernden Umfeldes“ ein gutes operatives Ergebnis erzielt hat. Dazu hat beigetragen, dass die Bank ein straffes Effizienzprogramm durchzieht.

### Geringere Risikovorsorge

Dass der Zinsüberschuss um 8,5 % auf 1,475 (1,612) Mrd. Euro zurückgegangen ist, lag nicht nur an dem niedrigen Zinsniveau, sondern auch an der durch die Umstrukturierung bewusst hingeworfenen Reduzierung des Geschäftsumfanges, die sich in der Bilanzsumme von 212,1 (215,7) Mrd. Euro (- 1,7 %) widerspiegelt. Dagegen legte der Provisionsüberschuss um 3 % auf 296 (286) Mio. Euro zu. Der hohen Qualität des Kreditportfolios sei es zu verdanken, dass die Risikovorsorge mit -87 Mio. Euro wesentlich geringer ausfiel als im Jahr zuvor mit noch -264 Mio. Euro. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ging dank des allgemeinen Zinsumfeldes um 4 % auf 274 (286) Mio. Euro zurück. Dass es nicht weniger wurde, resultiert aus dem Verkauf der Anteile an der Visa Europe Ltd. für 144 Mio. Euro und der Anteile an der Deutschen Factoring Bank für 28 Mio. Euro.

Wegen gesteigener regulatorischer Anforderungen sowie höheren Aufwendungen für Pensionsrückstellungen nahmen der Verwaltungsaufwand um 9,6 % auf 1,280 (1,168) Mrd. Euro zu. Das seit 2013 befolgte Kostensenkungsprogramm verhinderte einen noch stärkeren Anstieg. Die seit der Finanzkrise 2007 fällige Bankenabgabe erforderte 51 (39) Mio. Euro, der Beitrag zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe 37 (50) Mio. Euro.

Kreditnehmers eine Rolle spielt, sondern nur seine laufenden Einnahmen, was z. B. Rentner enorm benachteiligt). Deshalb sei es gut, dass der Gesetzgeber die Umsetzung der Richtlinie noch einmal überarbeite. Der Bestand an Kommunalkrediten schrumpfte um 515 Mio. auf etwa 5 Mrd. Euro. Die Kommunen bräuchten weniger Geld, ihnen gehe es gut, hieß es.

### Erfolgreich im Fördergeschäft

Sehr erfolgreich waren Bayerns Sparkassen gemeinsam mit ihrem Verbundpartner Bayerische Landesbank (Bayern LB) auch im Fördergeschäft, wo sie ihren Marktanteil ausbauen konnten. Sie reichten zinsgünstige Kredite der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftliche Rentenbank im Gesamtvolumen von 3,1 Mrd. Euro aus. Das entspricht etwa 37 % aller in Bayern vergebenen Förderkredite.

All das zusammen hat zu einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 1,737 (Vorjahr: 1,815) Mrd. Euro geführt (- 4,3 %). In Bezug auf die durchschnittliche Bilanzsumme liegt dieses Betriebsergebnis aber mit jetzt 0,89 % zum zweiten Mal unter 1 %. Ursache



Von links: Landesobmann Walter Strohmaier, Präsident Dr. Ulrich Netzer und Vizepräsident Roland Schmautz.

ist, dass der Zinsüberschuss mit 3,608 (3,749) Mrd. Euro um 3,8 % geringer ausgefallen ist, „sodass wegen der Niedrigzinspolitik ein dreistelliger Millionenbetrag in der Ertragsrechnung fehlt“.

Das Wachstum im Kundengeschäft schlage sich im Ergebnis nicht entsprechend nieder. Und diese Entwicklung werde sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Bei einigen Sparkassen in Bayern werde das Betriebsergebnis bei anhaltender Niedrigzinspolitik schon in wenigen Jahren nicht mehr auskömmlich sein. Das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag (CIR) von derzeit 64,1 (63,1) % werde deutlich steigen, das erwähnte Betriebsergebnis von jetzt 0,89 % um etwa einen Zehntel Prozentpunkt pro Jahr nachgeben und irgendwann den Wert von nur noch etwa 0,5 % erreichen.

### Verbesserter Jahresüberschuss

Dass für 2016 dennoch ein leicht verbesserter Jahresüberschuss von 325 (2015: 317) Mio. Euro ausgewiesen werden kann, hat mehrere Ursachen. So nahm dank des guten Wertpapiergeschäftes der Provisionsüberschuss um 4 % auf 1,176 (1,130) Mrd. Euro zu. Trotz Tarifierhöhung stieg der Personalaufwand für 40.490 (42.470) Mitarbeiter nur um 0,5%. Der Sach- und Verwaltungsaufwand wurde erstmals seit langem sogar real um 1,7 % gedrückt. Außerdem kam es bei fast allen In-

nehmen und 42 der 50 MDax-Unternehmen. Sie zählt nach eigenen Angaben zu den führenden Arrangeuren von Schuldscheindarlehen und hat über ihre Tochter Deutsche Kreditbank (DKB), die zu den Marktführern im digitalen Banking zählt und im Bereich der Digitalisierung für den gesamten Konzern tätig ist, etwa 3,5 Mio. Privatkunden, davon allein fast 400 000, die im Berichtsjahr neu gewonnen wurden. Die DKB allein hat 381 (336) Mio. Euro zum Gesamtergebnis beigetragen.

Mit eigenen Standorten ist Bayerns Landesbank außer natürlich in München in Nürnberg, Düsseldorf, Berlin, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, London, Paris, Mailand und New York vertreten. Für die Kundenbetreuung in Asien ist sie eine Partnerbank mit der Standard Chartered Bank in Hongkong eingegangen.

### Solides Ergebnis in Sicht

Fürs laufende Jahr gehen Riegler und Wiegmann von einem weiteren „profitablen Wachstum ohne Veränderung des Risikoprofils“ sowie einer weiteren Effizienzsteigerung und Kostensenkung aus. Im Personalbereich werde es keine wesentlichen Veränderungen geben. Fazit des Vorstandes: Nachdem das Geschäft in den ersten zwei Monaten 2017 so gut gelaufen ist wie im Berichtsjahr, sei wieder mit einem „soliden Ergebnis vor Steuern im dreistelligen Millionenbereich“ zu rechnen. Konkreter wollte man sich nicht festlegen, doch blieben Vermutungen von 400 bis 600 Mio. Euro unwidersprochen. dhg.

stituten zu Preisanpassungen, etwa durch Erhöhung der Kontoführungsgebühren. Ganz entscheidend aber ist, dass für Wertberichtigungen und Risikovorsorge statt 220 Mio. nur noch 20 Mio. Euro aufzuwenden waren.

Ärgerlich sind die „nicht beeinflussbaren Kostentreiber“. So wurden 16,7 Mio. Euro für Beiträge zur Bankenabgabe und 23,8 Mio. Euro für Beiträge zur Einlagensicherung fällig. Die Sparkassen lehnen das System der Einlagensicherung in der Eurozone nach wie vor entschieden ab, weil es zwischen Regionalbanken und international tätigen Großbanken keinen Unterschied macht. Sie sind sich mit Bundesfinanzminister Schäuble und Bundesbankvorstand Dombret einig, dass kleine und weniger komplexe Kreditinstitute bei der Regulierung entlastet und eigene Regeln für sie definiert (Small and simple Banking Box) werden sollten.

### Eigenkapital weiter stärken

Der Verband spricht sich dagegen aus, dass Sparkassen Gewinne an ihre Gewährträger abführen. Stattdessen sollten sie besser ihr Eigenkapital weiter stärken, zumal sie sich nicht an der Börse refinanzieren könnten. „Derzeit haben wir zwar mehr Eigenkapital aufgebaut, als wir bräuchten“, aber mit Blick auf zukünftige regulatorische Anforderungen müsse man gewappnet sein.

2016 haben die Sparkassen 493 Mio. Euro gewinnabhängige Steuern bezahlt, davon 222 Mio. Euro Gewerbesteuer. Für Sponsoring und Spenden über 108 regionale Stiftungen wurden 46 Mio. Euro für soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport bereitgestellt. Allerdings sind in den vergangenen vier Jahren die Stiftungsausschüttungen um ein Viertel zurückgegangen, weil auch die Stiftungen unter den niedrigen Zinsen leiden.

Zurzeit gibt es noch 68 Sparkassen in Bayern, in absehbarer Zeit werden es wegen weiteren Fusionen nur noch 60 sein. So werden sich wohl bald die Sparkassen in Landsberg, Fürstenfeldbruck und Dachau zusammenschließen, auch die Institute in Erlangen und Hötting. Die Welle der Filialschließungen sei im Großen und Ganzen vorbei, es komme allenfalls noch zu Einzelfällen.

### Digitalisierung im Visier

Die Konzentration im Verbundbereich (Landesbanken, Bausparkassen, Versicherungen) kommt nach Verbandsangaben nur schleppend voran. Es gebe sehr unterschiedliche Eigeninteressen, aber auch sehr unterschiedliche technische Ausrüstungen (z.B. IT-Technik). Eine große Aufgabe sehen die Sparkassen in der Digitalisierung, erläuterte Vizepräsident Roland Schmautz. Schon heute werde etwa die Hälfte des Geschäftes online abgewickelt, mit steigender Tendenz. Die IT-Kommunikationswege zum Kunden müssten vielfältig ausgebaut werden. Ziel für die Zukunft bleibe, unabhängiger von der Zinsmarge zu werden, unrentable Aktivitäten einzustellen und die Kosten weiter zu senken. dhg.

## Motor für die heimische Wirtschaft

Bilanzpressekonferenz des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern

„Die Sparkassen in Niederbayern erfüllen eine Reihe wichtiger Aufgaben und sind seit 200 Jahren ein unverzichtbarer Partner für die Menschen der Region“, unterstrich der Vorsitzende des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, Passau Landrat Franz Meyer, bei einer Bilanzpressekonferenz in Straubing.

Als größter Mittelstandsfinanzierer seien sie der „Motor für die heimische Wirtschaft“, betonte Meyer. „Man kann hier quasi von einer Schicksalsgemeinschaft der Sparkassen und des Mittelstands sprechen. Geht es den Sparkassen gut, geht es auch der heimischen Wirtschaft gut.“

Vom wirtschaftlichen Erfolg der Sparkassen profitierten alle Bürgerinnen und Bürger. Fast 23 Millionen Euro überwies die Sparkassen im vergangenen Jahr unmittelbar in Form von Gewerbesteuer an die jeweiligen Kommunen. Insgesamt betrug das Steueraufkommen 52.207 Mio. Euro. „Heruntergebrochen auf einen Tag im Jahr bedeutet dies, dass die Sparkassenfamilie in Niederbayern pro Tag 143.033 Euro Steuern bezahlt. Davon gehen an die örtlichen Kommunen über 63.000 Euro pro Tag - auch an Sonn- und Feiertagen“, erläuterte der Bezirksvorsitzende.

Wenn es um Altersvorsorge, Vermögensbildung, Absicherung oder auch um die alltäglichen Bankgeschäfte geht, seien die Sparkassen stets mit kompetenten Beratern vor Ort, aber auch in der digitalen Welt zu Hause. „Mit hervorragenden Banking-Apps und den Filialen im Internet sind die Sparkassen zu jeder Zeit und von jedem Ort aus schnell und vor allem sicher erreichbar“, erklärte Meyer.

Tatsache sei: „Das Kundenverhalten ändert sich, die Sparkassen bleiben aber trotzdem wichtig für die Zukunft der Menschen“, hob Franz Meyer hervor. Denn die

persönliche Beratung und Betreuung, auch in Filialen vor Ort, sei bei hochkomplexen Themen wie einer Finanzierung oder der persönlichen Altersvorsorge nach wie vor unerlässlich. Wie der Vorsitzende betonte, sind die Sparkassen an 292 Standorten (Vj.: 318) in der Fläche präsent, inklusive 37 SB-Standorten (Vj.: 41).

### Mehrwert für die Menschen

Auch als faire und zuverlässige Arbeitgeber übernehmen die Sparkassen nach Meyers Worten eine wichtige Rolle in der Heimat. Und nicht zuletzt seien sie als steter Förderer des gesellschaftlichen Lebens in all seinen Facetten für die Menschen da. Den Menschen komme dies unmittelbar zugute: Als Mitglieder in Vereinen, als Besucher kultureller Einrichtungen oder als Eltern, deren Kinder durch von der Sparkasse unterstützte Bildungseinrichtungen gefördert werden.

Insgesamt stellen die Sparkassen durchschnittlich an jedem Arbeitstag des Jahres Spenden in Höhe von ca. 14.000 Euro zur Verfügung. Dies entspricht einem Gesamtbetrag von fast 3.000.000 Euro.

„Die Sparkassen Niederbayern entwickeln ihr Geschäftsmodell weiter, um auch in den nächsten Jahren den Menschen in der Heimat einen Mehrwert bieten zu können“, stellte Meyer abschließend fest. Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortung: Für diese „3 V“ stehe auch die Sparkassenfamilie. **DK**

Bilanzpressekonferenz der Sparkasse Niederbayern-Mitte:

## Kerngesund und effizient

„Die Kernbotschaft ist: Wir sind kerngesund und effizient aufgestellt“, hob Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier bei der Bilanzpressekonferenz der Sparkasse Niederbayern-Mitte in Straubing hervor. Trotz großer Herausforderungen aufgrund der Zins-situation und überbordender Regulatorik sei die Sparkasse Niederbayern-Mitte gut für die Zukunft gerüstet.

Die Bilanzsumme stieg laut Strohmaier im Jahr 2016 auf 3,87 Milliarden Euro, die Kundeneinlagen auf über 3 Milliarden Euro. Insgesamt sind Kredite in Höhe von über 2,6 Milliarden Euro vergeben - davon 60 Prozent an Unternehmen. Das Kreditvolumen spiegelt die enge Verbundenheit zu den Menschen und Unternehmen der Region wieder.

Deutlich ist der Vorsprung im Betriebsergebnis und der so genannten Kosten/Aufwandsrelation. Im Vergleich zu den niederbayerischen und bayerischen Sparkassen belegt die heimische Sparkasse mit einem Betriebsergebnis von 1,14 % und einer Cost-income-ratio von 55,8 % sogar bundesweit einen Spitzenplatz.

Mit Blick auf das Thema Digitalisierung wies der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dr. Martin Kreuzer darauf hin, dass die Internetfiliale der Sparkasse mittlerweile fast 3,2 Millionen Mal pro Jahr besucht wird - Tendenz steigend. Erstmals seien 2016 mehr Überweisungen online als per Beleg eingereicht worden.

Landrat Josef Laumer (Straubing-Bogen) zufolge übernimmt die Sparkasse Niederbayern-Mitte seit vielen Jahrzehnten gesellschaftliche Verantwortung und fördert die Region in vielen Bereichen. So wurden im vergangenen Jahr wieder über 350 Projekte und Anschaffungen erst durch

den finanziellen Zuschuss der Sparkasse in Höhe von 467.000 Euro möglich.

„Die Sparkasse ist ein sehr bedeutender und verantwortungsvoller Arbeitgeber“, konstatierte Landrat Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau). Aktuell beschäftigt die Sparkasse 781 Mitarbeiter, davon 200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Teilzeit.

### Aktuelles Geschäftsmodell

Wie Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr erläuterte, bekenne sich die Sparkasse klar zu einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Ein regionaler Wirtschaftskreislauf sorgt außerdem dafür, dass das Geld in der Region bleibt. Dieses Geschäftsmodell sei beileibe nicht veraltet, sondern nach wie vor aktuell und vor allem erfolgreich.

Eine wirtschaftlich erfolgreiche Sparkasse nütze allen in der Region, so der Rathauschef. 2016 wurden insgesamt 11,6 Millionen Euro an Ertragssteuern überwiesen. Von den darin enthaltenen 5,1 Millionen Euro Gewerbesteuer profitierten die Kommunen unmittelbar. Auch dies unterstreiche, „dass die gesamte Region von unserer kerngesunden, effizient aufgestellten und erfolgreichen Sparkasse profitiert, auch im Zeitalter der Digitalisierung.“ **DK**



Der Bezirksvorsitzende des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, Landrat Franz Meyer (l.) gemeinsam mit dem Landes- und Bezirksobmann der Sparkassen, Direktor Walter Strohmaier. Bild: Sparkasse

## Konzern VKB gewinnt mit COMBITEL den German Stevie Award

Der Konzern VKB wird in Zusammenarbeit mit seiner Tochter COMBITEL mit dem German Stevie Award 2017 in Gold ausgezeichnet. In der Kategorie Kundenservice überzeugte die verbesserte Dienstleistung im Schadenfall. COMBITEL unterstützt die Serviceeinheiten des Konzerns VKB nicht nur in der Telefonie, sondern ist in die Arbeitsabläufe und das Qualitätsmanagement eingebunden. Dafür wurde eine eigene Abteilung mit Kompetenz in der Schadenbearbeitung am neuen COMBITEL-Standort Nürnberg in nur vier Monaten aufgebaut.

„Uns ist es wichtig, dem Kunden einen optimalen Service zu bieten. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Schadenzentren des Konzerns VKB kennen wir den Ablauf der Prozesse sehr gut und können schon beim ersten Kontakt viele Anfragen fallabschließend bearbeiten“, sagt Brigit Becker, Geschäftsführerin der COMBITEL.

### Wissensträger

COMBITEL ist ein flexibler Partner, der sich mit dem neuen Kompetenz-Center Schaden zu einem Wissensträger entwickelt hat. Dadurch können die COMBITEL-Mitarbeiter den Kunden bereits beim ersten Anruf weiterführende Auskünfte geben und beispielsweise direkt den Kontakt zu Handwerkern und Werkstätten aus dem Partnernetzwerk des Konzerns VKB herstellen.

### Empathie und guter Service

Volker Maiwald, Leiter des Schadenmanagements im Konzern VKB: „Ein Schadenfall ist für den Kunden ärgerlich. Durch einen guten Service, Empathie und eine schnellere Bearbeitung fühlen sich unsere Kunden bei uns gut aufgehoben.“ Zusätzlich kann durch die Zusammenarbeit mit COMBITEL eine gute Erreichbarkeit gerade auch bei Großschadensereignissen sichergestellt werden.

Der Konzern VKB wurde gemeinsam mit COMBITEL zum zweiten Mal für die Kundenorientierung ausgezeichnet. Im November wurde dafür bereits der höchste Branchenpreis für Kundenzufriedenheit verliehen.

Die German Stevie Awards sind der vielseitigste Wirtschaftspreis in Deutschland und finden seit 2015 bereits zum dritten Mal statt. Sie sind Teil der Stevie Awards Programme, die zu den international begehrtesten Wirtschaftspreisen zählen. Die Stevie Awards zeichnen seit mehr als einem Jahrzehnt die Leistungen in der Arbeitswelt in Programmen wie den International Business Awards und den Stevie Awards for Sales and Customer Service aus. Bei den German Stevie Awards sind alle Un-

ternehmen und Organisationen in Deutschland berechtigt, Bewerbungen einzureichen. **□**

## Sicher bei den Tageseltern

Job und Kinder unter einen Hut bringen: Als Alternative zur Kita können Eltern ihre Sprösslinge auch in die Obhut von Tageseltern geben. Diese sollten sich aber davor erkundigen, wie es um ihren Versicherungsschutz steht.

Schnell ist beim Spielen im Garten etwas passiert: Ein Kind wird während der Betreuung verletzt oder ein Fenster des Nachbarn geht zu Bruch. Grundsätzlich gilt: Während der Kinderbetreuung übernehmen die Tageseltern die Aufsichtspflicht. Verletzen sie diese, können sie für etwaige Schäden in Haftung genommen werden.

### Haftpflichtversicherung prüfen

Für solche Fälle ist eine Haftpflichtversicherung unerlässlich, damit man schwere Schäden im Zweifel nicht aus der eigenen Tasche zahlen muss. Ist die Kinderbetreuung unentgeltlich, springt in der Regel die Privat-Haftpflichtversicherung ein.

Anders kann es aber aussehen, wenn man beruflich als Tagesmutter oder Tagesvater tätig ist. „Daher sollten sich Tageseltern frühzeitig bei ihrem Versicherer erkundigen, ob und wie Kinderbetreuung in ihrer privaten Haftpflichtversicherung enthalten ist und gegebenenfalls einen Zusatzschutz vereinbaren“, rät Claudia Scheerer von der Versicherungskammer Bayern.

Minderjährige Kinder, die von Tageseltern betreut werden, sind im Rahmen der Privat-Haftpflichtversicherung der Versicherungskammer Bayern mitversichert. Das gilt, solange der Verdienst der Tagesmutter oder des Tagesvaters die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschrei-

tet. Diese liegt derzeit bei 450 Euro. Haben die Tageseltern ihre Aufsichtspflicht nicht verletzt, müssen sie für Schäden auch nicht haften. „Dann wehrt die Versicherung unberechtigte Schadenersatzansprüche wenn nötig auch vor Gericht ab“, betont Scheerer.

### Private Unfallversicherung hilft immer

Erleidet ein Kind während der Aufsicht durch Tageseltern einen Unfall, greift die gesetzliche Unfallversicherung. Voraussetzung ist, dass eine amtliche Betreuungserlaubnis vorliegt. Eltern sollten zusätzlich über eine private Unfallversicherung für ihre Kinder nachdenken. „Damit sind Kosten für eventuelle dauerhafte gesundheitliche Folgeschäden abgesichert“, sagt Scheerer. Und eine private Unfallversicherung gilt dann natürlich auch außerhalb der Betreuungszeiten, etwa beim Toben zu Hause.

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Immer mehr Menschen wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Das ist nicht immer ein einfaches Unterfangen. Abhängig ist es auch davon, welche Möglichkeiten der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern bietet. Die Versicherungskammer Bayern wird seit 2009 regelmäßig als besonders familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. **□**

VER S I C H E R U N G S  
K A M M E R  
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz -  
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

[www.versicherungskammer-bayern.de](http://www.versicherungskammer-bayern.de)

Finanzgruppe

## Kunden vertrauen Stadtsparkasse München mehr denn je

München (sskm). Die Stadtsparkasse München ist weiter gewachsen. Sie hat im vergangenen Jahr knapp 9.000 zusätzliche Girokonten eröffnet und damit ihre Marktführerschaft in München gestärkt. Kunden nutzten im vergangenen Jahr rund 220.000mal die Möglichkeit, sich nach dem ganzheitlichen S-Finanzkonzept der Sparkassen ganzheitlich zu ihrem Finanzbedarf beraten zu lassen. Außerdem wurden der Stadtsparkasse allein im vergangenen Jahr gleich 6mal unabhängige Testsiegel verliehen, mit denen sie für ihre Beratungsqualität und Kundenorientierung ausgezeichnet wurde.

In nahezu allen Vertriebsbereichen erzielte die Stadtsparkasse durch das in sie gesetzte Kundenvertrauen deutliche Wachstumserfolge. Das Volumen von Krediten an Firmen stieg um 3,7 Prozent.

„Diese erneuten Wachstumserfolge bestärken uns darin, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, um der belastenden Niedrigzinsphase best-

möglich zu trotzen“, so der Vorstandsvorsitzende Ralf Fleischer. Um noch erfolgreicher im Markt zu bestehen, hatte die Stadtsparkasse vor einhalb Jahren ein neues Vertriebskonzept eingeführt. Schon jetzt steht fest, dass sich die acht neuen Beratungszentren, verteilt auf das Stadtgebiet, sehr bewährt haben. Hier wurde die komplette Beratungspalette sowohl für Privat- als auch für Firmenkunden gebündelt und somit wieder in die Fläche verlagert.

### Erfolgreiche BusinessLine

Ebenso sehr erfolgreich verlief der Start der BusinessLine, die seit Anfang 2016 ausschließlich per Telefon und E-Mail rund 30.000 kleinere Firmenkunden berät. Das Ziel dieses Vertriebsweges ist es, Kundenanliegen in nur einem Telefonat fallabschließend zu bearbeiten, bis hin zu Sofortkreditentscheidungen. Bereits nach einem Jahr steht fest, dass die neue Art der telefonischen Beratung bis in die Abendstunden hinein für diese Kundengruppe sehr gefragt ist.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg zwar diesmal mit einem Plus von 1,5 Mio. Euro etwas auf 132,5 Mio. Euro. Jedoch begünstigt wegen eines vom Gesetzgeber ausgelösten buchhalterischen Effekts, der 9 Mio. Euro Belastung vom Zinsergebnis in das neutrale Ergebnis verlagert. Das für Regionalbanken so wichtige Zinsergebnis ging erneut deutlich zurück, und zwar diesmal um 16 Mio. Euro auf 271 Mio. Euro. Ohne diesen buchhalterischen Effekt würde der Rückgang des Zinsergebnisses 25 Mio. Euro betragen.

Künftig gegengesteuert hat die Stadtsparkasse diesen Rückgang im Zinsergebnis mit um 10 Mio. Euro gestiegenen Provisionserträgen und höheren ordentlichen Erträgen. „Wenn sich nicht kurzfri-

stig etwas durch die EZB an der Zinslage hin zu einem wieder höheren und normalen Zinsniveau ändert, werden wir voraussichtlich ab dem Jahr 2018 keinerlei Erträge mehr mit Einlagen unserer Kunden erzielen“, so Fleischer weiter.

Neben umfangreichen Vertriebsereignissen ist es der Stadtsparkasse München Dank eines konsequenten Kostenmanagements gelungen, ihre Sachkosten um 4 Mio. Euro auf 95 Mio. Euro zu senken. Zusammen mit dem tariflich unterdurchschnittlich gestiegenen Personalaufwand ergibt sich somit für 2016 ein um 3 Mio. Euro geringerer Verwaltungsaufwand als im Vorjahr.

Da die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen erneut sehr günstig ausfallen, erhöht die Stadtsparkasse München freiwillig ihre Vorsorgereserven. All diese Effekte zusammengenommen schlägt sich dies auf das Betriebsergebnis nach Bewertung mit einem Rückgang von 12 Mio. Euro auf 115 Mio. Euro nieder.

Die Eigenkapital-Rentabilität vor Bewertung liegt für das vergangene Jahr bei 8,4 Prozent, nach Bewertung liegt sie (vor Veränderung der Vorsorgereserven) bei 8,2 Prozent. Die Cost-Income-Ratio, also das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag, ist für 2016 mit 66,59 Prozent (2015: 67,09 %) im Plan.

### Gestiegene Bilanzsumme

Die durchschnittliche Bilanzsumme der fünfgrößten deutschen Sparkasse stieg um 2,6 Prozent auf 16,9 Mrd. Euro. Während das Kreditvolumen insgesamt stabil blieb, stieg das Volumen an Firmenkrediten um 3,7 % an. Die Stadtsparkasse hat im vergangenen Jahr Baufinanzierungen mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. Euro zugesagt.

Einlagen der Kunden wuchsen diesmal um 200 Mio. Euro auf 14,8 Mrd. Euro an. Der Anteil von Kundeneinlagen als Sichteinlagen, also täglich verfügbare Anlageformen, ist von 63 % auf 68 % gestiegen.

## Regionale Kreditinstitute fordern bessere Regulierung

Eine angemessene Regulierung abgestuft nach Risikogehalt und Größe, die ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft gerecht wird, haben Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Berlin gefordert.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), das Weltinstitut der Sparkassen (WIS) und die Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB) thematisierten auf einer gemeinsamen Konferenz in Berlin den Beitrag ihrer Häuser für die Anliegen der G20-Präsidentschaft Deutschlands. Im Gegenzug forderten sie, bereits auf internationaler Ebene die Weichen für eine angemessene Regulierung kleiner Institute und solcher mit einfachen Geschäftsmodell richtig zu stellen.

„Wir brauchen eine besser abgestufte Regulierung. Internationale Großbankkonzerne gehören weiterhin engmaschig kontrolliert, denn von ihnen können große Ansteckungsgefahren aus-

gehen. Bei klassischen Retailkreditinstituten mit überschaubarer Größe und einfachem Geschäftsmodell reichen abgespeckte Regeln, um das gleiche Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Wir fordern daher eine Small and Simple Banking Box für die Bankenregulierung“, so Georg Fahrnschön, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

„Stabilität durch Vielfalt ist unsere Devise“, so Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), „bei den anstehenden Regulierungsvorhaben wie etwa der Umsetzung von Basel III im CRR/CRD Review muss Proportionalität für kleine und mittlere Banken einen zentralen Ansatz bilden.“ □

## Miteinander ist einfach

Ein weiteres Mal lud die Sparkasse Amberg-Sulzbach die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Finanzverwaltungen zum traditionellen „Kämmererfrühstück“ in die Räume des „Haus der Kunden“ nach Amberg ein.

Vorstandsmitglied Werner Dürger und Kommunalkundenbetreuer Markus Hofmann, freuten sich, zahlreiche Teilnehmer begrüßen zu dürfen.

Zu aktuellen Themen und Trends organisierte Hofmann ein interessantes und kurzweiliges Programm mit insgesamt drei Fachvorträgen.

Dr. Johann Kronauer, Finanzreferent des bayerischen Städtetages, zeigte in seinem erstklassigen Referat die derzeitige Situation der kommunalen Finanzen auf. „Mitarbeiterbindung in den Kommunen durch betriebliche Altersversorgung“ mit Stefan Bohms von der Versiche-

rungskammer sowie „kontaktloses Zahlen mit der SparkassenCard“ durch Jana Fix von



Dr. Johann Kronauer. □

S-Card-Service waren weitere Schwerpunkte des Vormittags.

Beim anschließenden Weißwurstfrühstück hatten die Kämmerer die Möglichkeit, sich in geselliger Runde auszutauschen. □



## Kommunalvertreter zu Gast bei der Sparkasse Günzburg-Krumbach

Im Rahmen eines Kommunalforums hatte die Sparkasse Günzburg-Krumbach Kommunalvertreter aus dem Landkreis zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch zu Gast. Andrea Bastian vom Sparkassenverband Bayern beschrieb in ihrem Vortrag die fortschreitende Digitalisierung im Zahlungsverkehr und erläuterte neue Entwicklungen für Kommunen bei den elektronischen Zahlungsverkehrsmitteln. Dr. Johann Kronauer, Leiter Finanzen und Referent des Bayerischen Städtetags, beleuchtete im zweiten Beitrag die aktuelle Finanzlage in Bayern und gab Auskunft zur kommunalen Buchführung. Das dritte Referat zum Thema Öffentliche Fördermittel hielt Ulrich Reiser, Abteilungsleiter Fördergeschäft bei der BayernLB.

Unser Bild zeigt (v. l.): Johann Kronauer, Bayerischer Städtetag, Sparkassenchef Walter Pache, Andrea Bastian, Sparkassenverband Bayern und Ulrich Reiser, BayernLB. □

## Kommission duldet Steueroase innerhalb der EU

Die Panama Papers, Luxleaks und das aktuelle Beispiel Madeira haben gezeigt, dass es immer noch zu einfach ist, Geld in Steuerparadiese zu verschieben und Unternehmensgewinne in Niedrigsteuerränder zu verlagern. Diesen Praktiken hat die EU-Kommission eigentlich den Kampf angesagt.

„Die EU kann nicht einerseits auf G20-Ebene strenge Regeln gegen Steuervermeidung einführen, aber andererseits den Betrieb einer Steueroase innerhalb der EU billigen - das passt einfach nicht zusammen“, so MdEP Markus Ferber.

Der CSU-Finanzexperte fordert von der Kommission nicht nur Steuerparadiese in Übersee in den Fokus zu nehmen, sondern auch alle Steuerpraktiken innerhalb der EU auf den Prüfstand zu stellen. „Um glaubwürdig gegen Steuerflucht vorgehen zu können, müssen wir schon auch vor unserer eigenen Haustür kehren“, mahnt der Europaabgeordnete an, der auch Mitglied im Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers ist.

Als „Skandal“ bezeichnet Ferber, dass die Kommission bei inereuropäischen Steueroasen einfach wegschaut. „Der für Steuerfragen zuständige Kommissar Pierre Moscovici behauptet, dass es in der Europäischen Union keinerlei Steueroasen gäbe. Das aktuelle Beispiel rund um das Körperschaftssteuerregime Madeiras, mit extrem niedrigen Sätzen, belegt aber genau das Gegenteil.“ Den Versuch von Kommissar Moscovici, die Verantwortung auf die Mitgliedstaaten abzuwälzen, bewertet Ferber kritisch: „Die Kommission ist für die Durchset-

zung europäischen Rechts zuständig. Hier muss sie auch liefern. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, reicht nicht.“

### Beihilferechtlicher Freifahrtschein

Die portugiesische Autonome Region Madeira betreibt unter dem Stichwort des „Madeira International Business Centre“ (MIBC) seit den 1980er Jahren ein gesondertes Körperschaftssteuerregime mit extrem niedrigen Sätzen. „De facto wird auf Madeira also mit Billigung der Europäischen Kommission eine Steueroase betrieben, die die Bemessungsgrundlage anderer Mitgliedstaaten systematisch untergräbt“, so Ferber.

In Madeira gilt ein reduzierter Körperschaftssteuersatz von 5 %, sofern von dem betroffenen Unternehmen eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen wird. Der Satz kann noch einmal halbiert werden, sofern sehr abstrakt formulierte Kriterien wie die Stärkung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur erfüllt sind. Darüber hinaus können Unternehmen, die vom MIBC profitieren, auch einen Großteil von anderen Abgaben wie Grunderwerbssteuern oder kommunalen Steuern zurückerstattet bekommen. □



Sparkasse Schweinfurt:

## 4. S-Kommunal Geschäftsleiter- und Kämmererfrühstück

Bereits zum vierten Mal fand das „S-Kommunal Geschäftsleiter- und Kämmererfrühstück“ statt, zu dem die Sparkasse Schweinfurt die verantwortlichen Mitarbeiter der Kommunen aus ihrem Geschäftsgebiet eingeladen hatte.

Bei einem gemeinsamen Frühstück hatten Kämmerer und Geschäftsleiter Gelegenheit, sich über Finanzthemen rund um ihre Kommune zu informieren. Aufgrund der derzeitigen Situation am Kapitalmarkt steht neben der Planung mittelfristiger Investitionen auch die Suche nach renditestarken Anlagen für die Liquidität der Gemeinden im Vordergrund.

Als Referenten hatte die Sparkasse Schweinfurt Dieter Meffert, Direktor der Dekabank Frankfurt, eingeladen, der zum Thema „Kapitalanlagen, Herausforderungen für kommunale und institutionelle Kunden“ viele nützliche Informationen geben konnte. Auch Harald Roth, Direktionsbeauftragter der Versicherungskammer Bayern, gab zum Thema „Bewährte Anlagealternativen für Kommunen“ wertvolle Tipps. Abschließend informierte Robert Schoué, Leiter des Versicherungszentrums der Sparkasse, über anstehende Veränderungen in der betrieblichen Altersvorsorge.

„Städte und Gemeinden haben einen hohen Beratungsbedarf, denn die Aufgaben von Kommunen und die damit verbundenen Anforderungen haben sich in den letzten Jahren verändert – das erfordert ein hohes Spezialwissen“, so Vorstandsmitglied Roberto Nernoni abschließend. „Die Sparkassen-Finanzgruppe gibt als Partner der Kommunen in allen Finanzfragen kompetente Hilfestellung bei der Umsetzung der Themen.“ Bild: Daniela Gündling

### Vorläufige Bilanz 2016:

## Strategie der Kreissparkasse Augsburg geht auf

Der digitale Wandel, regulatorische Anforderungen und die Zinspolitik der europäischen Zentralbank stellen die Finanzbranche und damit auch die Kreissparkasse Augsburg vor Herausforderungen. Diese arbeitet an effizienten Prozessen und optimiert Kosten. Dass diese Strategie aufgeht, zeigen die Zahlen.

Trotz eines schwierigen Marktumfelds kann die Kreissparkasse sowohl in der Bilanzsumme als auch bei den Einlagen und im Kundenkreditvolumen ein solides Wachstum ausweisen. Die Bilanzsumme belief sich zum Jahresende 2016 auf 3.522 Millionen Euro und wuchs damit gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 5,9 Prozent an. Unter den 69 bayerischen Sparkassen belegt die Kreissparkasse Augsburg damit Rang 18 (Vorjahr: 20 von 71).

Die Gesamteinlagen konnten – trotz historisch niedriger Zinsen – erneut gesteigert werden: Sie betragen 2.659 Millionen Euro und damit rund 63 Millionen Euro bzw. 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil der Einlagen stammt mit 2.066 Millionen Euro (Vorjahr: 2.012 Millionen Euro) von Privatpersonen.

Das niedrige Zinsniveau belebte das Kreditgeschäft: 2.598 Millionen Euro hatte die Kreissparkasse Augsburg zum Jahresende 2016 an ihre Kunden ausgeliehen. Das entspricht einem Wachstum um 93 Millionen Euro bzw. 3,7 Prozent. Während die Ausleihungen an Privatpersonen mit 1.099 Millionen Euro (Vorjahr: 1.093 Millionen Euro) auf nahezu unverändert hohem Niveau blie-

ben, legten die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige um 6,7 Prozent auf 1.431 Millionen Euro (Vorjahr: 1.341 Millionen Euro) zu. Das ist deshalb bemerkenswert, weil aufgrund des niedrigen Zinsniveaus hohe Sondertilgungen getätigt wurden. Die heimische Wirtschaft und der Wohnbau, denen dieses Kapital für Investitionen zur Verfügung steht, erhielten damit wichtige Impulse.

Der Bilanzgewinn wird sich etwa auf 3,2 Millionen Euro belaufen (Vorjahr: 2,7 Millionen Euro). Die Gesamtkapitalquote beträgt 15,1 Prozent. Damit erfüllt die Kreissparkasse die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III.

### Strategie geht auf

„Die positive Entwicklung der Kreissparkasse im vergangenen Geschäftsjahr zeigt, dass unsere Strategie aufgeht“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse. „Mit der Digitalisierung unserer Geschäftsprozesse richten wir uns an den veränderten Ansprüchen unserer Kunden aus und gewinnen Effizienz. Außerdem arbeiten wir hart daran, die Kosten im Griff zu behalten.“ □

Sparkasse Freyung-Grafenau:

## Chancen der Region

Informationsveranstaltung im TAZ Spiegelau

Unter dem Motto „Zukunft ist einfach. Sparkassen. Gut für Ihre Kommune“ fand im TAZ Spiegelau eine Informationsveranstaltung der Sparkasse Freyung-Grafenau mit zahlreichen kommunalen Repräsentanten statt. Auf der Agenda standen finanz- und wirtschaftspolitische Themen sowie die Auseinandersetzung mit den Chancen der Region.

Nach der Begrüßung durch Sparkassen-Vorstandsmitglied Dietmar Attenbrunner informierte Dr. Stefan Kipar, Analyst bei der Bayern LB, über die aktuelle Wirtschaftslage und die Niedrigzinsphase. Kipar sieht die größte Volkswirtschaft der Euro-Zone wegen der guten Auftragseingänge in der Industrie mit Rückenwind in das Jahr 2017 gehen. Angesichts der großen Zahl an potenziellen Belastungsfaktoren für die Konjunktur 2017, wie Brexit und die Wahlen in Frankreich und Deutschland, sei ein guter Start der Konjunktur aber auch nötig, befand Kipar.

### Belastete Sparer

Klar sei, dass die Sparer in Deutschland durch das Niedrigzinsniveau unmittelbar belastet werden, betonte der BayernLB-

Ausstieg aus der Niedrigzinsphase steigen.

Nach Kipars Einschätzung dürfte der Megatrend „Niedrigzins“ in Zukunft in jedem Fall noch an Bedeutung gewinnen und die Frage nach seinen Folgen dürfte Wirtschaft und Finanzmärkte noch einige Jahre beschäftigen.

### Nur eine Illusion?

Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz, Notar in Regen, referierte zum Thema „Bayerischer Wald – Gutes Leben in der Peripherie nur Illusion?“. Nach Grziwotz' Ansicht wird im Bayerischen Wald die erforderliche Mobilität, die durch die Schließung von ortsnahen öffentlichen Einrichtungen und Läden sogar in Zukunft noch mehr gefordert sein wird als gegenwärtig, langfristig nur durch den Individual-

men, das in bayerischen Kommunen derzeit diskutiert wird. Gemeint ist damit eGovernment im Sinne einer Digitalisierung der internen Verwaltungsabläufe.

Mit über 70 verschiedenen Verwaltungsprozessen aus Bereichen wie dem Einwohnermeldewesen, dem Verkehrswesen und dem Personenstands-wesen bietet das Bürgerservice-Portal eine Fülle an Online-Diensten, die in Verbindung mit dem neuen Personalausweis sicher und komfortabel genutzt werden können.

### Bürgerservice-Portal

Für Anbieter von Fachverfahren bietet das Bürgerservice-Portal die Möglichkeit, deren Verfahren um zusätzliche, attraktive Anwendungsmöglichkeiten zu erweitern. Indem die Fachverfahren an die Fachdienste des Bürgerserviceportals – zum Beispiel aus dem Einwohner- und Zulassungswesen – angebunden werden, stehen vollständige eGovernment-Basis-



**Sprachen beim Kommunalforum der Sparkasse Freyung-Grafenau zum Thema Chancengleichheit und digitale Welt (v. l.):** Dietmar Attenbrunner, Vorstandsmitglied der Sparkasse; Bernhard Hain, Landratsamt FRG; Günther Klampfl, Teamleiter Privatkunden; Max Niedermeyer, Bürgermeister von Grafenau und Verwaltungsrat; Prof. Dr. Dr. Grziwotz, Notare Grziwotz; Dr. Stefan Kipar, BayernLB; Landrat Sebastian Gruber; Hans Steinberger, Living Data GmbH; Dr. Mikko Klein, Teamleiter Firmenkunden; Karlheinz Roth, 1. Bürgermeister von Spiegelau und Sparkassen-Vorstandsvorsitzender Stefan Proßer. Bild: Haydn

Repräsentant. Zwar werde der stark negative Effekt auf Vermögensseite teilweise durch Einsparungen bei Kreditkosten und Kursgewinnen bei Sachwertanlagen ausgeglichen. Allerdings steige die Belastung mit der Dauer der Niedrigzinsphase, da mehr und mehr höher verzinsliche Anlagen fällig werden und durch neue, niedriger verzinsten Anlagen ersetzt werden müssen.

Die Mobilität der Sparer weg vom Sparkonto sei bislang gering, so Kipar. Dies könnte sich mit der Einführung von negativen Zinsen auf Sparkonten allerdings ändern. In diesem Fall sei mit stärkeren Verschiebungen weg von klassischen Sparformen zu rechnen.

Hieraus ergäben sich Folgen für die Anlagestrategie: Zum einen dürfte sich die positive Entwicklung von Sachwerten und höherverzinslichen Wertpapieren noch verstärken. Vor allem im Aktienbereich dürfte dieser Effekt spürbar sein, auch da für Immobilienanlagen die Mindestanlagevolumina mehrheitlich deutlich höher liegen und spekulative Umschichtungen erschweren. Zum anderen dürfte die Volatilität in den betroffenen Assetklassen zumindest für die Zeit unmittelbar um den

verkehr gewährleistet werden können. Ein hinreichendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln könne von den Kommunen nicht finanziert und angeboten werden. Wo Kommunen diese anbieten (z. B. Bürgerbusse), sei dies nur mit großem ehrenamtlichem Engagement umsetzbar.

### Verstärkte Ungleichheit

Die persönliche Mobilität koste Geld. Viele Familien seien auf mehrere Kraftwagen angewiesen. Der steuerliche Ersatz der Kosten für Fahrten an den Arbeitsplatz decke die tatsächlichen Kosten längst nicht mehr. Dies verstärke die bestehende Ungleichheit. Viele Menschen, die im Bayerischen Wald leben, nähmen täglich weite Fahrten zu ihrem Arbeitsplatz auf sich. Insofern bestünden nicht nur keine gleichen Arbeitsbedingungen; bestehende Ungleichheiten würden durch die damit verbundene Kostenlast sogar noch verstärkt.

Wie dieser Chancengleichheit begegnet werden kann, darüber berichteten Clemens Krüger (AKDB) und Hans Steinberger (Living Data GmbH). Die Digitalisierung der Verwaltung ist eines der Topthe-

funktionen des Bürgerservice-Portals wie das Bürgerkonto (für die Nutzerauthentifizierung), der Postkorb (für eine sichere Kommunikation) und ePayment (elektronisches Bezahlen) zur Verfügung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, neben den Fachverfahren auch eigene Online-Dienste in das Bürgerservice-Portal einzubinden.

### Tourismus und Digitalisierung

Welche Einflüsse die Digitalisierung auf den Bereich Tourismus haben wird, darüber informierte schließlich Bernhard Hain, Tourismusreferent am Landratsamt Freyung-Grafenau. Von der ehemals klassischen Prospektwerbung bis zur heutigen Netzpräsenz mit dem kompletten Leistungsangebot: Der Wandel ist Hain zufolge längst im Gange. Um sich zu positionieren, brauche es Partnerschaften, seien doch Hoteliers selten auch Google-Profis und Programmierer. Über Finanzierungsmöglichkeiten nach Maß gab zum Abschluss Dr. Mikko Klein, Leiter Firmenkundenbetreuung bei der SPK Freyung-Grafenau, detailliert Auskunft. **DK**



**Von links:** Sandra Lustig (Referentin Bayern FM), Johann Barmetler (Leiter Firmenkunden Sparkasse Erding - Dorfen), Manfred Ranft (1. Bgm. Markt Wartenberg), Hans Wiesmaier (1. Bgm. Gem. Fraunberg), Ursula Eibl (1. Bgm. Gem. Steinkirchen), Ferdinand Geisberger (1. Bgm. Gem. Buch a. B.), Mischa Schubert (Vorstandsmitglied Sparkasse Erding - Dorfen), Hans Schreiner (1. Bgm. Gem. Bockhorn), Josef Hofstetter (1. Bgm. Gem. Taufkirchen), Heinz Grundner (1. Bgm. Stadt Dorfen), Alexandra Schuhbauer (Leiterin Unternehmenskunden Sparkasse Erding - Dorfen), Thomas Ottl (Referent LBS) und Regina Wasser (Leiterin Gewerbekunden Sparkasse Erding - Dorfen). □

### Kommunalforum der Sparkasse Erding - Dorfen:

## Zins- und Kostensicherheit im Blickfeld

Die Bürgermeister, Kämmerer sowie Stadt- und Gemeindeverantwortlichen aus dem Erdinger Land begrüßte Mischa Schubert, Vorstandsmitglied der Sparkasse Erding - Dorfen, zum Kommunalforum im Schranneaal. Aus erster Hand wurden die Kommunen informiert, wie mit Bausparverträgen im derzeitigen Zinsumfeld Zinssicherheit und wie Kostensicherheit bei Baumaßnahmen hergestellt werden kann.

In seiner Begrüßung stellte Mischa Schubert die enge Beziehung zu den Kommunen im Landkreis Erding heraus. „Als kommunales Institut in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind wir ein verlässlicher Partner sowie ein Motor für die Struktur- und Wirtschaftsförderung in der Region“, führte er aus. Wichtig sei ihm stets ein fairer Umgang und die Gleichbehandlung aller Kommunen.

### Ansprechpartner

Die ersten Ansprechpartner sind die Kommunalkundenbetreuer Regina Wasser, Leiterin Gewerbekunden, und Johann Barmetler, Leiter Firmenkunden. Gerade im „Konzern“-Kommune ist eine umfassende Bestandsaufnahme bedeutend. Regina Wasser erläuterte ausführlich, wie die

ganzheitliche Beratung der Kommunen erfolgt und welche Möglichkeiten aufgrund des großen Netzwerkes der Sparkassenfinanzgruppe bestehen.

### Für Mischfinanzierungen

Ein Plädoyer für das kommunale Bausparen hielt Thomas Ottl, zuständiger Regionaldirektor der LBS Bayern. Er ging auf die Vorteile von Mischfinanzierungen ein. Der große Vorteil sei, dass über die gesamte Laufzeit kein Zinsänderungsrisiko bestehe und das bei voller Flexibilität. Es bleibe damit die Chance von günstigeren Kapitalmarktzinsen zu profitieren. Bauspardarlehen, so Ottl, wurden in der Vergangenheit im Vermögenshaushalt der Kommunen meist für den Kauf von Wohngebäuden oder Grund-

stücken bzw. zum Ausbau der Infrastruktur verwendet.

Dass aktuell in vielen Kommunen Bauvorhaben auf der Agenda stehen, war aus den persönlichen Gesprächen mit den Bürgermeistern bekannt. Sandra Lustig stellte daher den Leistungsumfang der Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) zum Thema „Construction Monitoring“ vor.

### Berater und Controller

Das Tochterunternehmen der Bayern LB steht den Kommunen mit ihren Spezialisten vor oder während der Bauphase als Berater und Controller zur Verfügung. Dadurch können ungewollte Kostensteigerungen vermieden werden. Die BayernFM kann je nach Bedarf von Beginn an oder aber in den unterschiedlichen Projektphasen eingebunden werden. Die Sparkasse Erding-Dorfen arbeitete selber beim Umbau des Sparkassengebäudes am Schranneplatz mit der BayernFM zusammen und weiß um die Vorteile der Einbindung. □

## Gz Stellenmarkt



**Ein DAX-Konzern sucht Sie als starken Partner.**  
Starten Sie in Geretsried, Ingolstadt, Bamberg, Passau und Hof mit uns in die Selbständigkeit.

Sie können echte Leidenschaft für Schweißtechnik und Gase entwickeln? Eines Ihrer größten Talente ist es, bei Ihrem Kunden die Begeisterung für ein Produkt zu wecken, die bereits in Ihnen sprüht? Es bereitet Ihnen Freude, technische Sachverhalte verständlich zu erklären? Sie haben Interesse daran, als selbständiger Unternehmer gemeinsam mit Ihrem Team etwas zu bewegen?

„Ja!?“ Dann bieten wir Ihnen an, im Rahmen unseres Franchisesystems einen Fachmarkt für Gas und Schweißtechnik eigenverantwortlich zu führen. Linde Gas ermöglicht Ihnen als erfahrener, zertifizierter Franchisegeber einen reibungslosen Start in die Selbständigkeit.

#### Ihr Profil:

- Erfahrung im Verkauf und Vertrieb.
- Grundkenntnisse über technische Gase, Schweißtechnik und -zubehör.
- Kaufmännisches Wissen.
- Führungskompetenz.

Stellen Sie zudem eine starke Unternehmerpersönlichkeit dar, die die Begriffe „Engagement“, „Motivation“ und „Eigeninitiative“ nicht nur kennt, sondern mit Begeisterung lebt?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf und Motivationsschreiben) an: [karriere@gasandmore.de](mailto:karriere@gasandmore.de)

Als Folge von Draghis Nullzins-Politik:

## Volks- und Raiffeisenbanken schließen Negativzinsen nicht aus

Mit Kreditwachstum und Kostensenkung durch schwere Zeiten

Zwar haben Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken 2016 ihren Wachstumskurs fortgesetzt und ihr Ergebnis vor Steuern noch steigern können, doch sei nicht auszuschließen, dass „über kurz oder lang“ die Kunden mit Negativzinsen auf ihre Einlagen rechnen müssten, sagte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, beim Bilanzpressegespräch in München. Wegen der anhaltenden Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) sei heutzutage das Bankgeschäft „in dem extrem herausfordernden Umfeld so schwer wie nie zuvor“. Ob und wann es zu Negativzinsen kommen könnte, müsse jede der 260 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken für sich entscheiden. Gewiss seien dann keine Einlagen von 15.000 oder 20.000 Euro betroffen, wohl aber solche im sechsstelligen Bereich. Gros: „Die Leidtragenden der EZB-Politik sind die Sparer“.

Wie alle anderen Banken auch seien die Genossenschaftsbanken im Zinstief gefangen und litten unter der ausufernden Bürokratie, die vor allem von Brüssel ausgehe. Das Zinstief werde wohl noch einige Zeit anhalten.

In dieser Situation konnten Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken zwar ihren Bestand an Kundengeldern um 5 % auf 120,0 (Vorjahr: 114,3) Mrd. Euro steigern, doch sei dieser Vertrauensbeweis der Kunden kein Grund mehr zur Freude, weil sich mit dem Geld kaum noch eine angemessene Rendite bei vertretbarem Risiko erwirtschaften lasse. Wenn also Wettbewerber verstärkt Negativzinsen berechneten, müssten auch die Volks- und Raiffeisenbanken vermehrt über eine Anpassung ihrer Konditionen nachdenken. Sonst bestehe für die Institute das Risiko, mit Liquidität überschwemmt zu werden. Die Kunden bevorzugten kurzlaufende Anlageformen. Außerdem nahm das Volumen der unter anderem bei den Verbundpartnern abgeschlossenen Geldanlagen um 4,9 % auf 72,1 Mrd. Euro zu.

Das Kreditvolumen legte bei 20 % Neugeschäft um 5,1 % auf 91,2 (86,7) Mrd. Euro zu. Dabei wuchs das Firmenkundengeschäft um 5,5 % auf 43,1 Mrd. Euro. Dies, so Gros, sei die höchste jemals erzielte Bestandszunahme. Das Privatkundengeschäft legte um 4,8 % auf 45 Mrd. Euro zu. Hier war der Treiber besonders die Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen. Gros: „Ohne die missglückte Umsetzung der europäischen Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie hätte es noch erheblich mehr sein können.“ Bei dieser Richtlinie, die von Anfang an heftig umstritten war und jetzt auch

## LfA stiftet Preis für Junges Kunsthandwerk

Im Rahmen der Internationalen Handwerksmesse (IHM) wurden die Preise 2017 für Junges Kunsthandwerk des Bayerischen Kunstgewerbevereins (BKV-Preis) vergeben. Ausgezeichnet wurden Arbeiten junger Kunsthandwerker, die auf Basis ihrer handwerklichen Qualität eigenständige künstlerische Gestaltung zeigen. Das Preisgeld in Höhe von 6.000 Euro stiftet zum 11. Mal die LfA Förderbank Bayern, die zugleich einen gemeinsamen Katalog für die Preisträger finanziert.

Sehr beeindruckt von der Kreativität und dem handwerklichen Geschick der jungen Kunsthandwerker zeigt sich LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Göttler und erklärt im Rahmen der Preisverleihung: „Allen Künstlerinnen und Künstlern, die an dem BKV-Preis 2017 teilgenommen haben, gratuliere ich zu ihrer beachtlichen Leistung. Mit ihrem Schaffen und Talent bereichern die jungen Kunstschaffenden in beeindruckender Weise unseren Wirtschaftsstandort Bayern. Das Preisgeld und die Katalogförderung sind hierfür eine Anerkennung. Im Sinne der Nachwuchsförderung der LfA wollen wir so den professionellen Start der Künstlerinnen und Künstler unterstützen.“

Seit 2006 vergibt der Bayerische Kunstgewerbeverein den

geändert wird, kam es bei der Kreditvergabe nicht auf die Vermögenslage als Sicherheit des Schuldners an, sondern allein auf seine laufenden Einnahmen, was besonders ältere Menschen im Rentenalter diskreditierte.

Die geschilderte Entwicklung ließ die addierte Bilanzsumme aller bayerischen Genossenschaftsbanken um 5,2 % auf 153,5 Mrd. Euro steigen. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Bank nahm um 9,8 % auf 0,59 Mrd. Euro zu. Diese im Einzelfall stärkere Zunahme resultiert daraus, dass durch Fusionen die Zahl der Genossenschaftsbanken von 273 in 2015 auf 260 in 2016 zurückging.

### Präsenz in der Fläche

Dieser Trend werde anhalten. Weil die Kunden immer seltener die Filialen aufsuchten und stattdessen ihre Geschäfte zunehmend online abwickelten, werde auch die Zahl der Filialen weiter abnehmen. Von 2569 Ende 2016 dürften 2020 nur noch 2000 bis allenfalls 2100 übrig bleiben, sagte Gros voraus. Dennoch werde man die Präsenz in der Fläche nicht aufgeben. Es werde mehr Beratungs- und weniger Service-Filialen geben. Die Rating-Agenturen honorieren diese Entwicklung und die Stärke der Genossenschaftsbanken in Bayern mit der hervorragenden Bewertung AA-.

Die Zahlen eines erfolgreichen Wachstums sind aber nur die halbe Wahrheit, in der Ertragsrechnung zeigt sich die andere Hälfte. Zwar legte das (addierte) Vorsteuer-Ergebnis um 8,2 % auf 1,46 Mrd. Euro zu, doch ist der Ergebnisanstieg nicht auf einen Ertragszuwachs zurückzuführen, sondern im Wesentlichen auf niedri-

gere Abschreibungen auf Wertpapiere und den günstigen Saldo der sonstigen sowie außerordentlichen Erträge und Aufwendungen von zusammen 45 Mio. Euro gegenüber 127 Mio. Euro im Vorjahr. Hingegen verminderte das Niedrigzinsumfeld das Zinsergebnis, eigentlich der Hauptertragsbringer einer Genossenschaftsbank, um insgesamt 227 Mio. Euro. Etwa zwei Drittel davon, nämlich 142 Mio. Euro, konnten die Banken durch das Wachstum im Kreditgeschäft ausgleichen, so dass letztlich der (addierte) Zinsüberschuss um 2,7 % auf 3,082 Mrd. Euro schrumpfte. Zwar legte der Provisionsüberschuss um 3,2 % auf 953 Mio. Euro zu, doch konnte dieses Plus die rückläufigen Zinserträge bei weitem nicht kompensieren.

### Stabiles Kreditinstitut

Von dem Ergebnis sind etwa 432 Mio. Euro Steuern und circa 45 Mio. Euro Dividende an die Genossen zu zahlen. Der Rest dient der Stärkung des Eigenkapitals, „denn das Eigenkapital ist die Grundlage für das dringend notwendige Wachstum“. Und bei der Eigenkapitalausstattung sind Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken mit einer Quote von 15,9 % in 2016 nach 15,2 % im Jahr zuvor und einer Gesamtkapitalquote von 18,6 (18,4) % „weltweit in der Spitzengruppe“, verkündete Gros und legte nach: „Wir zählen zu den stabilsten Kreditinstituten in Europa.“

### Draghi-Effekt

Beim Genossenschaftsverband geht man nicht davon aus, im laufenden Jahr das Ergebnis des Vorjahres wiederholen zu können. Der Zinsüberschuss werde weiter zurückgehen. Für das Berichtsjahr hat man einen entgangenen Zinsüberschuss „durch den Draghi-Effekt“ von 227 Mio. Euro errechnet. Dieses Minus hätten Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken durch Ausweitung ihres Geschäftsvolumens um 142 Mio. Euro mindern können, so dass die Netto-Belastung durch die Niedrigzinsen 85 Mio. Euro betragen habe. Dieses Minus könnte, so Gros, bei unverändertem Konjunkturverlauf heuer etwa 180 Mio. Euro erreichen. Und beim

Provisionsergebnis werde es keine großen Sprünge geben.

Um die Geschäftslage der Mitgliedsbanken zu stabilisieren, sieht der Verband nur die Möglichkeit, auf Wachstum zu setzen und zugleich weiter die Kosten zu senken. Zwar nahm die Zahl der Mitglieder im 8. Jahr in Folge weiter zu und zwar leicht von 2,65 Mio. auf 2,67 Mio., so dass inzwischen jeder zweite Bürger Bayerns Mitglied einer Genossenschaft ist. Aber die Zahl der sie betreuenden Mitarbeiter ging auf 32953 (34025) weiter zurück, und sie wird wohl heuer noch einmal um etwa 1.000 abnehmen.

Seit 2007 bis zum Berichtsjahr sind die Personalkosten von 1,48 auf 1,16 % der durchschnittlichen Bilanzsumme reduziert worden. In derselben Zeit gingen die Betriebskosten von 2,24 auf 1,76 % zurück. Die Kosten wuchsen weniger stark als die Bilanzsumme.

### Wuchernde Bürokratie

Große Sorgen macht dem Genossenschaftsverband die bisher vor allem von Brüssel ausgehende und immer weiter wuchernde Bürokratie, die allzu wenig Rücksicht auf die Regionalbanken nimmt, was die Verteidigung ihres Geschäftsmodells sehr schwer macht und einen unverhältnismäßigen Aufwand produziert. Deshalb begrüßt der GVB den Vorschlag aus Brüssel sehr, die Regionalbanken von unverhältnismäßigen Regulierungen zu entlasten. Er spricht sich aber dafür aus, die Intensität der Regulierung nicht allein an der Bankgröße auszurichten.

Nach seinen Vorstellungen sollten auch das Geschäftsmodell, die Komplexität und die Vernetzung von Banken berücksichtigt werden. So sollten nur Regionalbanken von unverhältnismäßiger Regulierung befreit werden, die weniger als 15 Mrd. Euro Bilanzsumme haben oder folgende fünf Kriterien erfüllen: 1. Mindestens die Hälfte der Refinanzierung stammt aus Einlagen von Privatkunden und Mittelstandbetrieben. 2. Mindestens 33 % der Vermögenswerte sind als Kredite an nicht-finanzielle Unternehmen, Privathaushalte und öffentliche Haushalte ausgereicht. 3. Höchstens 10 % der Vermögenswerte bestehen aus Krediten an ausländische Schuldner. 4. Das betreffende Institut unterhält mindestens eine und höchstens 99 Geschäftsstellen. 5. Das Institut ist regional tätig.

Dieses Konzept des GVB, so Gros, identifiziere zielgenau Regionalbanken, von denen aufgrund ihres Risikoprofils keine Gefahr für die Finanzstabilität ausgehe. dhg.



Von links: Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern Dr. Lothar Semper, Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, der Präsident des Bayerischen Handwerkstages Franz Xaver Peteranderl und LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Göttler.

## Bayerns Handwerk mit 235 Mio. Euro gefördert

LfA unterstützt über 900 Handwerksbetriebe Unternehmensnachfolge zunehmend im Fokus

Die LfA Förderbank Bayern hat dem bayerischen Handwerk 2016 rund 235 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Damit konnte das hohe Niveau des Vorjahres gehalten werden. Die Mittel gingen an über 900 kleine und mittlere Betriebe, die so Investitionen in Höhe von rund 335 Millionen Euro finanzieren konnten. Auf der Handwerksmesse (IHM) in München beriet die LfA interessierte Handwerker über Fördermöglichkeiten.

„Das Handwerk ist ein wichtiger Motor der bayerischen Wirtschaft. Daher ist es entscheidend, die Betriebe bei nötigen Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft zu unterstützen, etwa im Bereich der Digitalisierung. Die LfA stellt für diese Zwecke zahlreiche Förderangebote zur Verfügung. Und diese werden intensiv genutzt. Mit Hilfe des Förderangebots der LfA konnten die Betriebe im letzten Jahr über 14.500 Arbeitsplätze sichern und mehr als 650 neue Stellen schaffen. Das ist ein großer Erfolg und sichert die Wettbewerbsfähigkeit des bayerischen Handwerks“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Jeder von uns geförderte Handwerks-

betrieb hat im letzten Jahr durchschnittlich Investitionen in Höhe von gut 366.000 Euro verwirklicht. Im Fokus standen neben Betriebserweiterungen und Modernisierungen zunehmend Unternehmensnachfolgen. Hier haben wir unser Förderangebot aktuell noch attraktiver gestaltet: Statt bisher mehrerer Anträge genügt jetzt ein einziger Antrag, mit dem ein Kredit von bis zu 10 Millionen Euro möglich ist.“

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl, erläutert: „Ein erfolgreicher Handwerksbetrieb braucht auch eine passende Finanzierung, um Zukunftsprojekte erfolgreich umzusetzen. Zusammen mit den Hausbanken ist die LfA ein attraktiver, verlässlicher und langfristiger Finanzierungspartner.“

### Wohnraumfinanzierung:

## Hürden abbauen

Die Schaffung von Wohnraum in den bayerischen Kommunen darf nicht verfehlten regulatorischen Auflagen zum Opfer fallen. Darauf haben der Bayerische Gemeindetag und der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) bei ihrem Spitzentreffen in München hingewiesen. Beide Organisationen sprachen sich dafür aus, die noch immer bestehenden unnötigen Barrieren bei der Immobilienfinanzierung abzubauen und die vorgesehenen Eingriffsrechte der Bankenaufsicht BaFin kritisch zu hinterfragen. Die Behörde könnte die Kreditvergabe damit empfindlich einschränken.

„Die Wirtschaft brummt, der Immobilienmarkt boomt. In vielen bayerischen Gemeinden ist bezahlbarer Wohnraum deshalb ein knappes Gut“, stellte Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bei dem Austausch klar. In Anbetracht des Wohnungsmangels sei es unverständlich, dass der Gesetzgeber Investitionen in Immobilien zur Altersvorsorge und zur Vermögensbildung erschwert. GVB-Präsident Jürgen Gros: „Deutschland ist bei der Eigentumsquote in Europa nach wie vor Schlusslicht. Das sollte ein Ansporn sein, unnötige Kredithürden beiseite zu räumen und keine zusätzlichen aufzustellen.“

### Für klare Verhältnisse

Brandl und Gros fordern die Politik auf, die missglückte Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie rasch nachzubessern. Zwar sei die Gesetzeskorrektur bereits vor Weihnachten politisch auf den Weg gebracht worden. Bislang seien aber noch immer die umstrittenen, seit

März 2016 geltenden Vorschriften in Kraft. Diese erschweren jungen Familien und älteren Menschen die Aufnahme von Darlehen teils erheblich. Gros: „Der Gesetzgeber sollte zügig handeln, um klare Verhältnisse für Kreditnehmer und Banken zu schaffen.“

### Bremsmanöver

Kritisch sehen Gemeindetag und GVB die von der Bundesregierung vorgelegten Pläne für die weitreichenden Aufsichtsinstrumente der BaFin im Immobiliensektor. Die Behörde soll beispielsweise eine Obergrenze für das Verhältnis zwischen Darlehenshöhe und Immobilienwert vorschreiben dürfen, um Übertreibungen am Markt zu verhindern. GVB-Präsident Gros hält das für unnötig, da der deutsche Immobilienmarkt nach wie vor von Stabilität und konservativer Kreditvergabe geprägt sei. „Potenzielle Bremsmanöver der BaFin drohen die Knappheit von günstigem Wohnraum in vielen bayerischen Gemeinden zu verfestigen“, ergänzt Brandl.

## LfA-Förderangebot ist attraktiv und gefragt

Jahresbilanz mit den Genossenschaftsbanken: Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben in 2016 rund 470 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern zugesagt. Mit knapp 3.000 Zusagen an den bayerischen Mittelstand sind die Genossenschaftsbanken damit ein starker Partner im Fördergeschäft.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Unsere Kooperation mit den Genossenschaftsbanken ist ein Erfolgsmodell für den bayerischen Mittelstand. In 2016 haben sie allein rund ein Drittel des gesamten Förderkreditvolumens zur Finanzierung von Investitionen ausgezahlt. Das sichert für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen eine bestmögliche Finanzierung ihrer unternehmerischen Ideen zu attraktiven Konditionen. Damit das so bleibt, optimieren wir unser Förderangebot laufend weiter. So haben wir zuletzt mit dem Digitalkredit ein Angebot für das digitale Zeitalter eingeführt und die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung neu aufgestellt: Statt bisher mehrerer genügt jetzt ein einziger Antrag, mit dem ein Kredit von bis zu 10 Millionen Euro möglich ist.“

Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ergänzt: „Die LfA ermöglicht es der bayerischen Wirtschaft, Innovationen und Investitionen zu günstigen Konditionen zu verwirklichen. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken als Hausbanken vieler Mittelständler tragen maßgeblich dazu bei, dass die Fördermittel an der richtigen Stelle ankommen: bei den kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern. Gemeinsam mit der LfA schaffen die Kreditgenossenschaften den Nährboden für Beschäftigung und Wachstum im Freistaat.“

# Nachverdichtung zur Lösung urbaner Raumnot

Modulare Stahlskelettbauweise bevorzugt

**Deutsche Metropolen boomen. Bei jährlichen Zuzugsraten von bis zu 7 Prozent sind dringend neue Wohnflächen und weitere Raumlösungen notwendig, um den stetig wachsenden Bedarf zu decken. Doch Bauland fehlt in den Städten und auch die Ausdehnung in die Fläche des Umlandes oder die Nutzung ehemaliger Industriebrachen ist begrenzt. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahrzehnten der Wohnraumbedarf je Person gestiegen ist: von rund 20 auf heute 40 Quadratmeter. Dies verschärft die Mangelsituation zusätzlich.**

Eine vielversprechende Lösung, um mehr Raum zu schaffen, lautet Nachverdichtung. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten: Aufstockung, Anbau, Punkt- und Riegelbauten und Parkplatzüberbauungen. Eine sehr attraktive Lösung im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Raumgewinn im städtischen Umfeld ist die Aufstockung. Dabei gilt es, smarte Wohn- und Gebäudekonzepte zu realisieren, die die Nachhaltigkeit hinsichtlich Rohstoff- und Energieressourcen erfüllen und gleichzeitig mehr Lebensqualität bieten.

## Bausubstanz optimal nutzen

Das Ziel lautet daher, die bestehende Bausubstanz optimal zu nutzen, sie zu erweitern und die neue Lösung in einem ganzheitlichen Kontext zu betrachten. Mit Aufstockungen in modularer Stahlskelettbauweise ist dies ideal möglich. Das Unternehmen KLEUSBERG mit Hauptsitz in Wissen hat bereits zahlreiche Erfahrungen mit Aufstockungen in Stahlskelettbauweise gesammelt und erfolgreich Projekte durchgeführt.

Auch beim Thema Wohnungsbau mit modularen Einheiten kennt KLEUSBERG sich aus und vereint so beide notwendigen Kernkompetenzen, die für urbane Nachverdichtungen im Wohnungsbereich notwendig sind.

## Stahlskelettbauweise bietet ideale statische Lastabtragung

Der Hauptvorteil einer Aufstockung mit einer modularen Stahlskelettkonstruktion liegt nach Auffassung von KLEUSBERG in der Statik. Die tragende Konstruktion ist deutlich leichter als Aufstockungen in herkömmlicher Bauweise und die vertikale Lastabtragung erfolgt über die tragenden Mauern, die meist eine ausreichende Traglastreserve bieten. Die innere Struktur bei der Stahlskelettbauweise kann auch nachträglich verändert werden, da hier keine statischen Zwangspunkte die Gestaltungsfreiheit einschränken. Das heißt, Aufstockungen in dieser Form lassen sich – beispielsweise durch neue Raumaufteilungen – auch später noch sehr schnell und effizient einer Neunutzung zuführen.

## Bis zu 70 Prozent kürzere Bauzeiten

Bei Aufstockungen in modularer Stahlskelettbauweise kommen selbstverständlich die generellen Stärken des Systems zum Tragen. Das sind die um rund 70 Prozent verkürzte Bauzeit im Vergleich zu herkömmlicher Bauweise, die planbare Kostensicherheit sowie die minimale Umfeldbeeinträchtigung. Mieter werden weder durch Baulärm noch durch Schmutz gestört. Bei Aufstockungen von Krankenhäusern durch KLEUSBERG beispielsweise konnte der stationäre Betrieb störungsfrei weitergeführt werden.

Modulare Gebäude von KLEUSBERG erfüllen alle Ansprüche und gesetzlichen Anforderungen. Der Wärmeschutz entspricht den Standards EnEV, KfW, Passivhaus oder höher. Durch den Mehrschichtaufbau der Außen- und Innenwände wird ein Schallschutz gemäß DIN 4109 Beiblatt 2 erzielt. Der Brandschutz ist durch einen typengeprüften Regelkatalog bis F90 gewährleistet und die Tragfähigkeit ist bis zur Hochhausgrenze nachgewiesen.

## Wirtschaftlich attraktiv

Aufstockungen mit Stahlskelettmulden besitzen nicht nur aufgrund ihrer Leichtigkeit und schnellen Realisierbarkeit großes Potenzial, sondern auch durch ihre vergleichsweise

schlanken Wandaufbauten. Dies sorgt für einen Zuwachs an vermietbaren Quadratmetern und damit für höhere Mieterlöse und höhere Rendite. Angesichts der Mietpreise in deutschen Großstädten kann dies einen erheblichen finanziellen Zugewinn bedeuten. Auch im Hinblick auf ohnehin fällige Dachsanierungen können Aufstockungen eine wirtschaftlich höchst attraktive Lösung sein.

## Parkplatzflächen überbauen

Nicht nur bestehende Gebäude eignen sich für die urbane Nachverdichtung, sondern auch Parkplatzflächen. Discounter, Möbelhäuser, Baumärkte ... alle halten großen, ebenerdigen Parkraum für ihre Kunden bereit, der geschickt überbaut werden kann. KLEUSBERG sieht hier die Lösung in aufgeständerten Geschosswohnhäusern, wobei auch hier die modulare Stahlskelettbauweise durch ihre Konstruktion und Leichtigkeit nahezu alleinstellungsmerkmale besitzt. Hinzu kommt, dass die Parkplatznutzung während der kurzen Bauphase kaum eingeschränkt wird.

## Konkrete Beispiele für Aufstockungen im städtischen Umfeld

Exemplarisch für die Aufstockungen von KLEUSBERG ist die Notaufnahme im Auftrag des GMSH (Gebäudemanagement Schleswig-Holstein), Kiel. Dabei wurde auf ein vorhandenes Parkdeck eine 2-geschossige Aufstockung gesetzt. Innerhalb von nur 4 Monaten entstand so eine 1.900 m<sup>2</sup> große Bettenstation. Für das Katholische Klinikum Koblenz in Montabaur hat KLEUSBERG eine 800 qm große Dach-

Bezahlbarer Wohnraum kann durch das Einbringen kommunaler Grundstücke und/oder staatliche Fördermittel entstehen. Die Kommune kann hier ihre Zielsetzungen definieren.

Beschließt eine Kommune, eigene Liegenschaften zur Errichtung von bezahlbarem Wohnraum zu veräußern, hat sie mit einer Konzeptausschreibung ein wichtiges Gestaltungsinstrument, um ihre Zielsetzungen, seien sie sozial oder architektonisch, langfristig zu sichern.

Man unterscheidet zwischen Konzeptausschreibung mit Preisangebot und mit Festpreis. Das Konzeptvergabeverfahren sichert die Umsetzung sozialpolitischer Ziele der Kommune auf dem Verkaufsgrundstück. Die Ausschreibung mit Festpreis lässt Freiräume für kreative Ideen und Konzepte erfahrener Bieter. In der Konzeptausschreibung wird ein Grundstück langfristig mit Bindungen und Auflagen belegt. Nach Ablauf der Bindungszeit ist der Grundstückseigentümer frei in der Nutzung der Immobilie (im Rahmen der baurechtlichen Festlegungen).

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München weist zudem darauf, dass ohne eine Förderung durch die öffentliche Hand sich neuer bezahlbarer Wohnraum in der Region München kaum realisieren lässt. Insbesondere wegen der hohen Grunderwerbskosten seien Nettokaltmieten unter 10 Euro/m<sup>2</sup> Wohnfläche unrealistisch. Gefragt seien jene Kommunen, die Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum nutzen sowie der Freistaat Bayern, der umfangreiche Wohnraum-Förderprogramme wie das Kommunale Wohnraumförderprogramm (Komm-WFP) und die Einkommensorientierte Förderung (EOF) aufgelegt hat. Er verfügt außerdem über weitere Förderprogramme, vorwiegend für besondere Bedarfsgruppen. **DK**



**In nur vier Monaten Bauzeit sind zwei zusätzliche Geschosse angeliefert, aufgestellt und hochwertig ausgebaut worden ohne Beeinträchtigung des laufenden Betriebs.**

aufstockung für eine Privatstation erweitert. Das Hüttenhospital hat von KLEUSBERG eine zweigeschossige, 1.000 qm große Aufstockung erhalten, die während des laufenden Klinikbetriebes errichtet wurde.

Fazit: Nachverdichtung ver-

spricht nicht die komplette Lösung der angespannten Wohnungsknappheit in Ballungsräumen, aber eine Linderung. Wichtig ist, dass Faktoren wie städtebauliche und architektonische Qualität ebenso erfüllt werden wie ökologische und soziale Anforderungen. Spezialisten für Modulbauten wie KLEUSBERG legen Wert darauf, dass diese Bedingungen erfüllt werden. **□**

# Bezahlbarer Wohnraum in der Region München

Publikation des PV Äußerer Wirtschaftsraum München informiert Kommunen

**Zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ist eine der zentralen Herausforderungen in der Region München. Viele Kommunen haben dort in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen und unterschiedliche Projekte für zukunftsweisenden und bezahlbaren Wohnraum angestoßen. Aus der Zusammenarbeit mit Kommunen und Gesprächen mit der Landeshauptstadt München und weiteren Wohnungsbauakteuren in der Region hat der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München eine Broschüre erarbeitet. Sie enthält einige wichtige Themen, Akteure, Instrumente, Anregungen und Ansprechpartner, die dabei helfen können, erfolgreiche Strategien für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu finden.**

In einem ersten Schritt ist es laut PV München für Kommunen wichtig zu klären, welche Ziele sie mit den kommunalen Aktivitäten im Wohnungsbau verfolgen wollen. Als beste Grundlage dient hierfür eine Situationsanalyse. Häufig kann hier auf bestehende Untersuchungen und Konzepte, z. B. zu Bevölkerungsentwicklung, Einkommensstruktur, Wohn-

marktangebot, oder Altenhilfepläne aufgebaut werden.

Eine große Herausforderung besteht darin, Bauland für den Wohnungsbau, insbesondere für den bezahlbaren Wohnraum, bereitzustellen. Dabei kommt der Kommune als Grundstückbesitzerin und Trägerin der Planungshoheit eine zentrale Rolle zu.

Durch Nachverdichtung kön-

nen wichtige Spielräume für die Schaffung von Wohnraum im Bestand entstehen. Gleichzeitig sollen die Orte ihre Identität wahren. Der Mittelweg kann gelingen, wenn die Kommune eine aktive Rolle in der Steuerung einnimmt und auf einen diskursiven Prozess setzt. Gleichzeitig, so heißt es, wird der Wohnbedarf nicht ohne Neuausweisung von Wohnbauflächen für Geschosswohnungsbau bzw. verdichtete Wohnformen gedeckt werden können.

## Bauland aktivieren

In städtebaulichen Verträgen können dem Planungsverband zufolge mit privaten Grundstückseigentümern bei der Ausweisung von (zusätzlichem) Baurecht Sozialbindungen vereinbart werden - z. B. zum Bau von günstigeren und/oder geförderten Wohnungen. Das Prinzip der sozialgerechten Bodennutzung dient hier als Grundlage und ist eine Möglichkeit, Einfluss auf die Wohnpreise zu nehmen, ohne dass die Kommune Eigentümer des Grundstücks ist.

Gezieltes Zusammenwirken von Staat, Kommunen und privaten Akteuren auf dem Wohnungsmarkt ist die Grundlage für den Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum. Baut die Kommune selbst und bleibt Eigentümerin, hat sie dauerhaft Einfluss auf Mietpreise und Belegung der Wohnungen. Sie kann die Immobilie in Zukunft ggf. an geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen durch Umbau anpassen.

Kommunale Wohnungsunternehmen, häufig von mehreren Kommunen getragen, bauen und unterhalten kommunalen Wohnraum kostengünstig und effizient.

# Rekordwert bei Immobilienumsätzen in Bayern

Nach einer Hochrechnung des Marktforschungsinstituts des IVD Süd e.V. auf Basis des vom Bundesministerium für Finanzen erhobenen Grunderwerbsteueraufkommens lagen die Immobilienumsätze in Bayern im Jahr 2016 bei insgesamt 50,83 Mrd. Euro; im Vergleich zum Jahr 1990 haben sich die Immobilienumsätze mehr als verdoppelt.

## Zum 7. Mal in Folge

„Wie vom IVD-Marktforschungsinstitut prognostiziert, legte das Umsatzvolumen am Immobilienmarkt in Bayern im Jahr 2016 zum siebten Mal in Folge zu“, so Prof. Stephan Kippes, Leiter des IVD-Marktforschungsinstituts. „Die Veränderung gegen-

über 2015 liegt bei beachtlichen +13,3 % oder 6,0 Mrd. Euro. Insgesamt wurden 2016 bayernweit rund 50,83 Mrd. Euro in Immobilien investiert. Somit wurde ein erneuter Rekordwert erreicht.“

„Bayernweit ist die Bereitschaft in Wohnimmobilien zu investieren nach wie vor ungebrochen hoch“, so Kippes. „Die Immobilienumsätze erreichen seit Jahren immer wieder neue Rekordwerte. Derzeit kann kein Nachlassen des Kaufinteresses beobachtet werden. Zu den wichtigsten Gründen für die Attraktivität von Immobilien gehören in Bayern ein stabiler Arbeitsmarkt, niedrige Zinsen, eine hohe Zuwanderung sowie ein Mangel an Anlagealternativen für konservative Anleger.“ **□**



# RAUM AUS EINER HAND



Mit dem Alles-aus-einer-Hand-Prinzip verwirklicht KLEUSBERG Pflegeeinrichtungen als hochwertige Gebäudelösung in Modulbauweise. In Rekordzeit geplant, vorgefertigt und realisiert entsteht seniorenoptimierter und auch zukunftsbringender modularer Raum für öffentliche Auftraggeber.

**NEU: ModuLine® – Bauen ohne Investition. Modulgebäude zur Langzeitmiete. Jetzt Showroom in Wissen besichtigen!**

Entdecken Sie die flexiblen Möglichkeiten von KLEUSBERG – wir beraten Sie gern!

**KLEUSBERG**

Wir geben Zukunft Raum.

[kleusberg.de](http://kleusberg.de)

## Novellierung des Baurechts:

# Neue Spielräume

Stadtplanern sollen neue Instrumente im Umgang mit dem Zuzug an die Hand gegeben werden. Der Bundestag hat hierzu entsprechende Änderungen des Bauplanungsrechts verabschiedet. Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist das beschlossene Gesetz grundsätzlich zu begrüßen.

Herzstück der Reform ist die neue Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“, die neue Spielräume für den Wohnungsbau erschließen soll. Der neue Baugebietstyp erlaubt den Kommunen, dass künftig auch in stark verdichteten städtischen Gebieten oder in Gewerbegebieten Wohnungen gebaut und Gebäude als Wohnraum genutzt werden dürfen. Handwerksbetriebe sollen dennoch nicht aus der Innenstadt verdrängt werden. Der Milieuschutz gilt für zwölf Jahre.

(TA Lärm-Richtwerte für urbane Gebiete) Innenraumlärmerschutzmöglichkeiten werden. Diese redaktionelle Erweiterung entspricht allerdings nicht der Forderung der kommunalen Spitzenverbände, die eine gesetzliche Ermächtigung, in Bebauungsplänen für Aufenthaltsräume auch Innenraumpegel festsetzen zu können, gefordert haben. Insoweit wären flankierende Regelungen im Immissionsschutzrecht erforderlich.

## Umweltverträglichkeit

Jedes Bauplanungsverfahren erfordert auch in urbanen Gebieten eine vorausgehende Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese Anforderungen wurden nun konkretisiert. Es muss ein Umweltbericht vorgelegt werden, der die Ziele des Bauleitplans beschreibt und eine Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes enthalten muss. Auch eine Prognose über die Entwicklung des Zustandes bei der Durchführung der Planung muss enthalten sein.

Außerdem müssen die Informationen über die Bebauungspläne künftig immer ins Internet eingestellt werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, nachzuweisen, dass die Ergebnisse der Behörden- und

Öffentlichkeitsbeteiligung im Flächennutzungsplan berücksichtigt worden sind. Sie müssen zudem begründen, warum anderweitige Planungsmöglichkeiten nicht in Betracht kommen.

Um die Planungsverfahren für den Wohnungsbau zeitlich zu straffen, dürfen nun Bebauungspläne im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Dies gilt für Pläne mit einer Grundfläche bis zu 10.000 Quadratmetern für Wohnnutzung. Diese Flächen müssen sich an Ortsteile anschließen, die im Zusammenhang bebaut sind. Diese Regelung ist bis zum 31. Dezember 2019 befristet.

## Einheimischenmodelle

Aus kommunaler Sicht zu begrüßen ist laut DStGB auch die Klarstellung zu den sogenannten Einheimischenmodellen. Die EU-Kommission, das Bundesbauministerium und die Bayerische Staatsregierung hatten sich bereits im Februar 2017 nach langjährigen Verhandlungen auf Kautelen einigen können, bei deren Anwendung die EU-Kommission keine Einwände mehr gegen die in Deutschland praktizierten Einheimischenmodelle erhebt.

## Geforderte Regelung

Vor diesem Hintergrund schlägt der Gesetzgeber nunmehr auch eine Anpassung in § 11 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BauGB vor. Die Wörter „des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung“ werden durch die Wörter „der Erwerb angemessenen Wohnraums durch einkommensschwächere oder weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung“ ersetzt. Insbesondere wird an der vom DStGB geforderten Regelung zu

einem beschleunigten Verfahren im Außenbereich festgehalten. Die neu vorgesehenen Befristungen zur Aufstellung eines Bebauungsplans beziehungsweise zum Satzungsbeschluss dürften aus kommunaler Sicht handhabbar sein. Zudem hat der Kommunalverband gefordert, die Neuregelung nicht auf Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten zu beschränken. Dieser Auffassung hat sich der Gesetzgeber angeschlossen, so dass die Anwendung des § 13b BauGB neu räumlich nicht beschränkt ist.

Zusammen mit der Baurechtsnovelle hat das Kabinett auch die aus kommunaler Sicht zu begrüßende Änderung der Sportanlagenlärmverordnung beschlossen. Die Immissionsrichtwerte von Sportanlagen wurden neu geregelt, um den Spielbetrieb auf Sportanlagen zu fördern. Die Richtwerte dürfen in den Abendstunden sowie den Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen um fünf Dezibel erhöht werden. Für urbane Gebiete gelten die in der TA Lärm festgelegten Grenzwerte.

## Ferienwohnungen

Ein weiterer Aspekt der Baurechtsnovelle betrifft Ferienwohnungen. Hier gab es zuletzt Rechtsunsicherheit bei der Frage, ob insbesondere in Wohngebieten Ferienwohnungen gebaut werden dürfen. Gemeinden können nun einen Genehmigungsvorbehalt gegen den Neubau oder die Nutzung von Wohnraum als „Ferienwohnung“ aussprechen. Dadurch sollen „Rohlladen-Siedlungen“ unterbunden werden. In Sondergebieten wie beispielsweise Kurorten sind aber Ferienwohnungen und Dauerwohnungen nebeneinander als Regelmäßigkeiten weiterhin zugelassen.

Der Gesetzentwurf wird nun noch einmal an den Bundesrat überwiesen, der sich anschließend mit dem Gesetz beschäftigen wird. Das Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig. **DK**



Die Referenten (von links): Axel Sehlhoff (Geschäftsführender Gesellschafter SEHLHOFF GmbH), Dr. Mathias Obergrießer (OTH Regensburg), Prof.-Dr. Thomas Euringer (OTH Regensburg), Michael Jäger (Vizepräsident Bund der Steuerzahler Bayern), Karsten Sehlhoff (Geschäftsführender Gesellschafter SEHLHOFF GmbH), Florian Obner (MdB), Martin Hutzler (Innovationsmanager SEHLHOFF GmbH), Kai Gondlach (Senior Researcher 2b AHEAD). **□**

## Gelungene Veranstaltung zu Building Information Modelling

Die SEHLHOFF GmbH lud zum Expertentreffen an der OTH Regensburg

Baupannen und Kostenexplosionen bei Großprojekten wie dem Flughafen Berlin-Brandenburg, der Elbphilharmonie und Stuttgart 21 sind in aller Munde. Doch wie lassen sich solche Entwicklungen künftig vermeiden? Die digitalisierte Arbeitsmethode BIM gibt Antworten und eröffnet nachhaltige Möglichkeiten für die optimierte Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Bauwerken durch digitalisierte Geschäftsprozesse.

Vor kurzem lud die SEHLHOFF GMBH zu einer Fachveranstaltung an der OTH Regensburg ein, bei der hochkarätige Referenten aus Politik, Forschung und der Praxis dieses Thema aus unterschiedlichen Perspektiven vor einem zahlreich erschienenen Fachpublikum schilderten. Michael Jäger, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des bayerischen Bundes der Steuerzahler interessiert an der Vermeidung von Steuergeldverschwendung, moderierte den Nachmittag.

gerichtete Planung, die eine ganze Reihe von möglichen Planungsfehlern bereits im Vorfeld ausschließt und damit den Bauherren eine größere Zeit- und Kostentransparenz ermöglicht.

Dipl.-Ing. Martin Hutzler von der SEHLHOFF GMBH zeigte anschließend einige Praxisbeispiele der BIM-Anwendung. Der große Vorteil liegt darin, dass alle Projektbeteiligten auf eine objektorientierte Datensammlung – das sog. BIM-Modell – Zugriff haben und somit immer aktuell auf dem gleichen Kenntnisstand sind. „BIM beinhaltet aber auch die prozessuale Zusammenarbeit, die beim Projektstart gemeinsam definiert werden soll“, erklärte Martin Hutzler weiter, „und somit ist es eine kooperative Planungsmethode mit dem Ziel, zunächst digital zu planen um dann real zu bauen“.

## Digitale Entwicklung

Abschließend warf der Zukunftsforscher Kai Gondlach einen interessanten Blick auf den Einfluss der Digitalisierung im Allgemeinen. Zwei Trends bestimmen schon heute die digitale Entwicklung: erstens die Miniaturisierung, die Computer und Speicher immer kleiner und gleichzeitig leistungsfähiger macht und zweitens die Präzision, mit der selbstlernende Software heute schon genauere Prognosen stellen kann, als der Mensch. Dabei sei die Geschwindigkeit der Entwicklung nicht linear, sondern exponentiell, erläuterte Kai Gondlach. Was zu Folge habe, dass immer weitere neue Geschäftsfelder entstehen und bestehende sich grundlegend verändern. Fakt sei, dass Veränderungen in allen Lebensbereichen künftig nie mehr so langsam voranschreiten werden, wie noch heute.

Sowohl in der kurzen Pause zwischen den Vorträgen als auch beim abschließenden Get-together entwickelten sich intensive Gespräche zwischen Teilnehmern und Referenten. Neben einer disziplinübergreifenden Information sei genau dieser inspirierende Austausch das Ziel dieses Nachmittags gewesen, freuten sich Axel und Karsten Sehlhoff, die diese Veranstaltung für ein interessiertes Fachpublikum initiiert hatten. **□**

## TA Lärm

Mit der vorgesehenen Änderung der BauNVO soll auch eine Änderung der TA Lärm einhergehen. Die TA Lärm soll zukünftig für das urbane Gebiet um drei dB(A) höhere Werte als für das Mischgebiet vorsehen. Das Gesetz sieht ferner eine Ergänzung vor, mit der die nach geltender Rechtslage bestehenden Möglichkeiten der Gemeinden, innerhalb der immissionsschutzrechtlichen Richtwerte (zusätzlich) passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen, bekräftigt werden.

Als Ergebnis einer planerischen Abwägung soll durch entsprechende Festsetzungen zusätzlich zum Immissionsschutzrecht

## Landkreis Donau-Ries:

# Flächenmanagement in zweite Projektphase gestartet

Donauwörth (pm). Im Rahmen des Konversionsmanagements unterstützt der Landkreis Donau-Ries mit einem Projekt Kommunen bei ihrer Innenentwicklung. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase im Mai 2016 ist nun die zweite Projektphase gestartet. Zahlreiche Kommunen haben sich für ein erneutes Flächenmanagement ausgesprochen, die Beteiligung ist mit aktuell 18 Kommunen und drei Verwaltungsgemeinschaften aus dem gesamten Landkreis überaus positiv.

Das Projekt „Flächenmanagement 2.0“ im Landkreis Donau-Ries befindet sich derzeit in der Startphase. Im Handlungsfeld „Siedlungsentwicklung“ des Konversionsmanagements wird dieses Projekt nun bereits zum zweiten Mal durchgeführt. Dabei sollen die teilnehmenden Kommunen intensiv bei der Reaktivierung und Umnutzung ihrer innerörtlichen Baulücken und Leerstände unterstützt werden.

## Produktive Zusammenarbeit

Die fachliche Begleitung für die zweite Projektphase übernimmt nach gewonnener Ausschreibung wieder das Planungsbüro Baader Konzept aus Gunzenhausen. Konversionsmanagerin Barbara Wunder freut sich, „dass wir die Firma Baader Konzept ein zweites Mal gewinnen konnten, nachdem die Zusammenarbeit während der ersten Pilotphase sehr produktiv und erfolgreich war.“

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase und der durchweg positiven Resonanz der Kommunen wurde der Ruf nach einer zweiten Projektphase laut. Nun beteiligen sich insgesamt 19 Kommunen aus dem gesamten Landkreis sowie zwei Verwaltungsgemeinschaften. Mit den Städten und Gemeinden Asbach-Bäumenheim, Auhausen, Buchdorf, Daiting, Deiningen, Fünfstetten, Holzheim, Kaisheim, Maihingen, Marktöffingen, Monheim, Munnigen, Niederschönenfeld, Nördlingen, Oberndorf, Oettingen i. Bay., Reimlingen, Rögling und Wallerstein sowie den zwei Ver-

waltungsgemeinschaften Rain und Ries machen diesmal etwa die Hälfte aller Kommunen mit bei diesem nachhaltigen Flächenmanagement.

Landrat Stefan Rößle sieht die Arbeit der ersten Pilotphase damit bestätigt: „Das sich so viele Kommunen um die Entwicklung ihrer Ortskerne kümmern, ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft und trägt diesem zentralen Thema der ländlichen Entwicklung Rechnung.“

## Erste Schritte

In einem ersten Austauschtreffen mit allen teilnehmenden Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften wurde der Prozess Mitte Februar offiziell gestartet. Schon seit November 2016 wird das Projekt intensiv zusammen mit der Firma Baader Konzept geplant. Am Anfang stehen vor allem die Schulung der Flächenmanagementdatenbank des Landesamtes für Umwelt und die Schulung der Innenentwicklungslotsen der Kommunen im Mittelpunkt.

## Impulse zur Innenentwicklung

In den weiteren Austauschtreffen der teilnehmenden Städte und Gemeinden werden außerdem aktuelle Bedarfe besprochen und fachliche Impulse zur Innenentwicklung gegeben. Zusätzlich wird ein Vermarktungsworkshop für alle Kommunen des Landkreises angeboten, um die innerörtlichen Leerstände und Brachflächen effektiv zu vermarkten und damit wieder zu reaktivieren. **□**

## Neue Stadhalle in Bad Neustadt a. d. Saale:

# Ort der Begegnung

Modern, lichtdurchflutet und multifunktional präsentiert sich die neue Stadhalle im unterfränkischen Bad Neustadt a. d. Saale. Der 16,4 Millionen Euro teure Neubau soll sich als Kultur- und Tagungszentrum in der Rhön etablieren. Mit einer Eröffnungsfeier vor zahlreicher Prominenz, allen voran Bayerns Innenstaatssekretär Gerhard Eck, startete das Festwochenende unter dem Motto „Zwei Tage Vielfalt und Emotionen für alle“ mit kultureller Fülle, kulinarischen Genüssen und einem Blick hinter die Kulissen.

Wie Staatssekretär Eck in seiner Festrede betonte, schloss die alte Stadhalle aus den 1950er Jahren an gleicher Stelle vor drei Jahren ihre Pforten. Damals sei nicht nur eine baufachliche Bewertung des Gebäudebestands zugunsten eines Neubaus der Stadhalle ausgefallen. Mit 87 Prozent der Stimmen hätten auch die Bad Neustädter bei einem Bürgerentscheid Ende 2013 ein klares Votum für den Neubau der Stadhalle abgegeben.

Das neue Gebäude spricht Eck zufolge eine breite Zielgruppe an und bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Mit seinen lichtdurchfluteten, flexibel nutzbaren Foyerflächen und den multifunktionalen Veranstaltungsräumen sei ein guter Kompromiss zwischen einer öffentlichen Stadhalle und einer Lokalität für individuelle Veranstaltungen gelungen.

Hier fänden nicht nur Kunst und Kultur ein neues Zuhause; auch der Wirtschaftssektor bekomme neue Impulse. Der große Saal mit Platz für bis zu 1.200 Gäste eigne sich hervorragend für Konzerte, Bälle oder Messen und ein kleinerer Vortragssaal sowie weitere Veranstaltungsräume böten sich für Business-Events wie Tagungen und Kongresse an. Nicht zuletzt sei auch der Tourismusbereich der Stadt in die neue Halle integriert worden.

„Somit wurde mit der neuen Stadhalle ein Ort der Begegnung geschaffen, der sich positiv auf die Regionalentwicklung auswirken wird. Mit seinem reichen kulturellen Angebot steigert er die Attraktivität der Region, er dient den Unternehmen als Plattform und mit seinem touristischen Informationszentrum verbessert er auch noch die Tourismusinfrastruktur“, betonte der Staatssekretär.

„Daran ist auch der Staatsregierung gelegen“, führte Eck aus, weshalb sie den Neubau kräftig mit knapp 5,4 Millionen Euro aus dem RÖFE-Programm (regionales Wirtschaftsförderprogramm für öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen des StMWI) – das sind 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben – unterstütze. **DK**

## Gütesicherung fordern, Verantwortung übernehmen

30. Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau

In der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart findet am 28. April die Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau statt. Die in den Hotelkomplex des Maritim integrierte „Alte Stuttgarter Reithalle“ bildet dabei den Rahmen für das 30. Treffen der Mitglieder, das am Vortag mit dem Gesellschaftsabend beginnt. Der festliche Auftakt hat ebenso Tradition, wie das Programm der Mitgliederversammlung, das mit einem Festvortrag beginnt. Es folgen die Berichte des Vorstandsvorsitzenden der Gütegemeinschaft, Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, des Obmanns des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer, des Beiratsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Gunnar Hunold, sowie des Geschäftsführers, Dr.-Ing. Marco Künster.

Mitglieder der Gütegemeinschaft haben Anfang Februar die Einladung zur 30. Mitgliederversammlung erhalten. In einem zweiten Schreiben folgen die Versammlungsunterlagen mit dem Jahresbericht 2016. Die Gütegemeinschaft freut sich auf rege Teilnahme. Freuen können sich auch die Mitglieder – und zwar auf eine Veranstaltung, die sich seit vielen Jahren als Branchentreff mit fachlichem und kulturellem Programm etabliert hat.

### Austausch und Information

Der Festabend, der traditionell von einem Unterhaltungsprogramm mit Musik und künstlerischen Darbietungen begleitet wird, ist für viele Mitglieder Gelegenheit, sich in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen – das belegen die erfahrungsgemäß hohen Teilnehmerzahlen. Zudem nutzen die Mitglieder die Möglichkeit, sich über Arbeit und Entwicklung der Gütesicherung zu informieren und sich aktiv in die Arbeit der Gütegemeinschaft einzubringen.

Mitglieder der Gütegemeinschaft haben Anfang Februar die Einladung zur 30. Mitgliederversammlung erhalten. In einem zweiten Schreiben folgen die Versammlungsunterlagen mit dem Jahresbericht 2016. Die Gütegemeinschaft freut sich auf rege Teilnahme. Freuen können sich auch die Mitglieder – und zwar auf eine Veranstaltung, die sich seit vielen Jahren als Branchentreff mit fachlichem und kulturellem Programm etabliert hat.

Stuttgart ist nach 2005 zum zweiten Mal Versammlungsort der Mitglieder der Gütegemeinschaft Kanalbau. Die sechstgrößte Stadt Deutschlands bildet das Zentrum der rund 2,7 Millionen Einwohner zählenden Region Stuttgart, einem der größten Ballungsräume Deutschlands. Mit Kommunen wie Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Dresden, Köln, München und Düsseldorf sowie allen übrigen deutschen Städten mit mehr als 300.000 Einwohnern verbindet

Stuttgart darüber hinaus eine Gemeinsamkeit: Alle sind Mitglied der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau und damit Teil der stark wachsenden Mitgliedsgruppe 2 (öffentliche Auftraggeber und Ingenieurbüros).

Allen ist ein Gedanke gemeinsam: Mit ihrem Engagement für die Ziele der Gütesicherung Kanalbau bekennen sich diese Mitglieder ebenso wie die vielen kleineren und kleinsten Gemeinden der Gruppe 2 zu ihrer Verantwortung gegenüber dem Kulturgut unterirdische Infrastruktur und zeigen Flagge, wenn es um qualifiziertes und nachhaltiges Arbeiten im Kanalbau geht.

Das belegt auch die Entwicklung der Mitgliederzahl, die sich 2016 um 168 zusätzliche Mitglieder auf 3.813 erhöht hat. Hiervon zählen 2.571 zur Mitgliedsgruppe 1 (ausführende Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Ingenieurbüros), 1.204 zur Mitgliedsgruppe 2 (öffentliche Auftraggeber und Ingenieurbüros) und 38 zur Gruppe 3 (Freunde und Förderer).

### Auf Kurs

Zahlen wie diese machen deutlich, dass sich die Gütegemeinschaft Kanalbau auf Kurs befindet. Auftraggeber und Netzbetreiber sind sich weitestgehend einig, dass die Instandhaltung und Sanierung der Kanalisation eine Ewigkeitsaufgabe darstellt. Bei ihrer Bewältigung spielen Qualitäts- und Qualifikationsaspekte eine wesentliche Rolle. Vor diesem Hintergrund ist es hilfreich, dass es Instrumente wie die Gütesicherung Kanalbau gibt. Es wird von Auftraggebern zur Sicherstellung der gewünschten Ausführungsqualität genutzt.

Folgerichtig zählt die Überprüfung der Gütezeicheninhaber durch einen vom Güteausschuss beauftragten Prüfmengenieur zu den wichtigsten Bestandteilen der Gütesicherung. Zurzeit überprüfen 30 Prüfmengenieur bundesweit sowie im benachbarten Ausland die Qualifikation der Gütezeicheninhaber. 2016 haben die Prüfmengenieur

### 31. Oldenburger Rohrleitungsforum:

## D&S Rohrsanierung mit Komplettangebot vertreten

Die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG nutzte das Oldenburger Rohrleitungsforum, um dem Fachbesuchern ihr breitgefächertes Produktspektrum an modernen Sanierungstechniken zu präsentieren.

Die 31. Auflage der vom Institut für Rohrleitungsbau an der Fachhochschule Oldenburg e. V. organisierten Veranstaltung mit begleitender Fachausstellung stand in diesem Jahr unter dem Motto „Rohrleitungen in digitalen Arbeitswelten“. Für die D&S Rohrsanierung, die für sich in Anspruch nimmt, als einziges Unternehmen alle gängigen Sanierungsverfahren anzubieten, gehört die Teilnahme an dem Branchenhilflicht zu den festen Veranstaltungsterminen im Jahr.

Von der „Kompetenz aus einer Hand“, so das Motto der Kanalsanierungsprofis, konnten sich die Teilnehmer in Oldenburg überzeugen. Mit der umfassenden Produktpalette und den verschiedenen modernen Verfahrenstechniken lassen sich individuelle, auf die Aufgaben der Kunden zugeschnittene, technisch ausgefeilte und wirtschaftliche Lösungen realisieren. Hinzu kommt die umfassende Beratung und Betreuung der Kunden vor und während einer Baumaßnahme.

Mit der Resonanz auf den Auftritt der D&S Rohrsanierung zeigt sich die Organisatorin Andrea Hake von der Niederlassung der DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG in Oldenburg sehr zufrieden: „Das Forum war wieder der Treff der Branche. Wir konnten nicht nur bestehende Kontakte pflegen, sondern auch wieder viele neue knüpfen.“ Darüber hinaus hob Hake das hohe fachliche Niveau der Gespräche hervor. □

neure 2.467 Firmenbesuche und 3.656 Baustellenbesuche durchgeführt. Bei den unangemeldeten Baustellenbesuchen begutachteten die Qualifikation und Zuverlässigkeit der Fachfirmen.

Die Besuchsberichte werden dem Güteausschuss der Gütegemeinschaft zur Beratung vorgelegt. Er hat 2016 in vier zweitägigen Sitzungen über die erstmalige Vergabe von Gütezeichen und über Ahndungsmaßnahmen bei Verstößen entschieden. 545 mal kam es zu zusätzlichen Auflagen im Rahmen der Eigenüberwachung, 80 mal zur Verkürzung des Besuchsintervalls, 210 Verwarnungen wurden ausgesprochen, und 7 mal kam es zu einem Zeichenentzug. „Diese verantwortungsvolle, konsequente und transparente Arbeit des Güteausschusses trägt in erheblichem Maße zu dem Vertrauen bei, das unsere Organisation bei Auftraggebern und ausführenden Unternehmen genießt“, ist Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, überzeugt.

Neben der Prüftätigkeit ist das umfangreiche Angebot an Schulungen und Veranstaltungen für Auftraggeber, Ingenieurbüros und Gütezeicheninhaber ein wichtiger Baustein der Gütegemeinschaft Kanalbau. Im vergangenen Jahr fanden unter anderem 66 Auftraggeber-Fachgespräche mit ca. 2.700 Teilnehmern statt; hinzu

### Mehrwert für alle

Neben der Prüftätigkeit ist das umfangreiche Angebot an Schulungen und Veranstaltungen für Auftraggeber, Ingenieurbüros und Gütezeicheninhaber ein wichtiger Baustein der Gütegemeinschaft Kanalbau. Im vergangenen Jahr fanden unter anderem 66 Auftraggeber-Fachgespräche mit ca. 2.700 Teilnehmern statt; hinzu

kamen 14 Erfahrungsaustausche mit ca. 1.500 Teilnehmern. Ebenso bemerkenswert sind die Zahlen bei den Seminaren: Erstmals nahmen mehr als 10.000 Teilnehmer an offenen bzw. an Inhouse-Firmenseminaren teil. Gütezeicheninhaber sichern so die Qualifikation ihrer Mitarbeiter und eine Ausführung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

Fachwissen pur steht Gütezeicheninhabern AK und ABAK kostenfrei zur Verfügung, und zwar in Form der im Sommer 2016 gestarteten Informations- und Wissensplattform „Akademie Kanalbau“. „Insbesondere das hierin enthaltene E-Learning-Modul 'Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise' bietet Ingenieuren, Technikern und Meistern die Möglichkeit, das nötige Fachwissen für den Umgang mit der Kanalinfrastruktur zu erlangen oder zu vertiefen, und Berufseinsteiger können sich fachlich auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten“, erläutert Künster.

Unterstützung bietet die Gütegemeinschaft Kanalbau Auftraggebern und Auftragnehmern auch mit Infoschriften und Leitfäden. Sie können als Arbeitsgrundlage und als zusätzliche Hilfestellung dienen. Einen Überblick über die unterschiedlichen Angebote der Gütegemeinschaft und die vielfältigen Aktivitäten bieten der Jahresbericht 2016 und der Internetauftritt der Gütegemeinschaft Kanalbau unter [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com). □

## Zukunftsfähige Sanierung von Teichkläranlagen

Von Günter Müller-Czygan, Meschede

Viele kleine und mittlere Kommunen stehen angesichts demografischer Veränderungen, dem Fachkräftemangel und dem Klimawandel heute und in Zukunft vor großen Herausforderungen. Besonders betroffen sind hiervon vielerorts wasserwirtschaftliche Infrastruktursysteme wie zum Beispiel Abwasserreinigungsanlagen und zugehörige Kanalnetze.

Speziell bei alten Teichkläranlagen laufen mehr und mehr Genehmigungen aus. Vielfach wird die Gelegenheit dazu genutzt, im Zuge einer Sanierungsplanung die Anschlussdaten zu überprüfen und die erwartete Bevölkerungsentwicklung mit zu berücksichtigen. Dabei ist die richtige Einschätzung des demografischen Wandels von entscheidender Bedeutung.

In den letzten Jahren setzt sich bei der Sanierung von Teichkläranlagen zunehmend das sogenannte SBR-Verfahren als technische Lösung durch. Neben der hohen Betriebsflexibilität bei stark schwankenden Zuflüssen besteht der wesentliche Vorteil in der optimalen Verwendung moderner IT- und Steuerungslösungen für einen höchst effizienten und sicheren Betrieb. In Kombination mit den modernen Errungenschaften aus dem Bereich der Digitalisierung können Sanierungslösungen mit intelligenten SBR-Komponenten sowohl optimal auf die aktuelle Abwassersituation ausgerichtet werden als auch dank des hohen Flexibilitätsgrad eine große Bandbreite zukünftiger Ungewissheit ausgleichen. Dies soll nachfolgend verdeutlicht werden.

Eine ländlich geprägte Gemeinde betreibt im größten Ortsteil eine Teichkläranlage mit ca. 3.000 EW, die Genehmigung läuft bald aus. Eine moderne Kläranlage mit erweiterter Behandlungstechnik ist erforderlich, um die zukünftig geforderten Grenzwerte einzuhalten. Ergänzend sollen mehrere Ortschaften angeschlossen werden, die bislang über eigene kleine Teichkläranlagen verfügen und die anschließend geschlossen werden. Zum Planungszeitpunkt variiert die Bevölkerungsvorhersage zwischen 3.500 und 8.000 EW für die nächsten 5 bis 10 Jahre, da nicht klar ist, ob die neue Autobahn in Ortsnähe eine Abfahrt erhält und dadurch entsprechend mehr Menschen infolge Gewerbeansiedlung in die Gemeinde ziehen oder im Negativfall abwandern.

Die Analyse zeigt, dass eine klassische Lösung für mindestens 7.500 EW zu bauen ist, um das maximale Szenario abzudecken. Der alternative Bau einer Anlage mit 5.000 EW und späterer Erweiterung auf 7.500 EW ist nur mit dem Kauf eines angrenzenden Grundstücks und entsprechenden Genehmigungen möglich. Die Prüfung der Variante SBR-Ver-

fahren zeigt, dass bei einer normgerechten Bemessung der Anlage mit 5.000 EW nur etwa 2/3 der Fläche benötigt und ca. 80 % der Investitionskosten im Vergleich zur klassischen Lösung anfallen werden.

Damit bleibt eine ausreichende Fläche im Bestand für eine Erweiterung auf 8.000 EW vorhanden. Auch für den Negativfall, dass die Bevölkerung auf weniger als 4.000 EW schrumpft, zeigt das SBR-Verfahren die geringsten Betriebskosten bei besseren Reinigungswerten. Abschließend stellt sich heraus, dass sich das SBR-Verfahren auch als ideale Lösung zur Aufrechterhaltung des bestehenden Abwasserbetriebs eignet und durch die Abkopplung nahezu aller alten Teiche mit Beginn der Maßnahme weitaus mehr Baufläche bereit steht als erwartet. Das reduziert die Bauzeit, erforderliche Provisorien und damit die Baukosten. Durch die Kombination von Niederschlagsprognosedaten aus einem digitalen Webportal und moderner Mess- und IT-Technik lässt sich eine Kläranlage nach dem SBR-Prinzip zudem viel besser an unterschiedliche Bedingungen bei Mischwasserzufluss anpassen. Gleichzeitig können die digitalen Niederschlagsdaten mit einem geringen Zusatzaufwand für eine bessere Steuerung und Überwachung des gesamten Kanalnetzes oder anderer wasserwirtschaftlicher Anlagen eingesetzt werden oder als Grundlage einer besseren Planung dienen.

Bei Verwendung eines modernen SBR-Verfahrens kann die Sanierung einer Teichkläranlage gezielt dazu genutzt werden, den Einstieg in eine moderne Digitalisierungsstrategie für die wasserwirtschaftliche Infrastruktur einer Gemeinde vorzubereiten. Die unter dem Begriff KOMMUNAL 4.0 bekannten Digitalisierungsbausteine sind so konzipiert, dass die zu Grunde liegende Plattformtechnologie für alle Einrichtungen einer wasserwirtschaftlichen Infrastruktur inkl. zentraler Überwachung und Auswertung verwendbar ist. Zu beachten ist, dass der Anlagenhersteller entsprechende KOMMUNAL 4.0-kompatible Verfahrenskomponenten verwendet. Damit wird eine Teichkläranlage innovativ saniert, ohne zwingend eine weitere Digitalisierung vorzunehmen, alle zukünftigen Optionen bleiben erhalten. □

# Eine Investition in bleibende Werte



**Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam für Qualität**

Gütesicherung Kanalbau  
RAL-GZ 961

[www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com)







**COMPACT PIPE**

**GRABENLOS GUT!**

# D&S

## DIRINGER & SCHEIDEL

### ROHR SANIERUNG

**11X IN DEUTSCHLAND | [WWW.DUS-ROHR.DE](http://WWW.DUS-ROHR.DE)**

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Oberpfalz:

## Problemlösung in Neumarkt

Die Themen Baulandmobilisierung, Integrationsfolgen, blaue Plakette für Kraftfahrzeuge sowie G8 oder G9 standen unter anderem auf der Agenda der diesjährigen ersten Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetages in Neumarkt. Oberbürgermeister Thomas Thumann konnte hierzu u. a. den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, den Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in der Oberpfalz, Oberbürgermeister Kurt Seggewiß (Weiden), den Bezirksvorsitzenden der Kreisangehörigen Verbandsmitglieder aus der Oberpfalz, Ersten Bürgermeister Toni Dutz aus Wiesau und das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages Bernd Buckenhofer begrüßen.

Mit Blick auf die Verbesserung der Luftqualität vertrat Städtetagsvorsitzender Maly die Auffassung, dass die Städte weniger Probleme mit der Luftreinhaltung hätten, wenn die Autoindustrie die geringen Abgaswerte, wie sie in den Prospekten für die Automodelle angegeben sind, tatsächlich einhalten würde. Eine Verbesserung der Luftqualität in den Städten lasse sich am effektivsten erzielen, „wenn bei der Quelle angesetzt wird, damit bei Autos, Lastern und Bussen weniger Schadstoffe aus dem Auspuff kommen“.

Städte lebten von und mit der Mobilität, sie benötigten freien Zugang und freie Zufahrt. Daher seien Kommunalpolitiker keine Freunde von Fahrverboten, unterstrich Maly. Allerdings könnten Fahrverbote für luftverschmutzende Fahrzeuge Innovationen bei der Technologie zur Reduzierung von Schadstoffen auslösen und für saubere Antriebstechnik ohne gefährliche Emissionen sorgen. Falls Städte Fahrverbote verhängen müssen, sollte eine blaue Plakette für die nötige Differenzierung von Kraftfahrzeugen.

Daher fordert der Bayerische Städtetag den Bund auf, bei der EU-Kommission eine Fristverlängerung für die Einhaltung der Grenzwerte bei Stickstoffdioxid zu erreichen. Darüber hinaus

müssten anspruchsvolle und klare Vorgaben für die Automobilindustrie dafür sorgen, dass Emissionen an der Quelle reduziert werden. Maly: „Bürgermeister und Oberbürgermeister kommen nicht in euphorische Stimmung, wenn sie nun eine blaue Umweltplakette fordern. Die Erfahrungen bei der Einführung der Grünen Plakette sind keineswegs in guter Erinnerung. Denn letztlich sind es die Kommunen, die Verbotstafeln an Einfallstraßen aufstellen müssen. Der Groll von Autofahrern, Lasterfahrern, Spediteuren, Kurierfahrern, Taxifahrern, Handwerkern und betroffenen Anwohnern mit Dieselfahrzeugen richtet sich nicht abstrakt gegen die EU, sondern konkret gegen die Stadt, die Verbotstafeln gegen luftverschmutzende Dieselfahrzeuge am Straßenrand anschrauben muss.“

Falls sich die bisherige Rechtsprechung zur Luftreinhaltung weiter bestätigen sollte, sind Maly zufolge betroffene Städte darauf angewiesen, mit einer blauen Umweltplakette – in der Diskussion ist auch eine weiße oder graue Plakette – ein Handlungsinstrument zur Differenzierung von Zufahrtverboten für luftverschmutzende Fahrzeuge zu erhalten. Nur, wenn emissionsarme Fahrzeuge eindeutig gekennzeichnet sind, ließen sich die

Emissionen stadtverträglich, rechtssicher und kontrollierbar reduzieren. Hierfür müsse der Bund eine Rechtsgrundlage schaffen. Die öffentlichkeitswirksamen Klagen der Deutschen Umwelthilfe träfen die Falschen. Kommunalpolitiker kennen den Handlungsbedarf, hätten aber nicht das geeignete Instrumentarium zu Verfügung. Die Konsequenzen müssten in Bayern die Städte Augsburg, München und der Ballungsraum Nürnberg, Fürth, Erlangen tragen.

### „Schwarzer Peter“ für die Städte

Die Lage der Städte ist laut Maly misslich: „Die Europäische Union setzt ehrgeizige Richtlinien zur Luftqualität, etwa mit Grenzwerten für Stickstoffdioxid oder Feinstaub. Allerdings fehlen faktisch die Mittel zur Umsetzung der Richtlinien. Somit bekommen letztlich die Städte den Schwarzen Peter zugeschoben: Sie sollen die Luft rein halten, haben aber keine praktikable Möglichkeit, den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen zu reduzieren. Das haben die Automobilhersteller in der Hand.“

Der Erlass von zeitweiligen Fahrverboten für Fahrzeuge mit einem geraden oder ungeraden Nummernschild sei weder effizient noch effektiv noch verhältnismäßig, da auch Fahrzeuge betroffen wären, die Stickstoffdioxid-Verschmutzung nicht verursachen; schwer kontrollierbar und schwer vermittelbar wäre auch ein pauschales Fahrverbot für Dieselfahrzeuge.

Auch die Frage G8 oder G9 hat die Mitglieder des Städtetages beschäftigt, wobei sie einhellig die Meinung vertraten, dass das G8 abgeschafft und zum G9 zurückgekehrt werden soll. Wie Maly erläuterte, seien die Ideen für flexible Lösungen zwar alle gut gemeint, letztlich aber zu kompliziert und zu teuer gewesen. Die Kommunen als Sachaufwandsträger dürften nicht mit unterschiedlichen Gymnasialmodellen im Stich gelassen werden. Dies würde schwer organisierbare Parallelstrukturen in der Gymnasiallandschaft schaffen. Darüber hinaus könnten Konkurrenzsituationen zwischen Gymnasien mit unterschiedlichen Lernzeiten entstehen.

Benötigt würden verlässliche Strukturen in der Schullandschaft.

Beim Thema Baulandmobilisierung, die Integrationsfolgen und dabei insbesondere die ungleiche Verteilung der Kosten monierte Maly den Umstand, dass viele Ausgaben „wieder einmal kommunalisiert“ worden seien. Denn neben den eigentlichen Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen kämen nunmehr die Infrastrukturkosten auf die Kommunen zu, die von der Schaffung von Wohnraum über die Kinderbetreuung bis zu Bildungsausgaben und sonstigen Einrichtungen reichen. Diese Kosten müssten derzeit noch von den Kommunen geschultert werden.

Weidens Oberbürgermeister Kurt Seggewiß zufolge ist es vor Ort ein großes Problem, entsprechende Wohnbaueinheiten auszuweisen. Hierfür seien Ansätze gefordert, um den Landwirten den Verkauf von Grundstücken zu erleichtern und sie nicht durch hohe Steuern auf den Verkaufserlös davon abzuhalten.

### Baulandmobilisierung

Die Vertreter des Städtetages plädieren daher dafür, dass Landwirte eine zeitlich befristete steuerliche Ermäßigung für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden erhalten. Zudem müsse ein Grundfreibetrag zweckgebunden für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen für den Mietwohnungsbau geschaffen werden, der das Baugrundstück für das mehrgeschossige Wohnhaus und die erforderliche Infrastruktur, Ausgleichsflächen für Natur- und Landschaftsschutz sowie für den Flächenenerwerb zum Hochwasserschutz umfasst. Die steuerlichen Begünstigungen sollten nur befristet gewährt und bei anhaltendem Bedarf verlängert werden.

Laut Neumarkts Oberbürgermeister Thomas Thumann gibt es in seiner Stadt über 600 baureife Grundstücke, die sofort bebaut werden könnten. Allerdings würden sie von den Grundstücksbesitzern derzeit vorgehalten oder möglicherweise für spätere Generationen aufgehoben. Inzwischen habe Neumarkt einen hohen finanziellen Wohnraum-Standard erreicht. Mittlerweile lägen die Verkaufspreise für Wohnungen bei 4.000 Euro pro Quadratmeter, was noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien. **DK**

## Dorfladennetzwerk aktiv

Dorfläden im Landkreis Donau-Ries vernetzen sich und führen Projekte durch

Donauwörth. Das Dorfladennetzwerk im Landkreis Donau-Ries hat sich zum zweiten Mal getroffen. Nach dem erfolgreichen Start und den gesammelten Projektvorschlägen im Oktober letzten Jahres werden nun zahlreiche Projekte durchgeführt. Im Fokus stehen dabei vor allem die regionalen Produkte des Landkreises Donau-Ries sowie deren Vermarktung. Das Dorfladennetzwerk trifft sich in regelmäßigen Abständen in der Stabsstelle Kreisentwicklung, um aktuelle Bedarfe zu besprechen, Erfahrungen auszutauschen und Projekte zu organisieren.

Das Netzwerk bringt die Akteure und Engagierten der Dorfladeninitiativen in der Region an einen Tisch. Bisher existieren in den Gemeinden Alerheim, Amerdingen, Daiting, Huisheim, Megesheim, Rögling, Tagmersheim und Wolfersdorf insgesamt acht genossenschaftlich organisierte Dorfläden. Gerade in regionalen Netzwerken können passgenaue lokale Strategien mit allen Akteuren erarbeitet werden, betont Konversionsmanagerin Barbara Wunder. So werden in regelmäßigen Abständen aktuelle Bedarfe diskutiert, aber auch konkrete Projekte besprochen.

Eines der Ziele des Netzwerkes ist die Optimierung von Vertriebs- und Vermarktungsstrukturen der Dorfläden, wie der Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, Günther Zwinger, in seiner Begrüßungsrede aufzeigte. Die regionalen Produkte im Landkreis Donau-Ries stehen dabei im Mittelpunkt, unter anderem die Erzeuger- und Gastronomiegemeinschaft Geopark Ries kulinarisch.

### Geplante Projekte

So sind in diesem Jahr vor allem Projekte zur Vermarktung von regionalen Produkten geplant. Auch die Wertschöpfung innerhalb der Region soll aufgezeigt werden, denn bei regionalen Erzeugnissen handelt es sich um einen wesentlichen Wirtschaftszweig. Von einer vermehrten Vermarktung können Kunden, regionale Erzeuger und Ladenbetreiber gleichermaßen profitieren. So soll ein regionales Einkaufsregal in den Dorfläden eingerichtet werden. Kunden haben dabei den Vorteil, direkt zu sehen, welche Produkte aus dem Landkreis Donau-Ries stammen.

Auch eine regionale Einkaufs-

woche, die saisonal ausgerichtet sein soll, ist geplant. Landrat Stefan Rößle freut dies besonders, denn so kann das regionale Einkaufen vor Ort vermehrt in den Fokus der Kunden gebracht werden.

### Gemeinsamer Internetauftritt

Die Dorfläden präsentieren sich zusätzlich in einem gemeinsamen Onlineauftritt auf dem Regionalportal des Landkreises Donau-Ries. Unter [www.donauries.bayern/dorfladen](http://www.donauries.bayern/dorfladen) sind alle Dorfläden mit ihren Öffnungszeiten, Ansprechpartnern und regionalen Produkten zu finden. Auch besondere Aktionen, Informationen und zusätzliche Angebote für Kunden werden dort dargestellt. □

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer, Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V. l.: Bürgermeister Christian Staudter, Landschaftsarchitektin Barbara Grundner-Köppel und Landrat Martion Wolf. □

## Nächster Schritt im LEADER-Projekt „Seenplatte Feilenmoos“

Die Gemeinde Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm ist den nächsten Schritt im LEADER-Projekt „Seenplatte Feilenmoos“ gegangen. So waren alle Träger öffentlicher Belange sowie Betroffene ins Rathaus in Geisenfeld eingeladen. Dazu zählten unter anderem die Kieswerke, Sportvereine, Landwirte, Fischer, Umweltbehörden und Naturschutzvereine.

Geisenfelds Bürgermeister Christian Staudter freute sich über die rege Beteiligung und das starke Interesse an dem Thema. „Das Feilenmoos ist ein bemerkenswertes Gebiet – es gilt nun herauszufinden, wie wir alle Interessen unter einen Hut bringen können. Heute sitzen alle Behörden und Betroffenen an einem Tisch, um hier ihre Bedenken und Wünsche zu äußern.“

Landrat Martin Wolf betonte, dass die LEADER-Förderung ideal zum Projekt Feilenmoos passe: „LEADER bedeutet, dass Projekte gemeinsam mit den Bürgern gestaltet werden – genau das geschieht hier heute.“

Landschaftsarchitektin Barbara Grundner-Köppel stellte den Anwesenden das Projekt vor und erläuterte das Vorgehen bei der Erstellung des Nutzungskonzeptes. „Momentan erfolgt die Bestandsaufnahme sowie die Auswertung

der aktuellen Ist-Situation.“ Es werde zudem noch einen weiteren Abstimmungstermin mit den Behörden geben sowie vier Bürgerbeteiligungsverfahren in Form von vier Workshops, aus denen sich schließlich eine Arbeitsgruppe bilden werde. Die erste Endfassung des Nutzungskonzeptes ist für November 2017 geplant.

Das LEADER-Projekt befasst sich mit unterschiedlichen Fragestellungen: Welche Seen sollen dem Badebetrieb dienen, wie wird zukünftig die Patriotstellung genutzt, wo ist ein moderater Kiesabbau möglich und wie kann die Infrastruktur verbessert werden?

Im Anschluss an die Präsentation konnten sich die Anwesenden zu Wort melden. Es wurde deutlich, dass sich die Mehrzahl der Beteiligten eine Neuordnung und Strukturierung des Gebietes wünscht. □



## Bürgermeisterseminar 2017 mit neuen Impulsen für die Senioren- und Alltagsarbeit

Seit nunmehr 15 Jahren treffen sich die Bürgermeister aus dem Landkreis Günzburg, um sich zwei Tage lang und abseits des beruflichen Alltags mit aktuellen Themen und Fragen zu beschäftigen. Landrat Hubert Hafner lud in die Schule der Dorf- und Landentwicklung nach Thierhaupten. Auf Wunsch der Bürgermeister stand am ersten Tag das Thema „senioren- und familienfreundliche Lebensräume“ auf dem Programm.

Die Seniorenfachstelle des Landkreises Günzburg hatte in Abstimmung mit Johanna Herold, der Seniorenbeauftragten des Landkreises Günzburg, aktuelle Informationen und Praxisbeispiele vorbereitet sowie Referenten und Gäste zu wichtigen senioren-spezifischen Themen und Angeboten eingeladen. Landrat Hafner betonte bei seiner Begrüßung die wichtige Rolle der Gemeinden bei der Gestaltung von attraktiven Lebensräumen für jung und alt: „Gemeinsam mit unseren Dienstleistern in der Seniorenarbeit sind die Gemeinden die wichtigsten Partner und Akteure bei der Umsetzung unseres seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes“.

Die teilnehmenden Bürgermeister nutzten die Gelegenheit, Fragen zu stellen, fachlich zu diskutieren und konnten unter anderem aus den Bereichen strategisches Vorgehen, Konzeptentwicklung, Nahversorgung und Nachbarschaftshilfe Anregungen für die örtliche Seniorenarbeit mit nach Hause zu nehmen. Am zweiten Seminartag ging es darum, wie durch eine gute Kommunikation Sitzungen, Versammlungen und Besprechungen gelingend gestaltet werden können. **haj**

Zehn Jahre Verwaltungsgemeinschaft Hagenbüchach-Wilhelmsdorf:

## „Subsidiarität ist auch ein Prinzip der Ethik“

Dr. Günther Beckstein sprach über den „Bayerischen Weg“

Hagenbüchach/Wilhelmsdorf. „Die Verwaltungsstruktur muss sich nach den Menschen richten, nicht nach strengen Richtlinien“. Diese Kernbotschaft zog sich wie ein „roter Faden“ durch die Rede des früheren Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein beim zehnjährigen Gründungsjubiläum der Verwaltungsgemeinschaft Hagenbüchach-Wilhelmsdorf im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. Angesichts gestiegener Anforderungen und Ansprüche müsse oberstes Ziel sein, „die Verwaltung so zu organisieren, wie es für die Bürgerinnen und Bürger am besten ist“.

Dass auch kleine Gemeinden und Verwaltungseinheiten effizient arbeiten können, zeige sich am Beispiel Hagenbüchach und Wilhelmsdorf in Mittelfranken. Hier werde „bester Bürgerservice“ geboten. Dass von jedem Rathaus aus jedes Verwal-

tsreform mehr zu erwarten. „Der Traum von billigen großen Verwaltungen ist ausgeträumt“, so Dr. Günther Beckstein. Der „Bayerische Weg“ böte „Entwicklungschancen für alle statt Festhalten an starren Strukturen, und er dient vor allem den Men-

schließlich einer ganzen Reihe freiwilliger Leistungen. „Darauf sind wir auch ein wenig stolz und den hochmotivierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankbar für ihren Einsatz“.

### Gute Zusammenarbeit in den Wachstumsgemeinden

Die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Bürgermeistern und Gemeinderäten hätte dazu beigetragen, dass sich der vor zehn Jahren zu den kleinsten Verwaltungsgemeinschaften zählende Zusammenschluss so gut entwickelt hätte. Schneider: „Beide Gemeinden mit gemeinsam 2.900 Einwohnern zählen zu den wenigen Wachstumsgemeinden im Landkreis“.

Für Wilhelmsdorfs Ersten Bürgermeister Werner Friedrich sei die „alte Verwaltungsgemeinschaft mit Emskirchen ohnehin von deren Seite als reine Übergangslösung hin zu einer Einheitsgemeinde betrachtet worden“. Die Verwaltungseinheit mit deutlicher Majorisierung seitens Emskirchen sei „einfach nicht gelebt worden“, wie es auch Regierungsbeamte damals bestätigt hätten. „Wir passen halt nicht zusammen“ sei die Ansage auch aus Emskirchen gewesen.

### Historisches Datum

Friedrich nannte den 10. August 2006 ein „historisches Datum“: An diesem Tag traf man sich im kleinen Kreis beim damaligen Innenminister Dr. Günther Beckstein in München. Dabei konnte dieser davon überzeugt werden, dass auch kleine Verwaltungseinheiten eine Zukunft haben können. Als „Geburtsheifer“ nannte er Landtagsabgeordneter Hans Herold, der die neue Verwaltungsgemeinschaft mit „großem Einsatz und seiner CSU-Mehrheit gegen die grundsätzlich für größere Strukturen plädierende SPD durchsetzen konnte“.

Bürgermeister Friedrich zeigte sich davon überzeugt, dass die Entscheidung für die kleinere Verwaltungsgemeinschaft richtig war. Trotz anfänglicher Skepsis arbeite diese seit zehn Jahren ausgesprochen erfolgreich. Die beiden Bürgermeister seien präsent, was auch geschäftsführenden Beamten spare. Friedrich: „Mehr Bürgernähe kann es nicht geben“ und die für alle kurzen Wege in die Rathäuser seien zudem ein wichtiger Identitätsfaktor.

### Vorzeigeprojekt

Landrat Helmut Weiß lobte die „Kundenfreundlichkeit“ und danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen. Zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsumfeld gehöre auch eine „niedrige Schwelle zur Bürokratie“, welche besonders in kleineren Einheiten gegeben sei.

In seinem Grußwort hob Landtagsabgeordneter Hans Herold die Arbeit seines früheren Kollegen Dr. Günther Beckstein hervor, der auch als Innenminister „Enormes für Bayern, die Kommunen als tragende Säule des demokratischen Staatsaufbaus und die innere Sicherheit geleistet“ habe. Und dass in der inzwischen zehn Jahre bestehenden Verwaltungsgemeinschaft Hagenbüchach-Wilhelmsdorf „ein guter Geist“ herrsche, spüre er immer wieder. „Diese Verwaltungsgemeinschaft ist zu einem Vorzeigeprojekt geworden.“ pmw



Von links: MdL Hans Herold, Bürgermeister David Schneider, Dr. Günther Beckstein, Bürgermeister Werner Friedrich und Landrat Helmut Weiß. Bild: pmw

tungshandeln möglich ist, spreche für eine „clevere Organisation“, die zudem die Kosten in Grenzen halte.

Als nach dem Antrag des Marktes Emskirchen zum Austritt aus der nach ihm benannten Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Hagenbüchach und Wilhelmsdorf die Entscheidung anstand, sei „sein Haus“ – Beckstein war damals Innenminister – eigentlich dagegen gewesen. Nach Abwägung aller Gesichtspunkte und intensiver Intervention des örtlichen Stimmkreisabgeordneten im Bayerischen Landtag, Hans Herold, habe der Landtag dann allerdings der Auflösung und damit der Gründung einer neuen und kleineren Verwaltungsgemeinschaft zugestimmt.

In den nächsten Jahrzehnten seien wohl keine größeren Ge-

schäften“. Dabei habe auch das Ordnungsprinzip, wonach alles vor Ort erledigt werden soll, was dort auch erledigt werden kann, Vorrang vor jeder Zentralität. Beckstein: „Die Subsidiarität ist auch ein Prinzip der Ethik.“

### Neustrukturierung der Verwaltungsgemeinschaft

Der Vorsitzende der Gemeinschaftsversammlung, Erster Bürgermeister David Schneider aus Hagenbüchach, erinnerte an die insbesondere von Werner Friedrich und Altbürgermeister Hans Wick im Jahr 2007 umgesetzte Neustrukturierung der Verwaltungsgemeinschaft. Mit lediglich sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon vier in Teilzeit, könnten heute alle Aufgaben hervorragend bewältigt werden, ein-

## Bundesverdienstkreuz für Altlandrat Hermann Steinmaßl

Innenminister Joachim Herrmann hat den Traunsteiner Altlandrat Hermann Steinmaßl mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Der CSU-Politiker begann seine politische Karriere bereits im Jahre 1971 als Mitglied bzw. Ortsvorsitzender der Jungen Union in Fridolfing. Über zwei Jahrzehnte war er Mitglied des Gemeinderates. Daneben war er von 1978 bis 2014 Mitglied des Kreistages des Landkreises Traunstein, davon 12 Jahre Vorsitzender der CSU-Fraktion. Außerdem von 1982 bis 1998 Mitglied des Bezirkstages Oberbayern und anschließend bis 2002 Mitglied des Bayerischen Landtags.

Das Amt des Landrats des Landkreises Traunstein hat Hermann Steinmaßl zwölf Jahre mit größtem Engagement ausgeübt. Das Thema Wirtschaftsförderung war für ihn „Chefsache“. Im Bereich der Energiepolitik des Landkreises hat Hermann Steinmaßl wichtige politische Signale gesetzt. Hier wird jede Form der regenerativen

Energien eingesetzt. Zudem hat sich der Geehrte als Aufsichtsratsvorsitzender der damaligen



Innenminister Joachim Herrmann (r.) gratuliert Altlandrat Hermann Steinmaßl. □

„Kreiskliniken Traunstein – Trostberg GmbH“ in die Belange des Krankenhauswesens eingearbeitet und es maßgeblich mitgestaltet. □

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wisst ihr was? Dieses Jahr verzichte ich mal auf den Verzicht. Das ist mein diesjähriger persönlicher Beitrag zur Fastenzeit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, überflog gerade das gefühlte hundertste Statement mit Vorschlägen zur Gestaltung des Fastens, die bei weitem nicht alle aus den berufenen Mündern und Federn der Kirchen stammen.

Da ruft eine örtliche Umweltgruppe zum Autofasten auf, also darauf, das Auto 40 Tage nicht zu benutzen. Wenig originell. Die Veganer fordern zum Tierfasten auf (das war die Überschrift, die suggerieren mag, der Hund müsse den Gürtel enger schnallen), also zum Verzicht auf tierische Produkte bis hin zum wirklich originellen Aufruf der wenigen verbliebenen Milchbauern in der Stadt, es mit Alles-außer-Milch-Fasten zu versuchen, also ihr Kernprodukt keinesfalls aus dem Konsum zu nehmen.

### Vom Fasten und Verzichten

Verzicht ist ja sehr angesagt in diesen Tagen. Mama Bavaria verzichtet auf dem Nockherberg auf Gags, die SPD verzichtet auf die Agenda 2010 und Erdogan verzichtet auf Kinderstube im Umgang mit anderen Ländern. In so mancher Wirtschaft hört man Sätze wie „In der Fastenzeit trinke ich immer zuerst ein alkoholfreies Weißbier“, was mehr nach hors d'oeuvre klingt als nach Bußübung.

Ich erinnere mich noch lebhaft, wie ich als kleines Kind hoch beeindruckt war von den Ermahnungen des Pfarrers im Religionsunterricht der Grundschule, in den 40 Fastentagen auf etwas Wichtiges zu verzichten, zum Beispiel auf Süßes. So lange keine Schokolade zu essen war nicht mein Ding, deshalb schlug ich meinen Eltern vor, etwas anderes ganz Wichtiges wegzulassen: das Zähneputzen.

Ich erinnere mich noch gut, wie mein Vater mir liebevoll den Unterschied erklärte zwischen der Wohltat zu entdecken, dass man etwas eigentlich für unverzichtbar Gehaltenes doch nicht braucht, und einem bauernschlaun Trick. Wir einigten uns, dass ich 40 Tage nicht mehr mit einem schon etwas angeschlagenen Stofftier spiele. Das



Happy End blieb aus, ich hatte den Bären zu Ostern völlig vergessen und er staubt seither am Speicher vor sich hin.

Eigentlich soll ja das Fasten einem Selbst, der Einstellung zu den Dingen und den Umgang mit dem Leben etwas bringen. Ziel kann es nicht sein, durch Autofasten ein paar Gramm Schadstoffe einzusparen oder durch eine Diät in 40 Tagen das Gewicht abzunehmen, das man sich dann zu Ostern in vier Tagen wieder draufputtert.

Ich habe mich für eine besondere Form des Smartphonefastens entschieden. Denn wirklich 40 Tage ohne mobile Kommunikation kommen vielleicht moderne Säulenheilige aus – ich nicht. Aber ich bin so ein Typ, der immer auf das Gerät schaut, sobald sich was tut – einkommende Mail oder Nachricht, Newsticker, was auch immer. Nervig für mich und meine Umgebung, weil ich ständig das Gerät in den Fingern habe und mich viel schlechter konzentrieren kann als früher.

Jetzt ignoriere ich konsequent das ewige Bip und Ring und Klirr meines elektronischen Begleiters und schaue nur noch exakt alle zweieinhalb Stunden nach, was sich getan hat. Mails, Nachrichten, News, alles kompakt in ein paar Minuten gecheckt und weiter geht es. Funktioniert bisher prima, ich verspüre keinen Informationsverlust, gewinne aber mächtig Zeit. Und eine richtige Fastenübung ist es auch, weil es mich jedesmal noch tierisch juckt, wenn unter der Zeit ein Nachrichteneingangssignal ertönt. Ich hoffe, am Ende der 40 Tage kann ich diese Töne so ignorieren, wie ich als Kind nach einer gewissen Zeit meinen Teddy vergessen habe.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist hellauf begeistert. Meine ständige Telefonguckerei hat ihn schon lange genervt. Er wird also seine Meinung über Fasten und Verzicht überprüfen müssen. Vielleicht hilft dabei auch ein Satz des belgischen Schriftstellers Phil Bosmans: „In Zeiten des Krieges können Menschen auf alles verzichten. Warum bringt der Frieden die Menschen nicht dazu, auch nur auf etwas zu verzichten?“

ihre  
Sabrina

## Oberasbach ist 111. Fairtrade-Stadt

Im Februar 2016 hatte sich Oberasbach unter Federführung des Aktionskreises Fairtrade um Christa Bartsch auf den Weg zur Fairtrade-Stadt gemacht, Anfang März 2017 war es dann soweit: Fairtrade-Ehrenbotschafter Manfred Holz, Gründungs- und ehemaliges Vorstandsmitglied von TransFair e.V., übergab im Rathaus-Foyer dem Zweiten Bürgermeister Norbert Schikora offiziell die Urkunde. Oberasbach ist damit die 461. Kommune in Deutschland, die sich für fairen Handel stark macht, und die 111. in Bayern.

Norbert Schikora wies bei der Feierstunde mit rund 50 Gästen, darunter auch viele Oberasbacher Stadträtinnen und Stadträte, Landrat Matthias Dießl, Landtagsabgeordnete Petra L. Guttenberger sowie weitere Politprominenz aus Stein und Zimndorf, auf die globale Bedeutung des Themas Fairtrade hin: „Fairer Handel ist ein Friedensprojekt. Denn ohne Wohlstand und Perspektive für alle wird es kein Ende der Gewalt geben, weder weltweit noch bei uns. Freihandelsabkommen sind derzeit die große Diskussion – doch es muss mehr als nur der freie Marktzugang geregelt werden. Deswegen gilt: Aus dem freien Markt muss auch ein fairer Markt werden!“ Schikora dankte Christa Bartsch und den weiteren Mitgliedern des Aktionskreises Fairtrade herzlich für ihr großes Engagement im Rahmen der Bewerbung um die Auszeichnung als Fairtrade-Stadt. „Ich freue mich, dass wir dem Motto unserer Stadt, ‚Oberasbach verbindet‘, mit diesem Projekt eine weitere Facette hinzugefügt haben!“

„Wir alle wollen nicht 16 Stunden arbeiten oder unsere Kinder zur Arbeit schicken müssen, wir wollen nicht in Fabriken arbeiten, die über uns zusammenbrechen oder ohne Schutz mit giftigen Chemikalien hantieren müssen, wir wollen nicht rechtlos sein oder ausgebeutet werden – also

müssen wir diese Rechte auch allen anderen Menschen zugestehen. Deshalb ist fairer Handel so wichtig!“, appellierte Christa Bartsch anschließend.

### Breites Bündnis

In Oberasbach hat sich bereits ein breites Bündnis für dieses Thema gefunden: 15 Unterstützer aus Handel und Einzelhandel, zwei Dienstleister, fünf Restaurants und Hotels, drei Kirchengemeinden, vier Schulen und vier Vereine machen mit, ebenso die Stadtverwaltung, die vhs, der städtische Bauhof und das Jugendhaus.

### Bürger sensibilisieren

„Ich bin sehr froh, dass so viele Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen sich am fairen Handel beteiligen – sogar faire Sätze haben wir in Oberasbach! Jetzt geht es darum, die Bürger zu informieren und sensibilisieren, damit dieses gute Angebot auch nachgefragt und eifrig genutzt wird. Alle können mithelfen!“, ergänzte Christa Bartsch. Besonders dankte sie ihrer Mitstreiterin Heidi Eisner, die seit 1979 den Weltladen bei St. Markus betreut und somit eine Pionierin für fairen Handel in Oberasbach sei.

„Etwa 310 Firmen bieten bei uns über 3.000 faire Produkte an.

Deutschland ist ein sehr dynamischer Fairtrade-Markt. Aber mit zwölf Euro pro Kopf und Jahr für fairen Konsum liegen wir noch weit hinter Österreich, Holland, Großbritannien und Spitzenreiter Schweiz“, wusste Fairtrade-Ehrenbotschafter Manfred Holz, der für die Verleihung der Urkunde als Fairtrade-Stadt eigens aus Wuppertal angereist war. Das Gründungs- und ehemalige Vorstandsmitglied der Initiative TransFair e.V., die dieses Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiert, verkündete, dass Oberasbach nun die 461. Fairtrade-Stadt in Deutschland und die 111. in Bayern sei. Außerdem erinnerte er daran, dass die Auszeichnung nach zwei Jahren rezerifiziert werden müsse: „Für die Titeleerneuerung prüfen wir die fortwährende Erfüllung der fünf Kriterien, die Sie auch im ersten Bewerbungsprozess nachweisen mussten. Grundsätzlich wünschen wir uns natürlich, dass eine Auszeichnung nicht das Ziel, sondern der Startschuss für weiterführendes Engagement ist.“

Dafür sorgt in Oberasbach der AK Fairtrade: Während des Oberasbacher Trempelmarktes am 13. Mai werde der Aktionskreis beispielsweise wieder ein Faires Frühstück ausrichten, diesmal im Rathaus-Foyer, kündigte Frau Bartsch an.

Die Zertifizierungsfeier war zugleich die Eröffnung einer kleinen, von der Christlichen Initiative Romero (CIR) gestalteten Posterausstellung zum Thema faire Mode: „Nach St(ri)ch und Faden – Die Wahrheit über Mode-Mythen“ war im Oberasbacher Rathaus-Foyer bis Mitte März zu sehen.

Weitere Informationen auf [fairtradedstadt.oberasbach.de](http://fairtradedstadt.oberasbach.de) □

Verleihung des Heimatpreises Niederbayern:

## Einsatz für die Tradition

Das Landshuter Theater Nikola ist eine von sechs Institutionen bzw. Veranstaltungen, die kürzlich mit dem „Heimatpreis Niederbayern 2017“ ausgezeichnet wurden. Heimatminister Dr. Markus Söder nahm die Ehrung im Rahmen eines Festakts in Passau vor. Weitere Preisträger sind: Pichelsteiner e.V. Regen, Grafenauer Salzsäumerfest, Kultur- und Festspielverein Aidenbach e.V., Lebensraum Rottal e.V. und Solidargemeinschaft Schranne e.V.

Seit 1975 bietet der Verein Theater Nikola Landshut Laientheater auf hohem Niveau. Im Spielort Pfarrzentrum St. Nikola finden Theateraufführungen mit klassischem Schauspiel sowie mit zeitgenössischen Stücken, Komödien, Kriminalstücke, Mundart und christlicher Literatur statt. Zudem nimmt das Theater an der Landshuter Hochzeit und dem Altstadtfest teil.

### Pichelsteinfest

Das Regener Pichelsteinfest, eines der größten und traditionsreichsten Volksfeste in Niederbayern, wurde erstmals am Kirchweih-Montag 1874 gefeiert. Hauptzweck des Festes ist das fröhliche Zusammensein sowie das Kochen und Verzehren des „Pichelsteiner“. Nach einigen Unterbrechungen während der Kriegsjahre wird das Pichelsteinfest seit 1949 jährlich als „Fest

der Gemütlichkeit“ und Heimatfest gefeiert.

### Grafenauer Salzsäumerfest

Das Grafenauer Salzsäumerfest macht Heimat der Vergangenheit in der Gegenwart und in Zukunft erlebbar. Eingeführt wurde es 1975 zum 600-jährigen Jubiläum der Stadt Grafenau. Das historische Salzsäumerfest erinnert an den Salzhandel auf der „Gulden Strass“ und an die Geschichten der Salzsäumer, die das „weiße Gold“ von Österreich über Bayern nach Böhmen brachten.

### Kultur- und Festspielverein Aidenbach

Der Kultur- und Festspielverein Aidenbach nimmt die Besucher mit der Organisation und Durchführung des Freilichtspiels „Lieber bairisch sterben...

Aidenbach 1706“ regelmäßig mit auf eine Zeitreise in die Vergangenheit. Über 100 Bürger bewahren mit diesem historischen Freilichtspiel das Andenken an die Bauernschlacht zu Aidenbach. Im Anschluss an das Freilichtspiel findet ein historischer Bauernmarkt auf dem Freilichtareal statt.

### Lebensraum Rottal

Als Kleinkunstbühne betreibt der Verein Lebensraum Rottal e.V. den denkmalgeschützten Posthalterstadl in Schönau im Landkreis Rottal-Inn. Der Verein engagiert sich für Integration, Inklusion und Tradition sowie für die kulturelle Dorfentwicklung. Auf der Kleinkunstbühne sind regionale Musiker ebenso zu hören wie Künstler aus Italien, England oder Israel. Dabei werden auch aktuelle Herausforderungen in die kulturelle Arbeit mit einbezogen.

### Theaterprojekt

Nach dem großen Hochwasser in Simbach gab es ein Benefizkonzert „Hoit ma zam“ mit Claudia Koreck, Alex Diehl, Michael Fitz, Weiherer und anderen Künstlern, bei dem 13.000 Euro für die PNP-Fluthilfe eingespielt wurden. Beim gemeinsamen Theaterprojekt „Mitten in Niederbayern“ agierten Asylbewerber - die neben dem Posthalterstadl 2014 einquartiert wurden - als Laienschauspieler. Für dieses soziale Engagement wurde der Verein 2016 mit dem Integrationspreis der Regierung von Niederbayern ausgezeichnet.

Bewusstsein für regionale

Spezialitäten schafft der „Straubinger Schrannenmarkt“. Organisiert wird er von der Solidargemeinschaft Schranne e.V. in Zusammenarbeit mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Straubing, der Stadt Straubing, dem Landkreis Straubing-Bogen und dem Bayerischen Bauernverband. Der Mehrwert heimischer regionaler Lebens- und Nahrungsmittelproduktion soll für jeden sichtbar gemacht werden. Die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft und der regionalen Wirtschaftskreisläufe ist ein Bekenntnis zu Heimat und Tradition.

### Mit Leidenschaft und Kreativität

„In Bayern ist das Brauchtum ebenso fester Bestandteil des einzigartigen Lebensgefühls. Geehrt werden Menschen, die sich in Niederbayern um unsere Lebensart verdient gemacht haben. Sie setzen sich mit Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Kreativität für den Erhalt unserer Traditionen ein und sorgen dafür, dass diese an zukünftige Generationen weitergegeben werden“, hob Heimatminister Söder bei der Verleihung des Heimatpreises Niederbayern hervor.

### Zentrale Aufgabe

Im Freistaat verbinde man Weltoffenheit, Fortschritt und Traditionsliebe miteinander. Die Preisträger stünden dafür, dass Brauchtumpflege auch im Zeitalter der Digitalisierung Teil des modernen Lebensgefühls ist. Die Attraktivität der bayerischen Heimat für die Bewohner in allen Landesteilen zu erhalten und zu stärken, sei die zentrale Aufgabe für das bundesweit einzigartige Heimatministerium, unterstrich Söder. **DK**

## Bürgermeisterwahlen im Freistaat

In mehreren bayerischen Gemeinden waren die Bürger zur Wahl eines neuen Rathauses aufgerufen.

In Bergheim (Landkreis Schweinfurt) heißt der neue Bürgermeister Ulrich Werner von der CSU. Er setzte sich mit 54,5 Prozent der Stimmen gegen Thomas Meidl von der SPD (45,5 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,6 Prozent. Werner folgt damit auf Peter Neubert (Freie Wähler), der aus Altersgründen nicht erneut kandidierte.

Dagegen kann Thomas Falter, der als einziger Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Wackersdorf im Landkreis Schwandorf zur Verfügung stand, seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen: 97,9 Prozent der Wähler votierten für den 48-jährigen CSU-Kandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 45,3 Prozent.

In Feldkirchen-Westerham (Landkreis Rosenheim) siegte der parteilose Kandidat Hans Schaberl mit 54,3 Prozent der Stimmen gegen den amtierenden CSU-Bürgermeister Bernhard Schweiger (45,7 Prozent). Die Wahlbeteiligung erreichte 61,2 Prozent.

Bei der Bürgermeisterwahl in Steinbach am Wald (Landkreis Kronach) behielt Thomas Löffler von der CSU die Oberhand. Er gewann mit 60,5 Prozent der Stimmen vor seinen Konkurrenten Peter Grödl (SPD, 30,9 Prozent) und Uwe Zipfel (FW, 8,6 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 77,4 Prozent.

Manfred Schilder (CSU) ist neuer Oberbürgermeister in Memmingen. Er setzte sich mit 51,5 Prozent der Stimmen gegen Dr. Friedrich Zeller (SPD) durch, der auf 48,5 Prozent kam.

Erstmals stellt die CSU seit über 50 Jahren damit wieder das Stadtoberhaupt in Memmingen. Die zweite OB-Wahl innerhalb von fünf Monaten wurde dort nach dem tragischen Tod von Markus Kennerknecht (SPD) nötig. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,8 Prozent.

In der Gemeinde Theres (Landkreis Hassberge) wurde der seit 2011 amtierende Rathahauschef Matthias Schneider wiedergewählt. Der CSU-Politiker erhielt bei der Bürgermeisterwahl 68,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Herausforderer Mario Dorsch von der Sozialen Unabhängigen Bürgergemeinschaft Theres/SUBT konnte 31,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,1 Prozent.

Eine neue Bürgermeisterin hat die Gemeinde Berg (Landkreis Hof): CSU-Kandidatin Patricia Rubner setzte sich mit 57,8 Prozent der Stimmen gegen den Kandidaten der Überparteilichen Wählergemeinschaft ÜWG/Thomas Behr, durch. Er errang 42,2 Prozent. Rubner löst ÜWG-Gemeindeoberhaupt Peter Rödel ab, der aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl angetreten war. Die Wahlbeteiligung erreichte 79,2 Prozent.

Neuer Bürgermeister von Reischach im Landkreis Altötting ist der Kandidat von CSU und Unabhängigen, Alfred Stockner. Auf den 47-Jährigen entfielen 86,5 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 50 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Herbert Vilsmaier hatte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen abgegeben. **DK**

### Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 6. April 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Postfach 1654  
 96406 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
 Briefmarkenauktionshaus Schulz  
 Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg  
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Energiedienstleistung



### Fahnenmaste + Fahnen

**HELA-MAST** GmbH  
 P. HENKEL  
 Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler  
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal  
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10  
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Postfach 1654  
 96406 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

**Inserieren bringt Erfolg!**  
 www.gemeindezeitung.de

### Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



**Prior & Peußner**  
 Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

### Fahnenmaste + Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de  
 Telefon: 09451 / 9313-0

### Gewerbebau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
 Bahnhofstr. 8  
 84323 Massing  
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz\_aktuell  
 www.facebook.com/GZaktuell

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
 93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
 95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH  
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage**

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Zuluft - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung

Die Rückgewinnungstechnik bezahlt sich so von selbst

Basis für hohe Zuluftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.v.a.

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

SEW® GmbH  
 47906 Kempen  
 Tel.: 02152/91560



### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der  
 BAYERISCHE  
**GemeindeZeitung**  
 www.gemeindezeitung.de